

PROF. DR. KURT ROTHSCHILD 1914-2010

GUTE INDUSTRIEKONJUNKTUR IN ÖSTERREICH,
ZUNEHMENDE UNSICHERHEIT IN DER
WELTWIRTSCHAFT

BUDGETKONSOLIDIERUNG UNTER SCHWIERIGEN
RAHMENBEDINGUNGEN – ZEHN LEITLINIEN
UND ERSTE ERFAHRUNGEN IN DER EU

ERWERBSINAKTIVITÄT UND SOZIALE SICHERUNGS-
SYSTEME: EIN EUROPÄISCHER VERGLEICH

BAUWIRTSCHAFT SCHRUMPFT IN EUROPA 2010
WEITER, LEICHTE ERHOLUNG ERST AB 2011

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidenten

Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt,
Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien
Mag. Herbert Tumpel, Präsident der
Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch
Mag.a Renate Brauner, Vizebürgermeisterin und
Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke
Erich Foglar, Präsident des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes
Mag. Anna-Maria Hochhauser, Generalsekretärin
der Wirtschaftskammer Österreich
Dr. Stephan Koren, Präsident des Fachverbandes
der Banken und Bankiers
Mag. Maria Kubitschek, Bereichsleiterin "Wirtschaft"
der Bundesarbeitskammer
Dkfm. Ferdinand Lacina
Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher
Leiter des Wiener Instituts für Internationale
Wirtschaftsvergleiche
Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur der
Österreichischen Nationalbank
Dkfm. Dr. Claus J. Raidl, Präsident der Österreichischen
Nationalbank
Dr. Herbert Sausgruber, Landeshauptmann von
Vorarlberg
Dr. Veit Sorger, Präsident der Vereinigung der
Österreichischen Industrie
Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium
für Finanzen
Ökonomierat Gerhard Wlodkowski, Präsident
der Landwirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Hannes Ametsreiter, Wolfgang Anzengruber,
August Astl, Markus Beyrer, Gerhard E. Blum,
Jürgen Bodenseer, Walter Boltz, Giorgio
Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl,
Franz Gasselsberger, Günther Goach, Rudolf
Gruber, Erwin Hameseder, Franz Helbich, Hans
Hofinger, Brigitte Jank, Johann Kalliauer, Dietrich
Kamer, Monika Kircher-Kohl, Christian Konrad,
Rupert Lindner, Markus Mair, Werner Muhm,
Peter J. Oswald, Günther Platter, Renate Platzer,
Erwin Pröll, Wolfgang Rutenstorfer, Ludwig
Scharinger, Gerhard Steger, Edeltraud Stiffinger,
Karl-Heinz Strauss, Andreas Treichl, Heinrich
Treichl, Franz Vranitzky, Thomas Weninger, Josef
Wöhner

Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, A.I.C. Androsch
International Management Consulting GmbH,
Allgemeine Baugesellschaft – A. Pörr AG,
Energie-Control GmbH, Infineon Technologies
Austria AG, Mondi AG, Oberbank AG, OMV AG,
Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien
reg.GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich
AG, Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG,
Siemens AG Österreich, Verbund (Österreichische
Elektrizitätswirtschafts-AG)

Wissenschaftlicher Beirat

Ray Barrell (NIER), Jeroen C.J.M. van den Bergh
(UAB), Tito Boeri (Università Bocconi), Barry
Eichengreen (University of California, Berkeley),
Wolfgang Franz (ZEW), Jürgen von Hagen (ZEI),
Geoffrey J. D. Hewings (Regional Economics
Applications Laboratory), Claudia Kemfert
(DIW), Francis Kramarz (INSEE), Bruce Lyons
(ESRC), Ruud A. de Mooij (IWF), Roberto Perotti
(IGIER), Dirk Pilat (OECD), Bruno van Pottelsberghe
(Universität Brüssel), Werner Rothen-gatter
(Universität Karlsruhe), Dennis J. Snower
(Institut für Weltwirtschaft Kiel), Gerhard Untiedt
(GEFRA)

Leiter: Prof. Dr. Karl Aiginger

Stellvertretende Leiter: Mag. Bernhard Binder, Mag. Dr. Michael Peneder, Dipl.-Ing. Dr. Franz Sinabell

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Josef Baumgartner, Sandra Bilek-Steindl, Julia
Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Georg
Böhs, Fritz Breuss, Kristina Budimir, Stefan Ederer,
Martin Falk, Rahel Falk, Ulrike Famira-Mühlberger,
Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Franz R. Hahn,
Werner Hölzl, Gerard Th. Horvath, Peter Huber,
Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski,
Angelina Keil, Daniela Kletzian-Slamanig, Angela
Köppl, Kurt Kratena, Andrea Kunnert, Thomas
Leoni, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus
Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine
Mayrhuber, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Michael
Peneder, Dieter Pennerstorfer, Michael Pfaffermayr,
Hans Pitlik, Björn Rabethge, Andreas
Reinstaller, Eva Rückert, Gerhard Rüstler,
Marcus Scheiblecker, Stefan Schönfelder, Margit
Schatzenstaller-Altzinger, Stephan Schulmeister,
Susanne Sieber, Franz Sinabell, Egon Smeral,
Fabian Unterlass, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr,
Michael Wüger, Christine Zulehner

Organisation und Verwaltung

Maria Bauer, Tamara Fellingner, Gabriela Hötzer, Julia Hudritsch, Christine Kautz, Annemarie Klozar,
Christine Korlath, Gwendolyn Kremser, Michaela Laab, Peter Leser, Andrea Luger, Klemens Messner,
Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Leopold Schehswendter, Gabriele Schiessel, Gabriele
Schober, Ilse Schulz, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Karin Syböck, Marianne Uitz,
Tatjana Weber

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und
Autoren gezeichnet. Sie entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO
verantwortlich.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut
für Wirtschaftsforschung" • Geschäftsführer: Prof. Mag. Dr. Karl Aiginger • Vereinszweck: Laufende
Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer
Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der
Ergebnisse

Herausgeber: Karl Aiginger
Chefredakteur: Michael Böheim
Redaktion: Ilse Schulz
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • 1030 Wien,
Arsenal, Objekt 20

Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print GmbH.,
2100 Korneuburg

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 230,00 • Preis pro
Heft: € 23,00 • Downloadpreis
pro Artikel: € 15,00

Prof. Dr. Kurt Rothschild 1914-2010

Prof. Dr. Kurt Rothschild, langjähriger Mitarbeiter und Konsulent des WIFO, ist am 15. November 2010 im 97. Lebensjahr verstorben. Kurt Rothschild war ein führender und weltweit anerkannter Wirtschaftswissenschaftler. In seinen Arbeiten befasste er sich mit vielen Gebieten der ökonomischen Forschung. Sie waren auch ein Programm und eine Vision, was die Ökonomie zu einer besseren Welt beitragen kann.

Kurt Rothschild wurde am 21. Oktober 1914 in Wien geboren und begann an der Universität Wien ein Studium der Rechtswissenschaften. In der Emigration in Schottland studierte er Nationalökonomie und Politische Philosophie. Nach seiner Rückkehr nach Österreich vermittelte ihm Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek den Kontakt zum WIFO, in das Rothschild am 1. Juni 1947 als Mitarbeiter eintrat. Er wurde hier zum großen Vorbild für die junge Forschergeneration, machte sie mit der modernen Nationalökonomie vertraut, die damals an den österreichischen Hochschulen noch nicht gelehrt wurde, und lebte die Möglichkeit vor, ausgeprägte Weltanschauung mit präziser ökonomischer Analyse zu vereinen. Dem WIFO blieb Professor Rothschild zeit seines Lebens verbunden, auch im hohen Alter noch als Konsulent mit stets aktiven Beiträgen zu Ökonomie und Gesellschaft.

Professor Rothschild war von 1966 bis 1985 Professor an der Universität Linz. Eine ganze Generation von Volkswirten und Volkswirtinnen, die heute an entscheidenden Positionen wirken, ging dort durch seine Schule. Seine zentralen Arbeiten über Verteilung, Arbeitsmarkt, Lohnbildung oder über die Rolle der Macht in der Ökonomie brachten Rothschild weltweite Anerkennung und Wertschätzung in einem Ausmaß, das kaum ein anderer österreichischer Volkswirt für sich beanspruchen kann.

Zwei Aspekte seines Wirkens sind noch bedeutender als die Einzelpublikationen: Erstens galt Rothschilds Interesse nie den kleinen, leicht verteidigbaren Festungen, sondern stets den umfassenden, relevanten Fragen. Es war ihm wichtiger, auf reale Probleme aufmerksam zu machen, als in abstrakten Modellen an der Wirklichkeit vorbei zu theoretisieren. Immer dann, wenn die Tendenz von Wissenschaft oder Politik in die falsche Richtung lief, hat er die richtigen Fragen gestellt. Oft konnte er zeigen, dass die gängige Antwort falsch ist, und die Richtung angeben, in der die Antwort zu vermuten ist. Zweitens lag Rothschilds besondere Fähigkeit darin, den Kern einer Frage herauszuarbeiten und komplexe Zusammenhänge zu verdeutlichen. Wirtschaftliche Unsicherheit, so eine seiner zentralen Aussagen, sei nicht durch mathematische Formeln in den Griff zu bekommen – eine Erkenntnis, die sich durch die Fehlbeurteilung von Finanzpapieren in der letzten Krise wieder bestätigte und die jetzt dazu beigetragen hat, dass systemische Risiken stärker beachtet werden.

Zu seinem 95. Geburtstag veranstaltete das WIFO im Herbst 2009 unter aktiver Teilnahme und Mitarbeit von Kurt Rothschild eine Tagung über die Auswirkungen und bleibenden Konsequenzen der Finanzmarktkrise. Die Beiträge werden in einem Sonderheft der "Empirica" (Journal of European Economics) erscheinen (Heft 1/2011).

Die Wissenschaft verliert mit Kurt Rothschild einen ihrer Großen, durch seine Arbeit hat er der Ökonomie seinen Stempel aufgedrückt. Für das WIFO ist das Lebenswerk von Kurt Rothschild ein Auftrag: unbeirrbar den Beitrag der Wirtschaftsforschung zu einer besseren und gerechteren Gesellschaft zu suchen. Wir danken Kurt Rothschild für über 63 Jahre der Kooperation und Bereicherung.

Inhalt

913 **Prof. Dr. Kurt Rothschild 1914-2010**

917 **■ Gute Industriekonjunktur in Österreich, zunehmende Unsicherheit in der Weltwirtschaft**

Markus Marterbauer

Begünstigt von der regen Auslandsnachfrage erholte sich die Konjunktur in der österreichischen Sachgütererzeugung auch im Herbst. Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests lassen für Oktober und November ebenfalls auf eine rege Produktionsentwicklung schließen. Getragen von Export und Sachgütererzeugung stieg das BIP im III. Quartal gegenüber dem Vorquartal real um 0,9% und gegenüber dem Vorjahr um 2,4%. Ein selbsttragender Investitionsaufschwung kam bislang allerdings nicht in Gang: Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen konnte im Frühjahr 2010 gestoppt werden, hingegen schrumpfen die Bauinvestitionen weiterhin. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte profitiert vom regen Beschäftigungsaufbau, der nicht nur die Dienstleistungsbranchen, sondern auch die Industrie erfasst hat. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt, ist aber noch deutlich höher als vor der Krise. Weiterhin ist der Auftrieb der Verbraucherpreise verhalten, er wird primär durch den Anstieg der Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe bestimmt.

928 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Internationale Konjunkturindikatoren: Wechselkurse – Weltmarkt-Rohstoffpreise
Kennzahlen für Österreich: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 – Zahlungsbilanz – Tourismus – Außenhandel – Zinssätze – Landwirtschaft – Herstellung von Waren – Bauwirtschaft – Binnenhandel – Verkehr – Bankenstatistik – Arbeitsmarkt – Preise und Löhne – Staatshaushalt – Soziale Sicherheit – Umwelt – Entwicklung in den Bundesländern

941 **Budgetkonsolidierung unter schwierigen Rahmenbedingungen – Zehn Leitlinien und erste Erfahrungen in der EU**

Karl Aiginger, Margit Schratzenstaller

Die bisher von den EU-Ländern vorgelegten Konsolidierungsprogramme scheinen insgesamt eher den "einfachen Weg" zu gehen. Vielfach sind einfach durchsetzbare, aber wenig nachhaltige kurzfristige Ausgabenkürzungen vorgesehen, ohne gleichzeitig umfassende Strukturreformen in den öffentlichen Ausgaben sowie in den Abgabensystemen zu beginnen. Das Gewicht der wenigen und punktuellen strategischen Maßnahmen ist begrenzt. Auch die proaktiven Elemente der Konsolidierungspakete sind zu wenig entschieden und können keinen größeren Beitrag zur Milderung der zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen leisten. Vor diesem Hintergrund sollen die vom WIFO vorgeschlagenen zehn Leitlinien die Budgetkonsolidierung unterstützen und gleichzeitig helfen, die langfristigen Wachstumstreiber zu stimulieren, das Wirtschaftssystem ökologisch nachhaltiger zu machen und den Trend einer zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen zu korrigieren.

955 **Erwerbsinaktivität und soziale Sicherungssysteme: Ein europäischer Vergleich**

Kristina Budimir, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Ulrike Huemer, Christine Mayrhuber

In einem Vergleich mit anderen europäischen Ländern weist Österreich eine leicht überdurchschnittliche Erwerbstätigenquote und einen relativ geringen Anteil der Arbeitslosen auf. Allerdings bezeichnen sich relativ viele Erwerbsinaktiven in Österreich grundsätzlich als arbeitsbereit, was auf ein großes ungenütztes Erwerbspotential hindeutet. Für die Sozialpolitik besteht Spielraum zur Steigerung des Arbeitskräfteangebotes vor allem in Bezug auf Frauen mit Betreuungspflichten sowie auf ältere Personen.

Inhalt

- 969 **Bauwirtschaft schrumpft in Europa 2010 weiter, leichte Erholung erst ab 2011**
Andrea Kunnert
2010 schrumpft die Bauproduktion in den 19 europäischen Ländern, die im Bauforschungsnetzwerk Euroconstruct vertreten sind, zum dritten Mal in Folge. Erst ab 2011 gewinnt sie wieder an Dynamik, wobei Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand in einigen Ländern dämpfend wirken. Der Einbruch der Bauproduktion im Zuge der Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 kann in nur wenigen Ländern bis 2012 wettgemacht werden. In Ostmitteleuropa war die Bauwirtschaft kaum von der Krise betroffen. Für Österreich wird erst ab 2011 mit einer leichten Expansion der Bautätigkeit gerechnet.
- 980 **Errata zu Monatsbericht 11/2010, "Die Bedeutung von schnell wachsenden Unternehmen in Österreich"**
Korrekturen: S. 894, Abbildung 3; S. 895, Abbildung 4

Summaries

- 926 Lively Industrial Activity in Austria, Increasing Uncertainty in Global Economy
- 953 Consolidating the Budget Under Difficult Conditions – Ten Guidelines Viewed Against Europe's Beginning Consolidation Programmes
- 966 Labour Market Inactivity and Social Security: A European Comparison
- 978 Continued Downward Trend in European Construction Output, Slight Recovery Expected for 2011

Online-Zugriff

■ <http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?&fid=23965>

Alle Artikel im Volltext online verfügbar (PDF) • Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten

Markus Marterbauer

Gute Industriekonjunktur in Österreich, zunehmende Unsicherheit in der Weltwirtschaft

In Österreich setzte sich die von Export und Sachgütererzeugung getragene Konjunkturerholung im Herbst fort, das BIP stieg im III. Quartal gegenüber dem Vorquartal real um 0,9% und gegenüber dem Vorjahr um 2,4%. Ein selbsttragender Investitionsaufschwung kam bislang allerdings nicht in Gang. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte wird weiterhin mäßig ausgeweitet. Vor allem aufgrund der guten Industriekonjunktur sinkt die Arbeitslosigkeit anhaltend, der Anstieg der Verbraucherpreise wird von den Rohstoffpreisen bestimmt.

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann, Martha Steiner
• Abgeschlossen am 7. Dezember 2010. • E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Österreichs Wirtschaft war von der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise vor allem durch den Einbruch in der exportorientierten Industrie und seinen Folgen betroffen. Seit dem Frühjahr 2009 expandiert die Produktion wieder. Mittlerweile wurde mehr als die Hälfte des Produktionsrückgangs wettgemacht: Im September 2010 lag der Produktionsindex in der Sachgütererzeugung saisonbereinigt um 11% über dem Tiefstand vom Mai 2009. Gemäß dem WIFO-Konjunkturtest hielt die gute Industriekonjunktur auch im Herbst 2010 an: Im Oktober und November verbesserten sich sowohl die Produktionserwartungen der befragten Unternehmen als auch die Einschätzung der Auftragsbestände und der Geschäftslage in sechs Monaten nochmals deutlich.

Die heimische Wirtschaft profitiert dabei vor allem vom kräftigen Aufschwung in den asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern. Sie ist daran meist über Zulieferbeziehungen zur weltmarktorientierten deutschen Wirtschaft beteiligt. Seit dem Frühjahr 2010 schwächte sich die Dynamik der Importe in Asien allerdings etwas ab, damit verlor der Aufschwung des gesamten Welthandels an Kraft. Innerhalb der EU verstärkt sich die Zweiteilung in eine exportorientierte Ländergruppe um Deutschland mit kräftiger Konjunkturerholung und eine Gruppe von Ländern, die wegen anhaltender Strukturprobleme und der notwendigen Budgetkonsolidierung in einer Rezession verharren.

Der österreichische Güterexport erhöhte sich im III. Quartal 2010 gegenüber dem Vorquartal real um 5,5% und lag damit saisonbereinigt bereits um 22% über dem Tiefstand vom II. Quartal 2009. Die kräftige Zunahme von Warenexport und Produktion in der Sachgütererzeugung brachte den Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen zum Stillstand, zog bislang allerdings noch keine kräftige Belebung der Investitionstätigkeit nach sich. Die Bauinvestitionen sind seit dem Frühjahr 2008 rückläufig, auch weil der öffentlich beeinflusste Wohnbau weiter schwächelt.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte erwies sich während der Rezession als wichtiger Stabilisierungsfaktor, sie ging als einzige Nachfragekomponente nicht zurück. Auch 2010 wächst sie mäßig, aber stetig und wird pro Quartal real um etwa ¼% ausgeweitet. Da die Pro-Kopf-Einkommen real nicht steigen, wird dies vor allem durch eine günstige Entwicklung der Beschäftigung ermöglicht: Die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten betrug im November mehr als 3,3 Mio. Sie lag damit saisonbereinigt um 69.000 über dem Tiefstand vom August 2009 und erreichte einen neuen Höchstwert. Dazu trug neben der stetigen Ausweitung der Zahl der Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbranchen auch die Zunahme der Industriebeschäfti-

gung bei: Diese lag im Oktober mit 574.000 um 23.000 über dem Niveau zu Jahresbeginn, allerdings um 56.000 unter dem Höchststand von Mitte 2008. Auch die Zahl der Arbeitslosen verringert sich merklich: Saisonbereinigt lag sie im November mit 248.000 um 20.000 unter dem Höchstwert vom September 2009 und noch um 41.000 über dem Tiefstwert vom März 2008. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug im November 2010 6,8% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. im Oktober 4,8% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Übersicht 1: Ergebnisse der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2009			2010				
	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal		
<i>Real, saison- und arbeitstägig bereinigt</i>								
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,4	+ 0,6	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2		
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2		
Staat	+ 0,3	+ 1,3	- 0,7	- 0,2	- 0,1	+ 0,1		
Bruttoinvestitionen	- 4,2	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	+ 0,6	+ 1,0		
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,7	- 0,2	- 1,0	- 1,5	- 0,2	+ 0,9		
Ausrüstungen	- 2,7	- 1,6	- 1,2	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2		
Bauten	- 1,2	- 0,8	- 0,9	- 1,1	- 1,0	- 0,9		
Exporte	- 3,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,9	+ 5,3	+ 3,6		
Waren	- 3,0	+ 3,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 6,4	+ 5,5		
Dienstleistungen	- 2,8	- 1,7	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,9	+ 0,7		
Importe	- 2,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,2	+ 3,7	+ 3,2		
Waren	- 2,7	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,3	+ 4,0	+ 4,1		
Dienstleistungen	- 2,9	- 1,7	- 0,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,2		
Bruttoinlandsprodukt	- 0,8	+ 0,6	+ 0,4	- 0,0	+ 1,2	+ 0,9		
Sachgütererzeugung	- 2,5	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 5,9	+ 3,1		
	2008	2009	2009			2010		
			II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal
<i>Real, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen</i>								
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,3	+ 0,3	+ 2,1	- 0,2	+ 0,0
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,5	+ 1,3	+ 3,9	+ 2,7	+ 0,5	+ 2,8	- 0,4	+ 0,3
Staat	+ 4,0	+ 0,4	- 0,7	+ 1,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	- 0,9
Bruttoinvestitionen	+ 1,0	- 12,7	- 18,6	- 11,8	- 8,5	- 7,8	+ 5,3	+ 4,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,1	- 8,8	- 12,3	- 6,6	- 5,6	- 6,2	- 2,8	- 2,7
Ausrüstungen	+ 7,5	- 14,5	- 20,8	- 13,1	- 12,0	- 5,1	+ 0,3	+ 0,4
Bauten	+ 1,6	- 6,0	- 8,4	- 3,6	- 1,6	- 7,5	- 4,7	- 4,7
Exporte	+ 1,0	- 16,1	- 21,2	- 15,6	- 7,5	+ 4,2	+ 13,4	+ 13,9
Waren	+ 0,1	- 18,6	- 24,5	- 17,5	- 7,6	+ 4,9	+ 15,9	+ 16,3
Dienstleistungen	+ 3,3	- 9,5	- 10,7	- 10,6	- 7,6	+ 2,4	+ 7,0	+ 7,9
Importe	- 0,9	- 14,4	- 19,0	- 12,5	- 9,6	+ 2,9	+ 10,4	+ 11,7
Waren	- 0,7	- 15,3	- 20,5	- 13,2	- 9,0	+ 4,1	+ 12,2	+ 13,1
Dienstleistungen	- 2,1	- 10,7	- 12,6	- 10,0	- 11,6	- 1,8	+ 3,3	+ 6,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,2	- 3,9	- 5,7	- 3,6	- 0,9	+ 0,1	+ 2,4	+ 2,4
Sachgütererzeugung	+ 3,5	- 14,3	- 18,9	- 14,1	- 6,8	+ 0,6	+ 9,5	+ 8,2
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 4,1	- 3,1	- 5,0	- 2,9	+ 0,0	+ 1,6	+ 3,9	+ 4,9

Q: WIFO. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Der Preisauftrieb ist weiterhin verhalten, die Inflationsrate betrug im Oktober 2%. Der Preisanstieg geht zu etwa einem Drittel auf die Verteuerung von Mineralölprodukten zurück. Höhere Notierungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf den Weltmärkten verstärkten den Preisauftrieb für Nahrungsmittel und Bekleidung auf Verbraucher-ebene etwas. Hingegen entwickeln sich die Preise vieler Dienstleistungen und dauerhafter Konsumgüter weiterhin sehr gedämpft. Darin spiegelt sich das Fehlen einer konjunkturbedingten Inflation.

Wachstum des Welt-handels verliert an Kraft

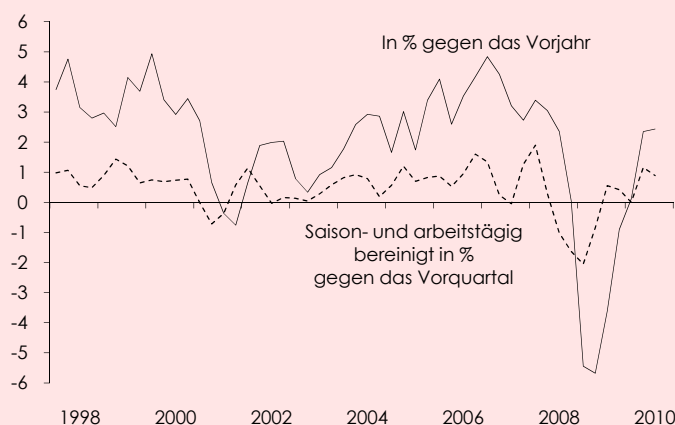
Nach dem tiefen Einbruch in der Finanzmarktkrise zog der Welthandel seit Anfang 2009 kräftig an und erreichte wieder das Vorkrisenniveau. Doch zuletzt schwächte sich das Wachstum erheblich ab (I. Quartal 2010 laut CPB saisonbereinigt real +5,2% gegenüber dem Vorquartal, II. Quartal +3,2%, III. Quartal +0,9%). Dies geht vor allem

auf eine nur noch mäßige Ausweitung der Importe der Industrieländer zurück, im Euro-Raum stagnierte die Einfuhr im III. Quartal sogar. In Japan verflachte die bislang kräftige Industriekonjunktur merklich: Die Produktion sank im Oktober saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat bereits zum fünften Mal in Folge. Dies deutet auf eine Verlangsamung der Nachfrageexpansion auch in den asiatischen Schwellenländern hin. Die Importe dieser Ländergruppe wuchsen im III. Quartal mit +1,8% gegenüber dem Vorquartal wesentlich schwächer als zu Jahresbeginn, jedoch stärker als im II. Quartal. Hingegen entwickelt sich die Nachfrage in den lateinamerikanischen Schwellenländern weiterhin sehr dynamisch, die Importe wurden zuletzt gegenüber dem Vorquartal um 4,4% ausgeweitet.

Der Welthandel wächst heuer um mehr als 10%, allerdings schwächte sich die Dynamik zuletzt merklich ab. Während die Wirtschaft der Schwellenländer weiterhin kräftig expandiert, bleibt die Konjunktur in den Industrieländern träge, primär wegen der labilen Lage auf den Finanzmärkten.

Abbildung 1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes

Veränderung gegen das Vorjahr bzw. Vorquartal in %



Q: WIFO.

Die Weltwirtschaft ist von hoher Unsicherheit geprägt, vor allem auf den Finanzmärkten bestehen weiterhin beträchtliche Risiken. Sie äußern sich in der EU im Wiederkehren von Staatsschuldenkrisen in einzelnen Ländern, in den USA in der labilen Lage des Immobiliensektors. Das Bankensystem ist in beiden Wirtschaftsräumen anhaltend verwundbar. Die Unsicherheit zeigt sich auch in der hohen Volatilität von Wechselkursen und Rohstoffpreisen. Der Trend zur Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar wurde zuletzt in Zusammenhang mit der Irlandkrise wieder unterbrochen, die Notierung betrug Anfang Dezember 1,32 \$ je Euro. Der japanische Yen wertet seit mehr als zwei Jahren sowohl gegenüber dem Euro als auch dem Dollar kräftig auf, Anfang Dezember 2010 wurden nur noch 110 Yen je Euro gezahlt. Die Rohölpreise zogen auf Dollarbasis zuletzt wieder kräftig an. Noch stärker stiegen in den vergangenen Monaten die Preise von metallischen Rohstoffen und – bedingt durch schlechte Ernten – von Nahrungsmitteln.

In den USA schwenkte die Konjunktur im Frühjahr 2010 auf einen mäßigen Wachstumskurs ein. Im III. Quartal wurde das BIP gegenüber dem Vorquartal real um 0,6% und gegenüber dem Vorjahr um 3,2% ausgeweitet. Die stetige Erholung der Industrie wird vom Export und der Nachfrage der privaten Haushalte nach dauerhaften Konsumgütern getragen. Der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung beträgt allerdings nur noch 11%. Hingegen halten die Probleme im Immobilien- und Bausektor an. Die Hauspreise stabilisierten sich zwar nach dem tiefen Einbruch vom III. Quartal 2006 bis zum II. Quartal 2009, sie erholen sich allerdings nicht. Damit steht die Rückzahlung zahlreicher Hypothekarkredite in Frage, und der Wohnbau kann sich so wie der Gewerbebau nicht aus der Rezession lösen.

Trotz eines merklichen Anstiegs der Sparquote der privaten Haushalte auf zuletzt 5,8% des verfügbaren Einkommens expandierte die Konsumnachfrage in den vergangenen Monaten stetig. Dies überrascht vor allem angesichts der hohen Zahl an Arbeitslosen und deren schlechter sozialer Absicherung. Die saisonbereinigte Arbeits-

Mäßige Konjunktur in den USA

In den USA wird die Konjunktur weiterhin vom Immobilien- und Bausektor gebremst. Die Industrieproduktion und – trotz der ungünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt – auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte werden stetig ausgeweitet.

losenquote lag im November bei 9,8%, um 0,3 Prozentpunkte unter ihrem Höchststand vom Oktober 2009.

Abbildung 2: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2000 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



In der EU kommt die Konjunkturerholung nur mäßig voran. Im III. Quartal wurde das BIP gegenüber dem Vorquartal real um 0,5% und gegenüber dem Vorjahr um 2,2% ausgeweitet. Getragen wird die Erholung vor allem vom Export. Von der starken Nachfrage aus Asien profitieren vor allem jene Volkswirtschaften, deren Industrie international wettbewerbsfähig ist. Dazu zählen neben Deutschland, Österreich, den Benelux- und den skandinavischen Ländern auch Tschechien und die Slowakei. Diese Ländergruppe mit kräftiger Exportkonjunktur trägt 2010 nahezu das gesamte Wirtschaftswachstum der EU. Gemäß den aktuellen Indikatoren hielt die gute Industriekonjunktur auch gegen Jahresende an. Zwar sanken die Produktion und die Auftragseingänge im September gegenüber dem Vormonat, doch zeigt die Konjunkturumfrage der Europäischen Kommission für Oktober und November eine merkliche Verbesserung der Produktionserwartungen und der Beurteilung der Auftragseingänge vor allem aus dem Ausland. Die Kapazitätsauslastung erreichte in der Industrie mit 77,9% zu Beginn des IV. Quartals den langjährigen Durchschnitt von 80,9% noch nicht, lag aber weit über dem Tiefstand von 70,2% zu Jahresmitte 2009.

Die deutsche Wirtschaft erweist sich in der Exportkonjunktur als besonders stark, vor allem wegen der günstigen Industriestruktur und der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit: Maschinen- und Fahrzeugindustrie profitieren überdurchschnittlich von der regen Investitionstätigkeit in den asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern. Das BIP übertraf das Vorjahresniveau im III. Quartal real um 3,9%. Der ifo-Geschäftsklimaindex lässt auf eine Fortsetzung der guten Konjunktur auch zu Jahresende schließen, vor allem in der Industrie und im Großhandel. Getragen von der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich zuletzt auch das Konsumentenvertrauen merklich.

Im Exportaufschwung bleiben vor allem jene Volkswirtschaften zurück, die unter anhaltenden Problemen im Immobiliensektor, mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und früh einsetzenden Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leiden. In Griechenland und Rumänien verschärfte sich die Rezession weiter, das BIP lag im III. Quartal real um 4,5% bzw. 2,2% unter dem Wert des Vorjahres. In Spanien stagnierte das BIP; bereits mit Jahresbeginn 2011 werden zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen einsetzen. Die Konjunkturumfrage der Europäischen Kommission weist für eine Reihe von Ländern zuletzt eine markante Eintrübung des Konsumentenvertrauens und der Beurteilung der Geschäftslage im Bausektor aus.

Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hinterlässt tiefe Spuren auf dem europäischen Arbeitsmarkt. In der EU stieg die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen von 16 Mio. im Frühjahr 2008 auf mehr als 23 Mio. im Oktober 2010. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in diesem Zeitraum in der EU von 6,7% der Erwerbspersonen auf 9,6%, im Euro-Raum von 7,2% auf 10,1%. Eine Trendwende zeichnet sich nicht ab.

Allerdings entwickelt sich der Arbeitsmarkt in den einzelnen EU-Ländern sehr unterschiedlich. In der exportorientierten Ländergruppe um Deutschland geht die Arbeitslosigkeit leicht zurück. Hingegen steigt sie in der Ländergruppe unvermindert, deren Wirtschaft von Strukturproblemen und restriktiver Budgetpolitik geprägt ist. In Spanien betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Oktober 2010 20,7% der Erwerbspersonen und war damit mehr als doppelt so hoch wie vor der Krise; die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen erreichte zuletzt 43,2% der Erwerbspersonen.

Die Konjunkturerholung ging in Österreich primär auf die Aufwärtstendenz in der Exportindustrie zurück: Seit Mitte 2009 expandiert die Güterausfuhr wieder merklich. Sie war laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung des WIFO im III. Quartal saisonbereinigt real um 5,5% höher als im II. Quartal und übertraf den Tiefstand vom II. Quartal 2009 damit bereits um 22%. Besonders deutlich ausgeweitet wurden die heimischen Zulieferungen zur weltmarktorientierten deutschen Wirtschaft, die Warenexporte dorthin lagen laut Außenhandelsstatistik von Statistik Austria nominell in den ersten neun Monaten 2010 um 17,5% über dem Niveau des Vorjahres. Kräftig stieg auch der Export in die anderen dynamischen Industrieländer Europas (Slowakei +23%,

Konjunktur innerhalb der EU zweigeteilt

Während eine Ländergruppe um Deutschland von kräftiger Exportnachfrage profitiert, verharren die EU-Länder mit restriktiver Budgetpolitik und Strukturschwächen in der Rezession.

Arbeitslosigkeit steigt in der EU weiter

Eine Trendwende des von der Finanzmarktkrise verursachten markanten Anstiegs der Arbeitslosigkeit zeichnet sich noch nicht ab. In sieben EU-Ländern hat die Arbeitslosenquote bereits die Marke von 10% – teils deutlich – überschritten.

Kräftige Expansion der österreichischen Industrie

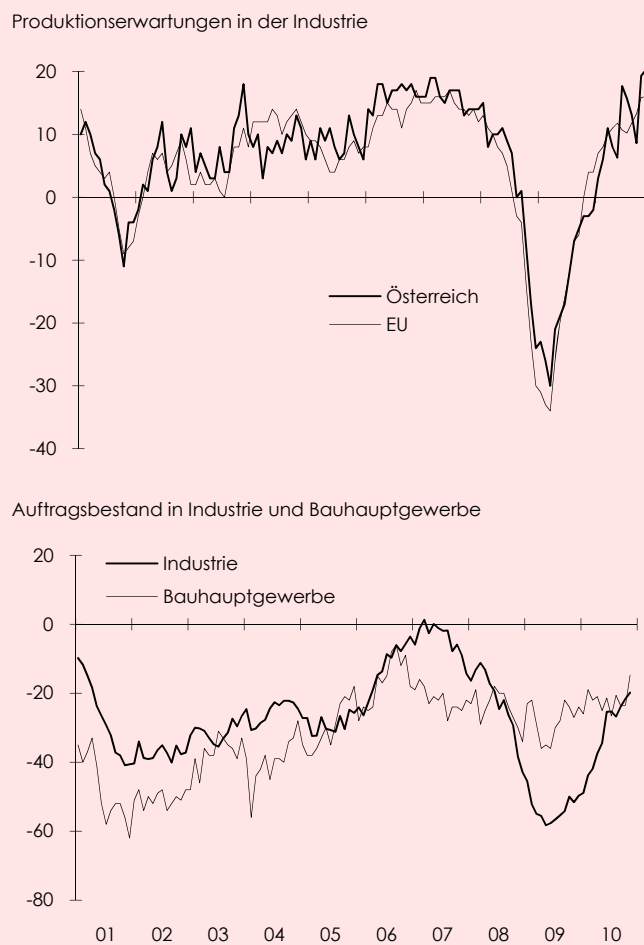
Die heimische Sachgütererzeugung profitiert von der kräftigen internationalen Nachfrage nach Investitionsgütern. Im WIFO-Konjunkturtest vom Oktober und November beurteilten die Unternehmen Produktionsausichten und Auftragslage neuerlich günstiger.

Schweden +27%). Hingegen litt die Ausfuhr in die Balkanländer sowie in einige Länder Südeuropas und Osteuropas unter der dortigen Flaute.

Die starke Exportnachfrage löst kräftige Produktionsausweitungen in der Sachgütererzeugung aus, vor allem in der Stahl- und Metallindustrie. Von Jänner bis September erhöhte sich die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr um 6%. Gemäß dem WIFO-Konjunkturtest hielt die Expansion im Herbst an. Die Produktionserwartungen verbesserten sich im Oktober und November nochmals beträchtlich, der Saldo aus positiven und negativen Meldungen liegt mit +18 Prozentpunkten deutlich über dem mittelfristigen Durchschnitt. Auch die Auftragsbestände, vor allem jene aus dem Ausland, wurden neuerlich günstiger eingeschätzt. Die Unternehmen beurteilten auch die Geschäftslage in sechs Monaten optimistischer als zuletzt.

Abbildung 3: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Q: Europäische Kommission, WIFO-Konjunkturtest. Ab Mai 2010 wegen Umstellung auf NACE-2-Gliederung eingeschränkt vergleichbar.

Die rasche Erholung der Sachgütererzeugung aus der Krise spiegelt sich auch in der Beschäftigungsentwicklung. Die Zahl der Beschäftigten lag im Oktober bereits um 23.000 über dem Niveau zu Jahresbeginn, allerdings noch immer um 56.000 unter dem Höchstwert von Mitte 2008.

Investitionskonjunktur kommt noch nicht in Gang

Von einem "selbsttragenden Aufschwung" spricht man gemeinhin, sobald ein Exportaufschwung auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen übergreift. Dies ist in der aktuellen Konjunkturphase bislang noch nicht eingetreten. Zwar kam der seit Mitte 2008 anhaltende Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um kumuliert 13% im

II. Quartal 2010 zum Stillstand (laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung des WIFO II. Quartal real gegenüber der Vorperiode +0,1%, III. Quartal +0,2%). Eine Belebung setzte bislang nicht ein, obwohl die Kapazitätsauslastung in den letzten Quartalen merklich gestiegen ist. Sie liegt in der Sachgütererzeugung im IV. Quartal 2010 mit 83,4% leicht über dem langfristigen Durchschnitt (82%). Trotz guter Kapazitätsauslastung und optimistischer Produktionserwartungen scheinen die Unternehmen in Bezug auf die mittelfristigen Absatzerwartungen noch sehr unsicher zu sein. Vor dem Auslaufen der steuerlichen Investitionsbegünstigung mit Ende 2010 sind im IV. Quartal Vorzieheffekte in der Investitionstätigkeit zu erwarten. Erste Ergebnisse des WIFO-Investitionstests lassen für die Unternehmen der Sachgütererzeugung im kommenden Jahr auch eine deutliche Belebung der Investitionstätigkeit erwarten.

Die Krise der Bauinvestitionen ist noch nicht überwunden, sie sind seit dem Frühjahr 2008 rückläufig (III. Quartal 2010 real -0,9% gegenüber dem Vorquartal). Dem Industriebau fehlen Impulse von den Anlageinvestitionen, im Wohnbau ist die Zahl der genehmigten geförderten Wohnungen weiterhin rückläufig, im Tiefbau geht die Wertschöpfung trotz der weiterhin wirksamen Konjunkturpakete zurück. Im WIFO-Konjunkturtest zeichnete sich im Oktober und November allerdings eine leichte Verbesserung der Baukonjunktur ab, die Unternehmen beurteilten die aktuelle Bautätigkeit günstiger als in den Monaten zuvor. Auch die Einschätzung der Auftragsbestände sowie die Erwartungen zur Entwicklung von Preisen und Beschäftigung wiesen leicht aufwärts.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte erwies sich während der Rezession als wichtiger Stabilisierungsfaktor. Sie schrumpfte nicht, sondern wurde stetig ausgeweitet. Die Zuwachsraten waren wegen der schwachen Entwicklung der Einkommen allerdings mäßig, sie schwankten zwischen real +0,2% und +0,4% gegenüber dem Vorquartal. Im III. Quartal 2010 lag der Anstieg bei 0,2% gegenüber dem Vorquartal bzw. 0,3% gegenüber dem Vorjahr.

Der Einzelhandel setzte von Jänner bis September 2010 durchschnittlich real um 2,3% mehr um als im Vorjahr. Saisonbereinigt betrug die Veränderungsrate +2%, sie war damit deutlich höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,9%) oder in Deutschland (+1,1%). Trotz Auslaufens der Verschrottungsprämie stiegen auch die Umsätze im Kfz-Handel (Jänner bis September +2,8% gegenüber dem Vorjahr, September +4,2%).

Die Tourismuswirtschaft hat die Rezession gut bewältigt. In der Sommersaison 2010 wurde der leichte Rückgang der Nächtigungszahlen aus dem Vorjahr wettgemacht (+1,3%). Dies ist vor allem auf die starke Steigerung im Städtetourismus zurückzuführen (Wien, Salzburg und Innsbruck über +10%). Die Gäste sparen allerdings weiter an den Ausgaben, die Umsätze wurden in der Sommersaison gegenüber dem Vorjahr um nur 0,2% ausgeweitet.

Die Inflationsrate lag auf Basis des Verbraucherpreisindex im Oktober bei 2%. Etwa zu einem Drittel ging dieser Preisanstieg auf die Verteuerung von Mineralölprodukten zurück, die sich in merklichen Kostensteigerungen in den Kategorien Wohnen und Verkehr niederschlug. Die Rohstoffverteuerung auf den Weltmärkten bestimmte auch den Preisanstieg in den Ausgabengruppen Nahrungsmittel (+1,9%) und Bekleidung (+2,4%). Hingegen blieb der Auftrieb der Preise vieler Dienstleistungen und dauerhafter Konsumgüter sehr verhalten. Darin spiegelt sich die angesichts mäßiger Lohnstückkostensteigerungen und durchschnittlicher Kapazitätsauslastung schwache konjunkturbedingte Inflation.

Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex lag im Oktober um 1,9% über dem Vorjahreswert. Damit entsprach der Preisauftrieb in Österreich dem Durchschnitt des Euro-Raumes (+1,9%), war aber weiterhin merklich höher als in Deutschland (+1,3%). Von Jänner bis Oktober lag die Inflationsrate gemäß nationalem Verbraucherpreisindex mit durchschnittlich 1,8% merklich über dem Anstieg der Bruttotariflöhne (+1,5%).

Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen kam zwar zum Stillstand, eine merkliche Belebung kam bislang aber nicht in Gang. Die Bauinvestitionen schrumpften weiter, doch verbessert sich die Stimmung der Unternehmen etwas.

Konsumnachfrage wird stetig ausgeweitet

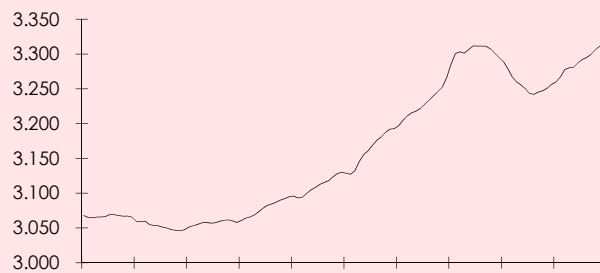
Die privaten Konsumausgaben wuchsen in Österreich zuletzt real um ¼% pro Quartal, d. h. nicht rascher als während der gesamtwirtschaftlichen Rezession.

Rohstoffverteuerung bedingt Preisauftrieb

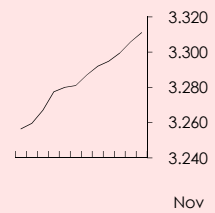
Die Inflation stieg zuletzt auf die Rate von 2%, die gemeinhin als Preisstabilität definiert wird. Die Beschleunigung ist primär eine Folge höherer Preise von Rohöl und anderen Rohstoffen.

Abbildung 4: Wirtschaftspolitische Eckdaten

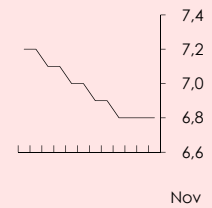
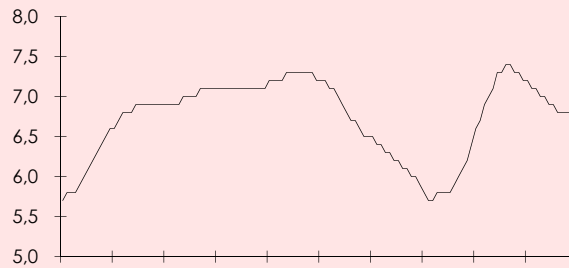
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



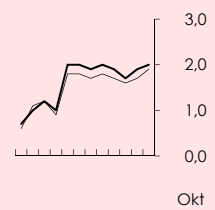
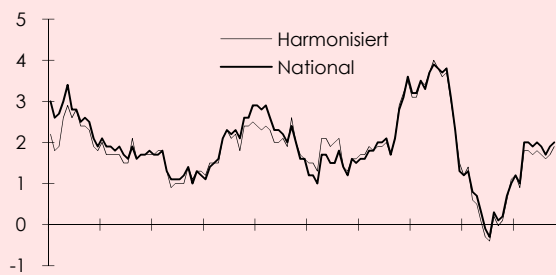
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



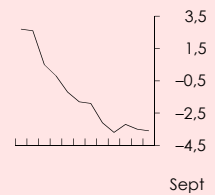
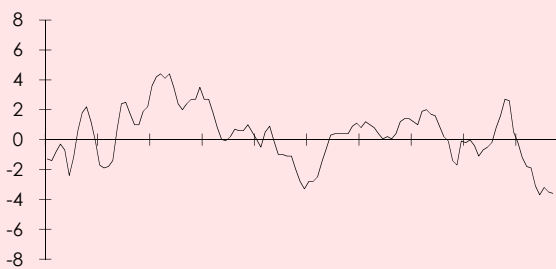
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



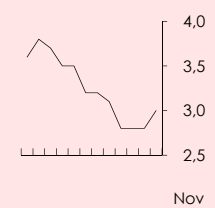
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne Schulungsteilnahmen von Arbeitslosen mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Text wird auf "saison- und arbeitstägig bereinigte Veränderungen" Bezug genommen.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominal ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<http://www.itkt.at/>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präsenz- und Zivildienstler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Die Konjunkturerholung vor allem in der Industrie schlägt sich deutlich auf dem Arbeitsmarkt nieder: Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen war im November mit 244.000 um 13.000 niedriger als im Vorjahr, einschließlich der Arbeitslosen in Schulungsmaßnahmen sank sie um 19.000 auf 317.000. In saisonbereinigter Rechnung betrug die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im November 248.000, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,8% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditio-

**Weiter Entspannung
auf dem Arbeitsmarkt**

Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen sank im November saisonbereinigt gegenüber dem Höchststand im September 2009 um 20.000, lag aber um 41.000 über dem Tiefstand vom März 2008.

neller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,8% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Die Arbeitslosigkeit lag damit um 20.000 unter dem Höchststand vom September 2009, allerdings noch immer um 41.000 über dem Tiefstand im März 2008.

Die Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich auch im Anstieg der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten: Diese übertraf den Vorjahreswert im November mit 3,301 Mio. bereits um 61.000. Saisonbereinigt überstieg sie den Tiefstand vom August 2009 um 69.000 und erreichte einen neuen Höchstwert. Die Relation von offenen Stellen zu Arbeitslosen betrug zuletzt 1 : 8.

Lively Industrial Activity in Austria, Increasing Uncertainty in Global Economy – Summary

The economic recovery in Austria, driven by exports and manufacturing activity, continued in the autumn; in the third quarter, real GDP rose by 0.9 percent compared with the previous quarter, and by 2.4 percent compared with a year before. However, a self-sustaining pick-up in investment has not got off the ground as yet. Household consumption continues to grow at a modest pace. Unemployment keeps declining, largely owing to lively industrial activity. Consumer price inflation is determined by commodity prices.

The Austrian economy was affected by the international financial and economic crisis mainly through the downturn in the export-oriented industry and its consequences. Production has been expanding again since the spring of 2009. By now more than half of the production decline has been made up for: in September 2010 the seasonally adjusted production index in manufacturing came in 11 percent above its trough in May 2009. According to the WIFO business cycle survey, industrial activity remained lively also in the autumn of 2010: in October and November, both production expectations of the firms surveyed and their assessment of order books and business conditions in six months once more improved markedly.

The Austrian economy benefits above all from the vigorous upswing in the emerging economies of Asia and Latin America, mostly through its supplier relations with the world-market oriented German economy. However, since the spring of 2010 the pace of imports in Asia has been moderating; as a consequence, the recovery of world trade as a whole has lost some of its strength. Within the EU, the division of countries into two groups, an export-oriented group around Germany that is experiencing a vigorous economic rebound, and a group of countries that remain in recession owing to persistent structural problems and the necessary budget consolidation, is increasing.

Austria's real goods exports rose by 5.5 percent on a quarterly basis in the third quarter of 2010, an increase by already 22 percent in seasonally adjusted terms from the trough in the second quarter of 2009. The vigorous expansion of goods exports and manufacturing output stopped the decline in equipment investment, but has not yet entailed a strong pick-up in investment activity. Construction investment has been contracting since the spring of 2008, also because residential construction supported by government measures remains weak.

Household consumption proved to be an important stabilising factor during the recession, being the only component of demand that did not decline. It has continued to grow at a modest, albeit steady pace also in 2010, expanding by around ¼ percent each quarter. As per-capita incomes are not rising in real terms, this is for the most part made possible by the favourable evolution of employment: in November, the number of persons in dependent active employment exceeded 3.3 million. This was an increase by 69,000 (seasonally adjusted) from the trough in August 2009, and a new peak. A factor also contributing to this development, in addition to the steady increase in the number of jobs in the services sectors, was the growth of employment in industry: at 574,000, the number of persons employed in industry in October exceeded the level at the beginning of the year by 23,000, but was still down by 56,000 from the peak in mid-2008. The number of unemployed persons is also falling noticeably: at 248,000 (seasonally adjusted) in November, it was down by 20,000 from the peak in September 2009, but still exceeded the trough in March 2008 by 41,000. In November 2010, the seasonally adjusted unemployment rate was 6.8 percent of the persons in dependent employment; in October it was 4.8 percent of the labour force, according to Eurostat.

Inflationary pressure remains subdued, the inflation rate stood at 2 percent in October. Around one third of the price increase can be attributed to price rises for mineral oil products. Higher world market prices for agricultural products somewhat intensified the upward pressure on food and clothing prices at the consumer level. The prices of many services and durable consumer goods, by contrast, continue to rise at only a very modest pace, which reflects the absence of cyclical inflation.

Hans Pitlik
Heinz Handler
Joseph Reiter
Angelika Pasterniak
Thomas Kostal

■ Effizienz der Ausgabenstrukturen des öffentlichen Sektors in Österreich

- **Motivation und Aufgabenstellung der Studie**

Hans Pitlik (WIFO)

Hintergrund – Qualität und Effizienz öffentlicher Ausgaben – Fragestellung, Ziele und Vorgangsweise der Studie – Datengrundlagen

- **Struktur der Staatsausgaben aus der Perspektive der Diskussion um die Qualität der öffentlichen Finanzen**

Hans Pitlik, Joseph Reiter (WIFO)

Entwicklung der Staatsausgaben – Öffentliche Infrastrukturinvestitionen – Öffentliche Bildungsausgaben – Öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung – Indikatoren zur Qualitätsbeurteilung der öffentlichen Ausgabenstrukturen

- **Effizienzverbesserungspotentiale in Verwaltung und Förderungen**

Hans Pitlik (WIFO)

Öffentliche Verwaltung – Direkte Förderungen

- **Effizienz und Performance des öffentlichen Sektors Österreichs**

Angelika Pasterniak unter Mitarbeit von Thomas Kostal (WU Wien)

Grundlagen der Effizienzmessung – Effizienz des öffentlichen Sektors – Effizienz der öffentlichen Verwaltung – Effizienz des Bildungswesens – Effizienz des Gesundheitswesens – Effizienz der öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsfinanzierung

- **Strategien der Budgetkonsolidierung**

Heinz Handler (WIFO)

Theoretische Aspekte der Budgetkonsolidierung – Empirische Querschnittsbetrachtung – Beispiele für Erfolge und Misserfolge

- **Zusammenfassung der Ergebnisse**

Hans Pitlik (WIFO)

Finanzpolitische Prioritäten für hochentwickelte Länder – Hohe Staatsausgabenquote trotz spürbaren Rückgangs seit Mitte der 1990er-Jahre – Stark rückläufige Infrastrukturinvestitionen, aber gute Infrastrukturqualität – Überdurchschnittlich hohe Bildungsausgaben, Potential zur Effizienzverbesserung im Bildungssystem – Steigende staatliche Forschungs- und Entwicklungsausgaben, jedoch nur durchschnittliche F&E-Performance – Geringer Anteil "produktiver Ausgaben" – Hohes Potential zur Effizienzsteigerung in der Allgemeinen Hoheitsverwaltung – Öffentliche Förderungen: Weit überdurchschnittliches Volumen, hohes Kürzungs- und Effizienzpotential – Gesamtvolumen der Effizienzpotentiale und Realisierungsmöglichkeiten – Budgetkonsolidierung durch Ausgabenkürzungen mit größeren Erfolgchancen – Reformen der institutionellen Strukturen als Voraussetzung für nachhaltige Effizienzgewinne – Verwaltungsreform – Bundesstaats- und Finanzausgleichsreform

November 2008 • 361 Seiten •
50 €, Download 40 €

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=34659&typeid=8&display_mode=2

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cgi-bin/tabellen/tabhome.cgi>).

Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU
- Übersicht 4: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 10: Leistungsbilanz
- Übersicht 11: Kapitalbilanz

Tourismus

- Übersicht 12: Übernachtungen
- Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)
- Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

Außenhandel

- Übersicht 16: Warenexporte
- Übersicht 17: Warenimporte

Zinssätze

- Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

Herstellung von Waren

- Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 23: Produktion
- Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung

Verkehr

- Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 27: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

Preise und Löhne

- Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 32: Tariflöhne
- Übersicht 33: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 34: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuverknüpfung von Pensionen
- Übersicht 38: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

Umwelt

- Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 41: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 42: Tourismus
- Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Übersicht 46: Arbeitslosenquote

Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2007	2008	2009	2009	2010				2010				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
In % der Erwerbspersonen, saisonbereinigt													
OECD insgesamt	5,8	6,1	8,3	8,7	8,6	8,6	8,5	8,6	8,5	8,5	8,5	8,5	8,6
USA	4,6	5,8	9,3	10,0	9,7	9,7	9,6	9,7	9,5	9,5	9,6	9,6	9,6
Japan	3,8	4,0	5,1	5,2	4,9	5,2	5,1	5,2	5,3	5,2	5,1	5,0	5,1
Kanada	6,0	6,2	8,3	8,4	8,2	8,0	8,0	8,1	7,9	8,0	8,1	8,0	7,9
EU	7,2	7,0	8,9	9,4	9,6	9,6	9,6	9,6	9,6	9,6	9,5	9,6	9,6
Euro-Raum	7,5	7,6	9,4	9,9	9,9	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,1
Deutschland	8,4	7,3	7,5	7,5	7,2	6,9	6,8	6,9	6,9	6,8	6,8	6,7	6,7
Frankreich	8,4	7,8	9,5	9,9	9,9	9,8	9,9	9,8	9,8	9,8	9,9	9,9	9,8
Italien	6,2	6,8	7,8	8,3	8,4	8,4	8,2	8,5	8,3	8,3	8,1	8,3	8,6
Spanien	8,3	11,4	18,0	19,0	19,3	20,0	20,5	20,0	20,2	20,4	20,5	20,7	20,7
Niederlande	3,6	3,1	3,7	4,2	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,6	4,5	4,4	4,4
Belgien	7,5	7,0	7,9	8,1	8,4	8,5	8,6	8,5	8,5	8,6	8,6	8,5	8,5
Österreich	4,4	3,8	4,8	4,8	4,5	4,6	4,4	4,6	4,5	4,3	4,4	4,5	4,8
Portugal	8,1	7,7	9,6	10,2	10,5	11,0	11,1	11,1	11,1	11,1	11,1	11,1	11,0
Finnland	6,9	6,4	8,2	8,8	8,7	8,5	8,3	8,5	8,4	8,4	8,3	8,1	8,0
Griechenland	8,3	7,7	9,5	10,2	11,1	12,2	.	12,2	12,2
Irland	4,6	6,3	11,9	13,0	12,9	13,5	13,9	13,6	13,7	13,8	13,9	14,1	14,1
Luxemburg	4,2	4,9	5,2	4,9	4,9	4,9	5,0	4,8	4,9	5,0	5,0	5,0	5,0
Großbritannien	5,3	5,6	7,6	7,8	7,9	7,7	.	7,7	7,7	7,7	7,7	.	.
Schweden	6,1	6,2	8,3	8,8	8,7	8,6	8,3	8,6	8,1	8,5	8,2	8,2	8,1
Dänemark	3,8	3,3	6,0	7,1	7,2	7,4	7,4	7,4	7,4	7,3	7,3	7,6	7,8
Schweiz ¹⁾	3,6	3,5	4,4	4,6	4,5	4,4
Norwegen	2,5	2,5	3,1	3,3	3,5	3,6	3,4	3,6	3,5	3,4	3,4	3,5	.
Polen	9,6	7,2	8,2	8,8	9,6	9,6	9,5	9,6	9,5	9,5	9,5	9,6	9,7
Ungarn	7,4	7,8	10,0	10,6	11,2	11,3	10,9	11,2	11,3	11,1	10,9	10,8	10,9
Tschechien	5,3	4,4	6,7	7,4	7,8	7,3	6,9	7,3	7,1	7,0	6,9	6,9	6,9
Slowakei	11,1	9,5	12,0	14,1	14,6	14,4	14,6	14,4	14,4	14,5	14,6	14,7	14,7

Q: Eurostat, OECD. – ¹⁾ Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2007	2008	2009	2009	2010				2010				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,5	+ 3,7	+ 0,5	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9
USA	+ 2,9	+ 3,8	- 0,3	+ 1,5	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Japan	+ 0,1	+ 1,4	- 1,4	- 2,0	- 1,2	- 0,9	- 0,8	- 0,9	- 0,7	- 0,9	- 0,9	- 0,6	+ 0,2
Kanada	+ 2,1	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,4
Harmonisierter VPI													
EU	+ 2,4	+ 3,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3
Euro-Raum	+ 2,1	+ 3,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8
Deutschland	+ 2,3	+ 2,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3
Frankreich	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8
Italien	+ 2,0	+ 3,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,0
Spanien	+ 2,8	+ 4,1	- 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,3
Niederlande	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4
Belgien	+ 1,8	+ 4,5	- 0,0	- 0,2	+ 1,2	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,1
Österreich	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9
Portugal	+ 2,4	+ 2,7	- 0,9	- 0,8	+ 0,3	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3
Finnland	+ 1,6	+ 3,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,3
Griechenland	+ 3,0	+ 4,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 3,0	+ 5,1	+ 5,6	+ 5,3	+ 5,2	+ 5,5	+ 5,6	+ 5,7	+ 5,2
Irland	+ 2,9	+ 3,1	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 2,1	- 1,2	- 1,9	- 2,0	- 1,2	- 1,2	- 1,0	- 0,8
Luxemburg	+ 2,7	+ 4,1	+ 0,0	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,9
Großbritannien	+ 2,3	+ 3,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	.
Schweden	+ 1,7	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6
Dänemark	+ 1,7	+ 3,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,4
Schweiz	+ 0,8	+ 2,3	- 0,7	- 0,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
Norwegen	+ 0,7	+ 3,4	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,7
Polen	+ 2,6	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,6
Ungarn	+ 7,9	+ 6,0	+ 4,0	+ 4,9	+ 5,8	+ 5,2	+ 3,6	+ 4,9	+ 5,0	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,3
Tschechien	+ 3,0	+ 6,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8
Slowakei	+ 1,9	+ 3,9	+ 0,9	- 0,0	- 0,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0

Q: Statistik Austria, OECD. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die Sachgütererzeugung in der EU

	2007			2008				2009				2010	
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
	Saislen aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen												
Auftragsbestände	+ 7	+ 4	+ 1	- 1	- 6	- 13	- 27	- 48	- 59	- 61	- 52	- 43	- 32
Exportauftragsbestände	+ 5	+ 2	+ 0	- 1	- 4	- 10	- 25	- 46	- 59	- 62	- 51	- 43	- 30
Fertigwarenlager	+ 5	+ 5	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11	+ 15	+ 21	+ 21	+ 15	+ 9	+ 4	+ 0
Produktionserwartungen	+ 16	+ 15	+ 13	+ 13	+ 8	+ 1	- 14	- 31	- 26	- 12	+ 0	+ 7	+ 11
Verkaufspreiserwartungen	+ 11	+ 13	+ 12	+ 15	+ 15	+ 23	+ 8	- 10	- 12	- 11	- 7	- 4	+ 7

Q: Europäische Kommission (DG-ECFIN). • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssatz

	2007	2008	2009	2009	2010				2010				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber
	In %												
USA	5,3	3,0	0,6	0,2	0,2	0,4	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Japan	0,7	0,7	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	.
Kanada	4,6	3,3	0,7	0,4	0,4	0,6	0,9	0,7	0,8	0,9	1,1	1,1	1,2
Euro-Raum	4,3	4,6	1,2	0,7	0,7	0,7	0,9	0,7	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0
Großbritannien	6,0	5,5	1,2	0,6	0,6	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Schweden	3,6	3,9	0,4	0,2	0,2	0,3	0,5	0,3	0,4	0,4	0,5	0,8	1,1
Dänemark	4,3	4,9	1,8	1,0	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,8
Schweiz	2,6	2,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Norwegen	5,0	6,2	2,5	2,1	2,3	2,5	2,7	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	2,5
Polen	4,8	6,3	4,3	4,2	4,1	3,9	3,8	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,9
Ungarn	7,9	8,9	9,2	7,5	6,7	5,9	6,1	5,4	6,2	5,8	6,4	5,9	5,9
Tschechien	3,1	4,0	2,2	1,8	1,5	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2

Q: OECD. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2007	2008	2009	2009	2010				2010				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber
	In %												
USA	4,8	4,3	4,1	4,3	4,6	4,4	3,9	4,1	4,0	3,8	3,8	3,9	4,2
Japan	1,7	1,5	1,3	1,3	1,3	1,3	1,0	1,2	1,1	1,0	1,0	0,9	1,0
Kanada	4,3	3,6	3,2	3,4	3,5	3,5	3,0	3,3	3,2	3,0	2,9	2,8	3,0
Euro-Raum	4,3	4,4	4,0	3,8	4,1	3,8	3,5	3,7	3,6	3,4	3,5	3,3	3,7
Deutschland	4,2	4,0	3,3	3,2	3,2	2,8	2,4	2,6	2,7	2,4	2,3	2,4	.
Frankreich	4,3	4,2	3,6	3,5	3,5	3,2	2,8	3,1	3,0	2,7	2,7	2,7	.
Italien	4,5	4,6	4,2	3,9	3,9	4,0	3,9	4,1	4,0	3,8	3,8	3,8	.
Spanien	4,3	4,3	4,0	3,8	3,9	4,2	4,2	4,6	4,4	4,1	4,1	4,1	.
Niederlande	4,3	4,2	3,7	3,5	3,4	3,1	2,6	2,9	2,8	2,6	2,5	2,6	2,8
Belgien	4,3	4,4	3,9	3,6	3,6	3,4	3,1	3,5	3,3	3,0	3,1	3,2	3,5
Österreich	4,3	4,4	3,9	3,6	3,6	3,3	2,9	3,2	3,1	2,8	2,8	2,8	3,0
Portugal	4,4	4,5	4,2	3,8	4,2	5,0	5,5	5,4	5,4	5,2	6,0	5,9	6,7
Finnland	4,3	4,2	3,7	3,5	3,4	3,1	2,7	2,9	2,8	2,6	2,6	2,6	2,8
Irland	4,2	4,4	5,1	4,7	4,7	5,0	5,6	5,4	5,4	5,3	6,2	6,3	.
Luxemburg	4,6	4,6	4,2	3,8	3,7	3,3	2,8	3,0	3,0	2,7	2,7	.	.
Griechenland	4,5	4,8	5,1	5,0	6,2	8,4	10,7	9,1	10,3	10,6	11,3	9,5	.
Großbritannien	5,0	4,5	3,7	3,8	4,1	3,7	3,2	3,4	3,5	3,2	3,1	3,1	3,3
Schweden	4,2	3,9	3,2	3,2	3,2	2,7	2,5	2,5	2,6	2,3	2,4	2,5	2,8
Dänemark	4,3	4,3	3,7	3,6	3,5	3,0	2,5	2,7	2,7	2,5	2,4	2,5	.
Schweiz	2,9	2,9	2,2	2,1	2,0	1,6	1,4	1,5	1,5	1,2	1,4	1,5	.
Norwegen	4,8	4,5	4,0	4,0	3,9	3,6	3,3	3,4	3,3	3,1	3,3	3,2	.

Q: OeNB, OECD. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2007	2008	2009	2009		2010			2010				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,37	1,47	1,39	1,48	1,38	1,27	1,29	1,22	1,28	1,29	1,31	1,39	1,37
Yen	161,24	152,33	130,23	132,70	125,61	117,38	110,68	110,99	111,73	110,04	110,26	113,67	112,69
Schweizer Franken	1,64	1,59	1,51	1,51	1,46	1,41	1,33	1,38	1,35	1,34	1,31	1,35	1,34
Pfund Sterling	0,68	0,80	0,89	0,90	0,89	0,85	0,83	0,83	0,84	0,82	0,84	0,88	0,86
Schwedische Krone	9,25	9,62	10,62	10,35	9,96	9,63	9,38	9,57	9,50	9,42	9,22	9,28	9,32
Dänische Krone	7,45	7,46	7,45	7,44	7,44	7,44	7,45	7,44	7,45	7,45	7,45	7,46	7,45
Tschechische Krone	27,76	24,96	26,45	25,92	25,88	25,58	24,93	25,78	25,33	24,81	24,65	24,53	24,63
Estnische Krone	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65
Lettischer Lats	0,70	0,70	0,71	0,71	0,71	0,71	0,71	0,71	0,71	0,71	0,71	0,71	0,71
Litauische Litās	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45
Ungarischer Forint	251,32	251,74	280,54	270,88	268,68	274,60	282,43	281,49	283,75	281,45	282,10	274,01	275,51
Polnischer Zloty	3,78	3,52	4,33	4,17	3,99	4,01	4,01	4,11	4,08	3,99	3,95	3,95	3,95
Neuer Rumänischer Leu	3,34	3,68	4,24	4,27	4,11	4,18	4,26	4,24	4,26	4,24	4,27	4,28	4,29
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 2,3	- 0,8	- 2,9	- 3,3	- 3,9	- 3,1	- 3,4	- 3,5	- 2,7	.
Industriewaren	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,7	+ 2,3	- 0,8	- 3,0	- 3,4	- 4,0	- 3,2	- 3,4	- 3,6	- 2,8	.
Real	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,9	- 1,1	- 2,9	- 3,4	- 3,7	- 3,2	- 3,5	- 3,6	.	.
Industriewaren	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,9	- 1,0	- 2,9	- 3,5	- 3,7	- 3,2	- 3,5	- 3,7	.	.

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2007	2008	2009	2009		2010			2010				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+ 13,5	+ 32,4	- 33,3	+ 26,3	+ 58,5	+ 33,8	+ 18,3	+ 14,2	+ 21,7	+ 13,6	+ 19,8	+ 18,4	+ 17,1
Auf Euro-Basis	+ 3,7	+ 22,4	- 29,2	+ 12,2	+ 49,1	+ 43,3	+ 31,1	+ 31,1	+ 34,3	+ 25,7	+ 33,6	+ 26,2	+ 27,9
Ohne Energierohstoffe	+ 7,9	+ 4,3	- 17,3	+ 5,0	+ 27,2	+ 43,4	+ 47,7	+ 43,4	+ 48,2	+ 43,9	+ 51,1	+ 43,4	+ 45,5
Nahrungs- und Genussmittel	+ 14,3	+ 24,2	- 7,7	+ 4,7	+ 4,6	+ 3,1	+ 25,3	+ 6,8	+ 18,9	+ 21,8	+ 35,8	+ 30,1	+ 36,1
Industrierohstoffe	+ 5,9	- 2,5	- 21,5	+ 5,0	+ 39,9	+ 66,0	+ 58,1	+ 63,8	+ 62,7	+ 54,2	+ 57,8	+ 49,5	+ 49,8
Energierohstoffe	+ 2,0	+ 29,7	- 33,1	+ 15,2	+ 59,5	+ 43,3	+ 24,8	+ 26,6	+ 29,1	+ 19,0	+ 26,8	+ 19,8	+ 21,5
Rohöl	+ 0,9	+ 25,8	- 32,3	+ 21,0	+ 64,8	+ 41,6	+ 22,9	+ 23,8	+ 27,6	+ 17,2	+ 24,4	+ 17,8	+ 19,0

Q: Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2009		2010			
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Land- und Forstwirtschaft	- 2,0	- 0,9	+ 6,7	+ 9,5	- 4,3	- 0,0	+ 0,0	- 6,7	- 5,4	- 2,3	- 0,7	+ 2,6	- 0,7
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 4,6	+ 8,2	+ 8,5	+ 3,5	- 14,0	+ 7,0	+ 5,5	- 18,6	- 13,7	- 6,7	+ 0,8	+ 9,5	+ 8,1
Energie- und Wasserversorgung	- 5,8	- 4,5	- 5,1	+ 5,7	+ 5,8	- 4,0	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,5	+ 9,8	- 7,6	- 2,4	+ 0,6
Bauwesen	+ 1,3	- 1,0	+ 2,6	+ 0,5	- 5,4	- 3,0	+ 1,0	- 7,4	- 3,1	- 2,3	- 8,8	- 6,6	- 4,9
Handel ²⁾	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,9	- 1,4	+ 1,8	+ 0,8	- 3,3	- 0,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,0
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 2,6	+ 3,7	+ 2,0	+ 3,5	- 2,5	- 0,5	+ 0,9	+ 7,6	+ 1,0	- 2,3	- 0,2	- 6,4	- 1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	- 1,3	+ 6,2	+ 5,1	- 1,2	- 9,1	+ 1,0	+ 1,0	- 10,9	- 9,1	- 6,1	- 4,8	- 2,4	- 1,7
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 5,1	+ 7,0	+ 7,0	+ 6,1	+ 5,8	+ 6,0	+ 5,0	+ 2,5	+ 6,9	+ 4,2	+ 7,5	+ 13,2	+ 10,2
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 4,5	+ 4,7	+ 3,1	+ 2,0	- 2,5	+ 1,5	+ 1,0	- 3,4	- 3,7	- 0,4	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,6
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 1,7	+ 2,0	- 0,6	+ 2,5	+ 0,2	+ 1,0	- 0,5	- 0,3	- 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,4
Sonstige Dienstleistungen	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,5	- 0,6	- 0,4	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche													
Gütersteuern	+ 2,6	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,5	- 4,3	+ 2,1	+ 2,1	- 6,2	- 4,1	- 1,3	+ 0,1	+ 2,5	+ 2,7
Gütersubventionen	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,6	.	.	- 0,5	+ 1,1	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 2,2	- 3,9	+ 2,0	+ 1,9	- 5,7	- 3,6	- 0,9	+ 0,1	+ 2,4	+ 2,4
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 2,7	+ 2,3	+ 0,3	+ 2,1	- 0,2	+ 0,0
Private Haushalte	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,8	+ 3,9	+ 2,7	+ 0,5	+ 2,8	- 0,4	+ 0,3
Staat	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,1	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,6	- 0,3	- 0,7	+ 1,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	- 0,9
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,0	- 12,7	- 0,4	+ 3,7	- 18,6	- 11,8	- 8,5	- 7,8	+ 5,3	+ 4,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,2	+ 1,8	+ 3,9	+ 4,1	- 8,8	- 2,5	+ 2,4	- 12,3	- 6,6	- 5,6	- 6,2	- 2,8	- 2,7
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 3,4	+ 3,0	+ 6,4	+ 6,8	- 11,7	- 2,0	+ 4,0	- 16,5	- 10,5	- 10,3	- 4,8	- 0,4	- 0,1
Bauten	- 0,7	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6	- 6,0	- 3,0	+ 1,0	- 8,4	- 3,6	- 1,6	- 7,5	- 4,7	- 4,7
Inländische Verwendung ⁷⁾	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,2	- 2,2	+ 0,7	+ 1,2	- 3,6	- 1,2	- 1,8	- 0,8	+ 0,5	+ 0,9
Exporte	+ 7,4	+ 7,7	+ 8,6	+ 1,0	- 16,1	+ 9,2	+ 6,2	- 21,2	- 15,6	- 7,5	+ 4,2	+ 13,4	+ 13,9
Importe	+ 6,4	+ 5,4	+ 7,0	- 0,9	- 14,4	+ 7,3	+ 5,4	- 19,0	- 12,5	- 9,6	+ 2,9	+ 10,4	+ 11,7

Q: Statistik Austria, WIFO. 2010 und 2011: WIFO-Prognose. - ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. - ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. - ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. - ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. - ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. - ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. - ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2009						
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
<i>Nominell</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 4,4	+ 5,4	+ 5,7	+ 3,9	- 2,8	+ 3,3	+ 3,6	- 4,5	- 2,7	+ 0,2	+ 2,3	+ 4,0	+ 4,7	
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 5,3	+ 0,9	+ 2,3	+ 3,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,3	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 6,4	+ 7,4	+ 6,5	+ 3,0	- 8,6	+ 4,2	+ 4,7	- 12,7	- 7,4	- 1,3	+ 3,0	+ 8,2	+ 9,4	
Abschreibungen	+ 4,2	+ 4,1	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,4	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,1	
Nettonationaleinkommen	+ 4,4	+ 5,6	+ 5,8	+ 3,6	- 3,9	+ 3,6	+ 4,0	- 5,9	- 3,7	- 0,2	+ 2,0	+ 4,1	+ 4,9	
Verfügbares Nettonationaleinkommen	+ 4,4	+ 5,8	+ 6,0	+ 3,4	- 4,1	+ 3,6	+ 4,0	- 6,2	- 4,0	- 0,3	+ 1,8	+ 4,1	+ 5,0	
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 1,8	+ 3,2	+ 3,2	+ 1,0	- 3,1	.	.	- 4,5	- 2,8	- 1,1	- 1,2	+ 0,2	+ 0,5	
Abschreibungen	+ 2,1	+ 2,2	+ 4,9	+ 5,0	+ 3,2	.	.	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	
Nettonationaleinkommen	+ 1,7	+ 3,4	+ 2,9	+ 0,3	- 4,3	.	.	- 5,9	- 3,9	- 1,8	- 1,6	+ 0,1	+ 0,5	
Verfügbares Nettonationaleinkommen	+ 1,7	+ 3,6	+ 3,1	+ 0,1	- 4,5	.	.	- 6,1	- 4,2	- 1,9	- 1,8	+ 0,1	+ 0,5	
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>														
BIP real je Erwerbstätigen	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,0	- 0,0	- 3,1	+ 1,1	+ 1,2	- 4,6	- 2,6	- 0,1	- 0,2	+ 1,5	+ 1,3	
<i>BIP nominell</i>														
Mrd. €	243,58	256,95	272,01	283,09	274,32	282,51	292,85	67,20	69,34	72,20	66,66	69,85	72,72	
Je Einwohner	in €	29.614	31.078	32.769	33.957	32.802	33.669	34.774	8.039	8.288	8.622	7.953	8.328	8.666

Q: Statistik Austria, WIFO. 2010 und 2011: WIFO-Prognose. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Zahlungsbilanz

Übersicht 10: Leistungsbilanz

	2005	2006	2007	2008	2009	2008		2009				2010	
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Mrd. €													
Leistungsbilanz	+ 5,31	+ 7,26	+ 9,62	+ 13,76	+ 7,98	+ 2,40	+ 3,45	+ 4,01	+ 0,39	+ 0,70	+ 2,87	+ 3,49	+ 0,48
Güter	- 1,05	+ 0,33	+ 1,30	- 0,57	- 2,33	- 0,08	- 1,37	+ 0,67	- 0,34	- 0,52	- 0,79	- 1,34	- 0,38
Dienstleistungen	+ 9,38	+ 9,72	+ 11,16	+ 14,25	+ 12,85	+ 2,39	+ 3,64	+ 5,71	+ 1,65	+ 1,88	+ 3,61	+ 5,93	+ 1,92
Einkommen	- 1,62	- 1,48	- 1,62	+ 1,69	- 0,82	+ 0,59	+ 0,89	- 0,10	- 0,44	- 0,02	- 0,26	- 0,13	- 0,50
Laufende Transfers	- 1,41	- 1,31	- 1,23	- 1,61	- 1,72	- 0,50	+ 0,29	- 0,92	- 0,48	- 0,63	+ 0,31	- 0,98	- 0,55
Vermögensübertragungen	- 0,19	- 0,80	+ 0,20	- 0,04	+ 0,22	- 0,00	+ 0,01	- 0,02	- 0,01	- 0,02	+ 0,27	+ 0,55	- 0,09

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 11: Kapitalbilanz

	2005	2006	2007	2008	2009	2008		2009				2010	
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Mrd. €													
Kapitalbilanz	- 0,24	- 7,94	- 11,50	- 14,97	- 4,68	- 0,39	- 4,26	- 3,31	+ 0,20	- 2,90	+ 1,33	- 2,70	+ 5,08
Direktinvestitionen im Ausland	- 62,82	- 6,89	- 51,09	- 20,01	- 3,84	- 4,72	- 4,12	- 3,46	+ 3,81	- 1,75	- 2,44	- 3,68	- 1,10
Eigenkapital	- 5,05	- 5,33	- 23,58	- 14,48	- 5,26	- 3,04	- 3,05	- 1,96	+ 1,30	- 2,31	- 2,29	- 1,35	- 0,65
Direktinvestitionen in Österreich	+ 62,68	+ 3,22	+ 45,61	+ 4,62	+ 6,20	- 0,51	+ 2,27	+ 1,75	+ 0,31	+ 2,04	+ 2,10	+ 3,58	+ 6,26
Eigenkapital	+ 6,84	+ 0,45	+ 4,26	+ 7,14	+ 0,30	+ 1,06	+ 4,59	- 0,56	+ 0,32	+ 0,27	+ 0,27	+ 2,35	+ 6,00
Ausländische Wertpapiere	- 34,38	- 26,93	- 13,46	+ 9,52	- 3,12	+ 1,09	+ 10,74	+ 1,76	- 0,31	- 2,66	- 1,91	- 4,78	+ 2,14
Anteilsbriefe	- 4,56	- 6,58	- 0,55	+ 5,80	- 4,38	+ 1,93	+ 3,02	+ 0,19	- 2,18	- 1,60	- 0,78	- 2,04	- 0,17
Verzinsliche Wertpapiere	- 29,82	- 20,34	- 12,91	+ 3,71	+ 1,25	+ 0,85	+ 7,72	+ 1,57	+ 1,87	- 1,06	- 1,13	- 2,73	+ 2,31
Inländische Wertpapiere	+ 23,45	+ 38,43	+ 36,12	+ 17,01	- 3,55	+ 0,57	+ 3,10	- 1,57	+ 4,91	- 3,65	- 3,24	- 3,39	+ 2,46
Anteilsbriefe	+ 4,76	+ 8,46	+ 2,63	- 4,77	+ 0,22	- 1,26	- 1,94	- 0,75	- 0,50	+ 0,47	+ 1,00	- 0,24	- 0,18
Verzinsliche Wertpapiere	+ 18,69	+ 29,96	+ 33,49	+ 21,78	- 3,78	+ 1,83	+ 5,04	- 0,82	+ 5,41	- 4,12	- 4,24	- 3,15	+ 2,64
Sonstige Investitionen	+ 10,28	- 15,43	- 26,11	- 26,98	- 3,31	+ 3,43	- 15,36	- 3,52	- 8,46	+ 1,88	+ 6,79	+ 4,95	- 3,66
Finanzderivate	+ 0,16	- 0,86	- 0,72	+ 0,28	+ 0,58	- 0,72	- 1,04	+ 0,06	- 0,41	+ 1,15	- 0,23	+ 0,75	- 0,69
Offizielle Währungsreserven	+ 0,38	+ 0,50	+ 1,86	+ 0,59	+ 2,37	+ 0,48	+ 0,15	+ 1,68	+ 0,36	+ 0,09	+ 0,25	- 0,13	- 0,33
Statistische Differenz	- 4,88	+ 1,49	+ 1,68	+ 1,25	- 3,52	- 2,01	+ 0,80	- 0,69	- 0,58	+ 2,21	- 4,47	- 1,34	- 5,47

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Tourismus

Übersicht 12: Übernachtungen

	2007	2008	2009	2009	2010	2010								
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
In allen Unterkunftsarten	+ 1,7	+ 4,3	- 1,9	- 1,8	+ 2,5	- 4,1	+ 1,4	+ 3,4	- 2,0	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,6	
Inländer	+ 2,7	+ 2,6	+ 1,7	+ 2,6	+ 4,5	- 0,4	+ 0,9	- 2,2	+ 4,9	+ 3,4	- 1,8	+ 1,7	+ 3,9	
Ausländer	+ 1,3	+ 5,0	- 3,2	- 3,8	+ 2,0	- 6,0	+ 1,6	+ 7,4	- 5,5	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,7	
Aus Deutschland	- 1,3	+ 4,1	- 2,6	- 5,1	+ 4,7	- 12,8	- 0,8	+ 7,0	- 12,1	- 2,6	+ 1,4	- 1,8	- 0,8	
Aus den Niederlanden	+ 3,7	+ 5,2	- 1,2	+ 3,5	- 3,3	- 6,7	- 1,6	+ 15,0	- 8,3	+ 4,4	- 5,6	- 7,8	- 2,3	
Aus Italien	- 3,1	- 2,5	+ 1,2	+ 5,8	+ 1,5	- 1,0	+ 0,7	- 16,8	- 2,0	+ 4,4	+ 0,6	- 5,0	+ 25,8	
Aus der Schweiz	+ 3,5	- 3,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,5	+ 2,7	+ 2,7	+ 7,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 8,0	- 0,1	+ 12,2	
Aus Großbritannien	+ 3,9	- 0,3	- 16,7	- 10,1	- 7,6	+ 6,7	+ 10,2	+ 16,3	+ 13,8	+ 11,4	+ 11,0	+ 7,4	- 6,1	
Aus den USA	- 2,6	- 17,8	- 7,4	- 0,7	- 1,3	+ 14,5	+ 17,9	+ 22,2	+ 23,6	+ 12,4	+ 5,4	+ 40,0	+ 2,2	
Aus Japan	- 15,5	- 10,3	- 0,5	+ 13,5	- 1,8	+ 10,9	+ 1,4	+ 12,8	+ 15,8	+ 13,8	- 7,1	+ 2,1	- 15,8	

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Susanne.Markytan@wifo.ac.at

Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	2005	2006	2007	2008	2009	2008	2009				2010		
						IV. Qu.	I. Qu. Mio. €	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Exporte	14.701	15.144	15.485	16.512	15.391	3.259	5.733	2.623	4.002	3.033	5.908	2.576	4.043
Einnahmen i. e. S.	12.905	13.255	13.641	14.677	13.915	2.866	5.391	2.242	3.578	2.704	5.544	2.158	.
Personentransport	1.796	1.889	1.844	1.835	1.476	393	342	381	424	329	364	418	.
Importe	8.922	9.308	9.351	9.452	9.213	1.873	1.646	2.474	3.562	1.531	1.649	2.305	3.646
Ausgaben i. e. S.	7.506	7.641	7.699	7.719	7.720	1.480	1.303	2.084	3.165	1.168	1.285	1.912	.
Personentransport	1.416	1.667	1.652	1.733	1.493	393	343	390	397	363	364	393	.
Saldo	5.779	5.836	6.134	7.060	6.178	1.386	4.087	149	440	1.502	4.259	271	397
Ohne Personentransport	5.399	5.614	5.942	6.958	6.195	1.386	4.088	158	413	1.536	4.259	246	.

Q: OeNB, WIFO. • E-Mail-Adresse: Susanne.Markytan@wifo.ac.at

Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)

	2000	2005	2006	2007	2008
	Mio. €				
<i>Touristische Nachfrage</i>					
Ausgaben ausländischer Besucher	12.424	14.719	15.150	15.485	16.512
Übernachtende Touristen	10.889	12.738	13.047	13.194	13.709
Tagesbesucher	1.535	1.980	2.103	2.291	2.803
Ausgaben inländischer Besucher	9.916	12.112	12.645	13.102	13.742
Urlaubsreisende	8.190	10.102	10.419	10.658	11.076
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.982	6.256	6.539	6.765	6.941
Tagesbesucher	3.208	3.846	3.880	3.893	4.135
Geschäftsreisende	1.726	2.010	2.226	2.444	2.666
Übernachtende Touristen	991	1.178	1.386	1.534	1.708
Tagesbesucher	734	832	840	910	958
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	82	96	97	98	101
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	22.421	26.927	27.893	28.684	30.354

Q: Statistik Austria, WIFO. 2000 bis 2007: endgültig (revidiert), 2008: vorläufig. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismus-satellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Susanne.Markytan@wifo.ac.at

Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

	2000	2005	2006	2007	2008	2000	2005	2006	2007	2008
	Mio. €					Anteile am BIP in %				
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>										
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA										
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	10.207	11.969	12.447	13.029	13.786	4,9	4,9	4,9	4,8	4,9
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	11.102	12.808	13.303	14.097	15.052	5,3	5,3	5,2	5,2	5,3
	Mio. €					Beitrag zum BIP in %				
<i>TSA-Erweiterungen</i>										
Direkte und indirekte Wertschöpfung										
Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	16.162	19.458	20.044	20.492	21.623	7,8	8,0	7,8	7,6	7,7
Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort	15.578	17.959	19.322	20.208	20.842	7,5	7,4	7,5	7,5	7,4
Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	31.740	37.417	39.366	40.700	42.465	15,3	15,4	15,4	15,0	15,1

Q: Statistik Austria, WIFO. 2000 bis 2007: endgültig (revidiert), 2008: vorläufig. • E-Mail-Adresse: Susanne.Markytan@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 16: Warenexporte

	2009	2010	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2009	2010	Juli	August	
	Mrd. €	August ¹⁾	Anteile in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %		April	Mai			Juni
Insgesamt	93,7	69,6	100,0	100,0	+10,5	+ 2,5	- 20,2	+ 15,3	+ 16,9	+ 18,8	+ 24,5	+ 17,9	+ 27,8
Intra-EU 27	66,5	48,9	71,0	70,3	+11,0	+ 2,0	- 21,5	+ 14,4	+ 16,7	+ 19,1	+ 24,5	+ 13,5	+ 21,9
Intra-EU 15	51,3	38,0	54,7	54,6	+ 8,9	+ 0,0	- 20,0	+ 15,3	+ 17,4	+ 20,2	+ 26,9	+ 14,2	+ 22,6
Deutschland	29,2	22,1	31,1	31,7	+ 9,4	+ 1,6	- 16,7	+ 18,0	+ 19,8	+ 20,7	+ 29,1	+ 18,9	+ 26,1
Italien	7,6	5,4	8,1	7,7	+10,8	- 1,4	- 24,8	+ 9,8	+ 8,9	+ 10,8	+ 28,1	+ 7,7	+ 21,9
12 neue EU-Länder	15,2	10,9	16,2	15,6	+18,9	+ 8,9	- 26,3	+ 11,4	+ 14,2	+ 15,1	+ 16,4	+ 11,3	+ 19,7
MOEL 5	12,7	9,2	13,6	13,2	+20,2	+ 8,2	- 24,4	+ 12,9	+ 14,2	+ 18,9	+ 18,7	+ 12,0	+ 22,4
Ungarn	2,9	2,1	3,1	3,0	+14,2	+ 5,2	- 30,8	+ 12,1	+ 13,9	+ 14,0	+ 6,7	+ 16,6	+ 21,9
Tschechien	3,4	2,6	3,7	3,7	+20,8	+ 7,7	- 22,1	+ 18,9	+ 20,6	+ 28,3	+ 31,5	+ 18,4	+ 24,2
Baltikum	0,2	0,2	0,2	0,2	+17,9	- 11,4	- 47,0	+ 11,4	+ 32,8	+ 4,9	+ 9,8	+ 30,6	+ 15,6
Extra-EU 27	27,2	20,7	29,0	29,7	+ 9,3	+ 3,7	- 16,8	+ 17,6	+ 17,5	+ 18,2	+ 24,4	+ 28,2	+ 41,5
Extra-EU 15	42,4	31,6	45,3	45,4	+12,7	+ 5,6	- 20,5	+ 15,4	+ 16,3	+ 17,1	+ 21,5	+ 22,3	+ 33,5
Südosteuropa	2,1	1,4	2,2	2,0	+16,6	+ 7,1	- 23,1	+ 0,4	- 4,3	+ 5,2	+ 12,9	- 1,4	+ 16,9
GUS	3,2	2,5	3,4	3,6	+19,5	+ 17,4	- 30,7	+ 23,4	+ 5,2	+ 10,3	+ 32,3	+ 25,7	+ 103,2
Industriestaaten Übersee	6,9	5,5	7,4	7,8	- 1,2	- 6,2	- 22,5	+ 19,3	+ 25,9	+ 25,4	+ 44,0	+ 26,3	+ 32,7
USA	4,0	3,1	4,3	4,5	- 5,6	- 9,9	- 22,4	+ 16,1	+ 32,0	+ 24,2	+ 33,4	+ 26,8	+ 32,2
OPEC	2,0	1,3	2,2	1,8	+19,7	+ 10,8	- 16,9	- 0,4	- 14,9	+ 1,8	+ 8,4	+ 27,9	+ 8,4
NOPEC	7,0	5,6	7,5	8,0	+19,0	+ 13,1	- 6,5	+ 25,2	+ 34,0	+ 28,6	+ 28,7	+ 31,9	+ 48,0
Agrarwaren	6,9	4,8	7,3	6,8	+ 8,2	+ 8,9	- 10,1	+ 4,6	+ 1,7	+ 4,2	+ 6,9	+ 4,6	+ 8,7
Roh- und Brennstoffe	5,9	4,5	6,3	6,5	+23,3	+ 11,1	- 23,0	+ 16,9	+ 18,4	+ 15,1	+ 30,2	+ 18,2	+ 29,2
Industriewaren	80,9	60,3	86,3	86,6	+ 9,9	+ 1,4	- 20,8	+ 16,1	+ 18,2	+ 20,4	+ 25,6	+ 19,0	+ 29,6
Chemische Erzeugnisse	12,1	9,4	12,9	13,6	+10,6	+ 6,3	- 6,1	+ 18,1	+ 19,8	+ 21,5	+ 19,0	+ 13,5	+ 39,4
Bearbeitete Waren	21,1	16,1	22,5	23,1	+13,2	+ 4,4	- 26,3	+ 17,0	+ 18,5	+ 26,7	+ 26,4	+ 17,4	+ 32,8
Maschinen, Fahrzeuge	35,3	26,0	37,6	37,4	+ 9,1	- 2,1	- 24,3	+ 16,6	+ 22,1	+ 17,8	+ 26,2	+ 19,9	+ 31,3
Konsumnahe Fertigwaren	11,9	7,9	12,7	11,4	+ 5,0	+ 3,7	- 11,4	+ 7,0	+ 6,2	+ 12,0	+ 15,7	+ 10,1	+ 8,3

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Übersicht 17: Warenimporte

	2009	2010	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2010				August
	Mrd. €	August ¹⁾	Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Insgesamt	97,6	71,7	100,0	100,0	+ 9,6	+ 4,7	- 18,4	+ 14,0	+ 9,8	+ 21,7	+ 25,6	+ 15,0	+ 23,9
Intra-EU 27	71,3	51,9	73,1	72,4	+ 9,6	+ 3,2	- 19,0	+ 13,4	+ 15,5	+ 21,5	+ 19,5	+ 11,6	+ 20,6
Intra-EU 15	60,0	42,8	61,5	59,8	+ 9,3	+ 1,5	- 18,4	+ 10,7	+ 12,5	+ 17,3	+ 15,6	+ 8,5	+ 17,1
Deutschland	39,8	28,4	40,8	39,7	+ 9,8	+ 2,1	- 17,9	+ 11,0	+ 12,6	+ 17,5	+ 17,5	+ 8,0	+ 16,8
Italien	6,6	4,8	6,8	6,7	+ 9,8	+ 4,9	- 19,9	+ 11,6	+ 14,9	+ 20,7	+ 19,1	+ 8,6	+ 15,1
12 neue EU-Länder	11,2	9,1	11,5	12,6	+ 11,2	+ 13,0	- 22,2	+ 28,4	+ 32,0	+ 44,4	+ 41,4	+ 29,2	+ 37,9
MOEL 5	10,2	8,2	10,5	11,4	+ 13,0	+ 12,7	- 22,6	+ 27,5	+ 31,8	+ 41,5	+ 40,2	+ 27,6	+ 35,7
Ungarn	2,3	2,0	2,4	2,7	+ 8,7	+ 14,8	- 27,6	+ 32,1	+ 24,9	+ 61,8	+ 55,7	+ 39,6	+ 46,6
Tschechien	3,4	2,6	3,5	3,6	+ 8,5	+ 16,5	- 20,2	+ 20,7	+ 27,9	+ 31,2	+ 24,6	+ 13,0	+ 24,5
Baltikum	0,1	0,1	0,1	0,1	+ 23,9	+ 0,5	+ 2,2	+ 10,2	+ 19,6	+ 7,0	+ 0,2	- 19,2	+ 29,2
Extra-EU 27	26,3	19,8	26,9	27,6	+ 9,9	+ 8,8	- 16,7	+ 15,6	- 3,9	+ 22,2	+ 44,2	+ 25,1	+ 33,1
Extra-EU 15	37,5	28,9	38,5	40,2	+ 10,3	+ 10,1	- 18,4	+ 19,3	+ 5,6	+ 28,6	+ 43,3	+ 26,4	+ 34,6
Südosteuropa	1,0	0,7	1,0	1,0	+ 11,0	+ 16,1	- 23,4	+ 15,4	+ 13,3	+ 20,6	+ 39,9	+ 20,9	+ 39,1
GUS	3,2	2,7	3,3	3,8	- 9,1	+ 28,3	- 24,0	+ 44,7	+ 39,0	+ 35,2	+ 39,1	+ 75,5	+ 26,8
Industriestaaten Übersee	5,2	3,9	5,3	5,4	+ 4,2	- 6,7	- 22,3	+ 14,1	- 2,3	+ 20,6	+ 18,1	+ 17,3	+ 36,1
USA	2,6	2,0	2,6	2,8	+ 8,1	- 9,0	- 24,8	+ 19,0	- 10,1	+ 18,8	+ 32,5	+ 19,4	+ 49,9
OPEC	1,3	0,9	1,3	1,2	+ 18,0	+ 39,1	- 57,1	- 0,3	+ 99,2	- 21,7	- 25,6	- 76,8	+ 27,1
NOPEC	8,7	6,6	8,9	9,1	+ 12,0	+ 3,9	- 11,7	+ 14,7	+ 10,5	+ 18,3	+ 24,3	+ 37,9	+ 32,2
Agrarwaren	7,4	5,0	7,5	7,0	+ 13,9	+ 10,0	- 5,1	+ 4,0	+ 1,5	+ 3,1	+ 8,7	+ 3,1	+ 12,5
Roh- und Brennstoffe	13,8	11,4	14,1	15,9	- 1,0	+ 22,0	- 29,9	+ 32,0	+ 45,4	+ 36,2	+ 35,4	+ 26,9	+ 28,7
Industriewaren	76,4	55,3	78,3	77,1	+ 11,4	+ 1,2	- 17,1	+ 11,8	+ 4,8	+ 20,9	+ 25,5	+ 13,9	+ 24,1
Chemische Erzeugnisse	12,2	9,4	12,5	13,0	+ 7,8	+ 4,5	- 8,4	+ 16,7	+ 9,0	+ 21,3	+ 25,5	+ 19,3	+ 20,3
Bearbeitete Waren	14,9	11,5	15,3	16,1	+ 13,2	+ 0,7	- 26,1	+ 19,6	+ 22,2	+ 29,8	+ 35,3	+ 23,2	+ 28,4
Maschinen, Fahrzeuge	32,2	22,9	33,0	31,9	+ 10,9	- 1,5	- 21,5	+ 10,7	+ 10,3	+ 19,2	+ 14,6	+ 9,7	+ 24,6
Konsumnahe Fertigwaren	15,0	10,3	15,3	14,3	+ 10,9	+ 1,3	- 7,3	+ 7,2	+ 9,6	+ 11,5	+ 12,1	+ 6,5	+ 16,0

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Kumuliert. • E-Mail-Adressen: trene.Langner@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2007	2008	2009	2009			2010			2010			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber
In %													
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	3,1	3,2	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Taggeldsatz	3,9	3,9	0,7	0,4	0,4	0,3	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,7	0,6
Dreimonatszinssatz	4,3	4,6	1,2	0,9	0,7	0,7	0,7	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0
Sekundärmarktrendite													
Benchmark	4,3	4,4	3,9	3,9	3,6	3,6	3,3	2,9	3,1	2,8	2,8	2,8	3,0
Insgesamt	4,3	4,2	3,3	3,2	3,0	2,9	2,5	2,2	2,3	2,1	2,1	2,2	2,3
Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	6,2	6,9	5,1	5,0	4,4	4,1	4,3	4,4	4,1	4,7	4,5	.	.
Für Wohnbau: Über 10 Jahre	5,3	5,6	5,3	5,2	5,2	4,9	4,7	4,7	4,8	4,9	4,4	.	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	5,1	5,5	2,8	2,5	2,4	2,3	2,3	2,4	2,3	2,4	2,4	.	.
Über 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	4,7	5,0	2,3	2,0	1,9	1,8	1,7	1,9	1,8	2,0	1,8	.	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	1,8	2,0	1,8	1,7	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	.	.
In Schweizer Franken	3,6	3,7	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,5	.	.
Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	3,9	4,3	1,6	1,2	1,2	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	.	.
Über 2 Jahre	4,0	4,2	2,9	2,7	2,5	2,3	2,1	2,0	1,9	2,0	2,0	.	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	3,8	4,2	1,7	1,3	1,3	1,2	1,0	1,1	1,1	1,0	1,0	.	.
Über 2 Jahre	4,0	4,1	2,8	2,7	2,5	2,3	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	.	.

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/1996	2005	2006	2007	2008	2009	Ø 1994/1996	2005	2006	2007	2008	2009
	Mio. €, zu Erzeugerpreisen						Mio. €, zu Herstellungspreisen					
Produktionswert												
Pflanzliche Erzeugung	2.363	2.260	2.377	2.977	2.955	2.675	2.827	2.262	2.377	2.977	2.955	2.675
Tierische Erzeugung	2.805	2.540	2.634	2.790	3.089	2.726	3.000	2.664	2.783	2.846	3.159	2.806
Übrige Produktion	483	542	536	556	582	571	483	542	536	556	582	571
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs												
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	5.651	5.343	5.547	6.324	6.626	5.972	6.309	5.468	5.696	6.379	6.696	6.052
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	2.426	2.188	2.317	2.817	2.809	2.305	3.075	2.327	2.511	2.928	2.888	2.418
1.000 Jahresarbeitseinheiten												
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	196,3	165,2	160,0	156,9	154,9	152,9	.	- 2,0	- 3,1	- 1,9	- 1,2	- 1,3
Real, Ø 1994/1996 = 100						Nominell, Ø 1994/1996 = 100						
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	101,3	111,7	126,3	120,6	97,0	100,0	113,1	126,8	146,3	142,5	116,8
Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
Anteil der Landwirtschaft in %	5,9	4,7	4,5	4,3	4,2	4,1	2,0	1,1	1,1	1,2	1,1	1,0

Q: Eurostat, NewCronos Datenbank, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. 2009: vorläufig; Stand Februar 2010. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/ 1996	2006	2007	2008	2009	2009		2010		2010			August
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Mai	Juni	Juli	
	1.000 t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Marktentwicklung													
Milchanlieferung	2.278,0	2.670,4	2.659,7	2.706,5	2.708,8	- 1,4	- 1,0	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,1	+ 3,7	+ 3,6
Marktleistung Getreide ¹⁾		2.250,6	2.435,1	3.007,7	2.632,7								
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	198,1	199,7	202,7	200,4	- 0,4	+ 2,2	- 3,7	+ 2,0	+ 3,0	- 2,6	- 7,5	+ 8,7
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	8,7	8,5	7,4	7,3	- 5,7	+ 15,0	+ 12,9	- 2,5	- 4,1	+ 7,0	+ 10,2	- 2,2
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	461,2	482,1	477,7	500,6	+ 6,9	+ 5,5	+ 0,5	- 1,2	+ 4,3	- 6,0	+ 1,8	+ 5,6
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	69,1	75,0	83,4	81,9	88,9	+ 10,3	+ 9,4	+ 2,7	- 2,7	- 2,0	- 3,4	- 9,2	+ 15,8
	€ je t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	290,8	329,5	379,4	281,8	- 30,7	- 19,2	- 6,7	+ 7,3	+ 6,2	+ 16,1	+ 24,0	+ 25,4
Qualitätsweizen ³⁾		110,1		195,3	121,3	- 38,1	- 30,6	- 15,2	- 13,3	- 12,9	- 15,3		
Jungstiere (R3) ⁴⁾		3.122,5	3.026,7	3.233,3	3.166,7	- 4,6	- 5,0	- 3,4	- 0,8	+ 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 2,0
Schweine (Kl. E.) ⁴⁾		1.510,0	1.379,2	1.549,2	1.382,5	- 14,4	- 14,4	- 3,0	- 1,9	- 2,1	+ 2,1	- 3,3	- 2,6
Hühner bratfertig		1.921,7	1.970,8	2.032,5	2.011,7	- 1,2	- 0,2	+ 0,2	- 0,7	- 1,0	- 0,5	- 0,5	- 0,5

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. – ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. – ³⁾ Ab Juli 2009 vorläufig bzw. A-Konto-Zahlungen. – ⁴⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Herstellung von Waren

Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2007	2008	2009	2009 IV. Qu.	2010		2010		2010			September	
					I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli		August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsmäßig bereinigt)													
Insgesamt	+ 6,4	+ 0,9	- 12,7	- 6,0	+ 0,5	+ 8,4	+ 8,9	+ 5,7	+ 10,5	+ 9,0	+ 9,5	+ 11,4	+ 6,2
Vorprodukte	+ 5,2	+ 0,8	- 13,5	- 5,9	+ 2,4	+ 12,0	+ 9,9	+ 12,5	+ 13,7	+ 9,8	+ 9,1	+ 13,3	+ 7,8
Kfz	- 1,0	- 9,1	- 23,7	+ 4,5	+ 22,1	+ 29,6	+ 22,1	+ 38,9	+ 26,1	+ 25,3	+ 23,6	+ 30,2	+ 15,8
Investitionsgüter	+ 14,2	+ 4,4	- 17,7	- 12,7	- 2,1	+ 6,7	+ 12,6	- 0,4	+ 7,5	+ 12,8	+ 16,4	+ 14,9	+ 7,4
Konsumgüter	+ 2,8	- 1,9	- 4,2	- 5,1									
Langlebige	+ 3,7	- 0,7	- 3,9	- 4,5	- 9,6	- 0,3	+ 3,2	- 12,5	+ 9,6	+ 2,9	+ 1,3	+ 6,3	+ 2,6
Nahrungs- und Genussmittel	+ 1,8	- 1,4	- 1,5	- 4,7									
Andere Kurzlebige	+ 3,6	- 4,1	- 9,7	- 6,6	- 1,9	+ 2,3	- 7,2	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,6	- 4,3	- 2,8	- 12,7
Beschäftigte													
Geleistete Stunden			- 4,7	- 6,1	- 5,8	- 2,6		- 3,6	- 2,6	- 1,7	- 1,2	- 0,3	
Produktion je Beschäftigten			- 8,1	- 7,2	- 3,3	+ 2,3		+ 0,3	+ 1,7	+ 4,9	+ 0,3	+ 5,5	
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde			- 8,3	+ 0,1	+ 6,7	+ 11,3		+ 9,6	+ 13,4	+ 11,0	+ 10,8	+ 11,8	
Auftragseingänge													
Inland			- 20,3	+ 4,6	+ 17,7	+ 24,5		+ 18,2	+ 20,0	+ 34,9	+ 19,4	+ 24,7	
Ausland			- 20,6	- 1,8	+ 4,8	+ 15,0		+ 21,0	+ 10,0	+ 14,4	+ 15,8	+ 18,4	
Auftragsbestand			- 20,1	+ 7,3	+ 22,7	+ 28,2		+ 17,3	+ 24,2	+ 43,4	+ 20,8	+ 27,2	
Inland			- 14,3	- 14,3	- 6,1	+ 5,4		+ 3,4	+ 4,3	+ 8,6	+ 10,6	+ 10,0	
Ausland			- 21,7	- 26,2	- 18,9	- 8,9		- 9,0	- 9,0	- 8,6	- 6,1	- 6,6	
			- 11,4	- 9,8	- 1,4	+ 10,3		+ 7,6	+ 8,9	+ 14,6	+ 16,4	+ 15,7	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Elisabeth.Neppel-Oswald@wifo.ac.at

Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2007		2008			2009				2010			
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	- 7	- 15	- 16	- 23	- 29	- 47	- 60	- 58	- 49	- 46	- 36	- 24	- 21
Exportauftragsbestände	- 17	- 20	- 22	- 29	- 37	- 53	- 65	- 66	- 57	- 53	- 42	- 34	- 32
Fertigwarenlager	+ 7	+ 8	+ 7	+ 16	+ 14	+ 21	+ 23	+ 20	+ 16	+ 11	+ 8	+ 5	+ 6
Produktionserwartungen	+ 14	+ 17	+ 10	+ 4	- 9	- 20	- 17	- 8	+ 2	+ 6	+ 10	+ 12	+ 11
Verkaufspreiserwartungen	+ 13	+ 20	+ 15	+ 15	+ 6	- 13	- 17	- 10	- 7	- 9	+ 11	+ 13	+ 10

Q: WIFO-Konjunkturtest. • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 23: Produktion

	2007	2008	2009	2009		2010		2010					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionswert													
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	+ 6,9	+ 12,4	- 7,5	- 7,0	- 3,0	- 5,4	- 2,6	- 1,9	- 5,2	- 3,6	+ 0,6	- 3,8	- 0,6
Hochbau	+ 6,7	+ 3,4	- 3,2	- 3,5	+ 2,0	- 4,7	+ 1,8	- 3,1	- 4,5	+ 1,1	+ 8,1	- 0,4	+ 0,8
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,0	+ 12,5	- 1,7	+ 1,1	+ 0,5	- 2,6	+ 3,9	- 5,0	- 4,3	- 1,1	+ 16,0	- 4,8	- 5,0
Tiefbau	+ 7,0	+ 25,4	- 13,5	- 12,2	- 9,6	- 6,5	- 7,7	- 0,2	- 5,6	- 9,3	- 7,9	- 7,3	- 2,3
Bauwesen insgesamt ²⁾			- 1,5	- 0,6	+ 1,7	- 3,7	- 1,1	- 0,6	- 4,6	- 1,1	+ 1,8	- 3,1	+ 2,6
Baunebengewerbe			- 0,4	+ 1,7	+ 1,5	- 2,0	+ 1,2	+ 0,7	- 3,5	+ 3,9	+ 3,1	- 3,1	+ 3,3
Auftragsbestände													
Auftragsbestände			- 2,0	- 3,0	- 6,2	- 10,3	- 8,7	- 9,4	- 10,8	- 9,8	- 5,3	- 5,6	- 9,0
Auftragseingänge			- 7,6	- 3,7	- 5,0	- 7,4	+ 0,9	+ 1,8	- 2,3	- 1,3	+ 6,1	- 6,9	- 9,2

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. – ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 2008), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Michael.Weingaertler@wifo.ac.at

Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

	2007	2008	2009	2009	2010			2010					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Baupreisindex ¹⁾													
Hoch- und Tiefbau	+ 3,8	+ 5,0	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,0
Hochbau	+ 4,3	+ 4,8	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 4,2	+ 4,7	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,1
Tiefbau	+ 3,2	+ 5,1	+ 4,6	+ 4,9	+ 6,4	+ 6,7	+ 6,1

Arbeitsmarkt

Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	.	.	- 3,6	- 1,2	- 4,9	- 2,1	- 2,1	- 2,4	- 1,5	- 2,2	- 1,4	- 2,6	- 2,2
Arbeitslose	.	.	+ 23,6	+ 11,5	+ 6,8	- 5,7	- 10,0	- 4,5	- 8,8	- 8,6	- 9,8	- 11,8	- 11,3
Offene Stellen	+ 2,0	- 12,4	- 16,6	+ 0,9	+ 4,0	+ 21,4	+ 3,4	+ 16,5	+ 25,5	+ 19,6	- 6,6	- 0,3	- 9,3

Q: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ 1996 = 100. • E-Mail-Adresse: Michael.Weingaertler@wifo.ac.at

Binnenhandel**Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung**

	2007	2008	2009	2009	2010			2010					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Nettoumsätze nominell	+ 3,5	+ 4,8	- 5,6	- 0,0	+ 5,2	+ 7,3	+ 9,0	+ 3,9	+ 7,5	+ 10,9	+ 6,3	+ 11,1	+ 9,8
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	+ 1,2	+ 1,1	- 2,9	+ 4,6	+ 6,6	- 1,1	+ 5,0	- 4,8	+ 0,1	+ 1,7	- 0,6	+ 12,3	+ 4,8
Großhandel ohne Kfz-Handel	+ 4,4	+ 6,4	- 9,5	- 2,3	+ 5,2	+ 12,6	+ 12,0	+ 8,2	+ 13,7	+ 16,0	+ 8,1	+ 14,3	+ 13,8
Einzelhandel ohne Kfz-Handel	+ 2,9	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,5	+ 4,4	+ 2,3	+ 5,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 6,2	+ 6,3	+ 4,7	+ 4,5
Nettoumsätze real	+ 0,6	+ 0,3	- 1,7	+ 1,4	+ 2,9	+ 3,4	+ 4,6	+ 0,0	+ 3,6	+ 6,8	+ 2,2	+ 6,9	+ 4,8
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	+ 0,0	- 0,7	- 4,3	+ 3,4	+ 6,1	- 1,3	+ 4,5	- 4,9	+ 0,0	+ 1,4	- 1,2	+ 12,0	+ 4,2
Großhandel ohne Kfz-Handel	+ 0,7	+ 0,7	- 2,7	+ 0,3	+ 1,9	+ 6,4	+ 5,3	+ 2,2	+ 7,4	+ 9,9	+ 1,9	+ 7,8	+ 6,3
Einzelhandel ohne Kfz-Handel	+ 0,6	+ 0,0	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,3	+ 0,3	+ 3,3	- 1,5	- 1,3	+ 4,0	+ 4,4	+ 3,2	+ 2,3
Beschäftigte ¹⁾	+ 1,7	+ 1,0	- 1,2	- 1,6	- 0,6	+ 0,3	+ 0,9	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	+ 1,5	- 0,9	- 1,6	- 1,3	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,6
Großhandel ohne Kfz-Handel	+ 1,3	+ 1,1	- 1,9	- 2,3	- 1,5	- 0,2	+ 0,7	- 0,7	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,8
Einzelhandel ohne Kfz-Handel	+ 2,0	+ 1,4	- 0,6	- 1,3	- 0,2	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,4

Q: Statistik Austria; ÖNACE 2008. – ¹⁾ Beschäftigtenverhältnisse der unselbständig und selbständig Beschäftigten. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr**Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr**

	2007	2008	2009	2009	2010			2010					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Güterverkehr													
Straße (in tkm)	- 1,0	- 2,6
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	+ 19,4	+ 3,6	- 30,6	- 27,5	- 15,9	+ 11,9	+ 19,2	+ 16,8	+ 24,6	+ 16,2	+ 14,0	+ 27,9	+ 8,3
Bahn (in tkm)	+ 0,7	+ 1,2	- 17,8	- 10,8	+ 11,1
Inlandverkehr	+ 8,1	+ 17,0	- 8,9	+ 0,7	+ 10,2
Ein- und Ausfuhr	- 9,3	+ 3,1	- 20,9	- 9,4	+ 12,4
Transit	+ 18,6	- 17,6	- 22,4	- 28,2	+ 9,1
Personenverkehr													
Bahn (Personenkilometer)	+ 3,2	+ 13,8
Luftverkehr (Passagiere)	+ 10,0	+ 4,2	- 8,5	- 0,5	+ 6,6	+ 4,7	.	+ 12,1	+ 9,5	+ 10,4	.	.	.
Neuzulassungen Pkw	- 3,4	- 1,5	+ 8,8	+ 16,6	+ 18,1	- 7,8	+ 0,2	- 2,3	- 8,7	- 11,4	+ 10,1	+ 5,9	+ 7,6

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Michael.Weingaertler@wifo.ac.at

Bankenstatistik**Übersicht 27: Einlagen und Kredite**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2009		2010			
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
	Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %												
Einlagen insgesamt	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,7	+ 11,7	+ 6,8	+ 1,2	+ 4,5	+ 2,5	+ 1,2	- 0,8	+ 1,9	+ 3,5
Spareinlagen	+ 3,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,1	+ 4,5	+ 6,3	+ 2,3	+ 6,3	+ 6,6	+ 2,3	+ 0,4	- 0,4	- 1,3
Termineinlagen	- 13,4	+ 12,5	+ 9,1	+ 14,3	+ 51,5	+ 13,1	- 25,2	- 13,0	- 27,0	- 25,2	- 24,6	- 12,9	- 2,8
Sichteinlagen	+ 18,0	+ 7,3	+ 12,2	+ 6,9	+ 10,4	+ 7,1	+ 15,2	+ 14,2	+ 17,5	+ 15,2	+ 10,6	+ 13,9	+ 14,2
Fremdwährungseinlagen	+ 4,9	+ 8,0	+ 34,2	+ 9,1	+ 32,3	- 28,5	- 12,3	- 25,8	- 36,1	- 12,3	- 6,8	- 1,7	+ 37,5
Direktkredite an inländische Nichtbanken	+ 1,6	+ 5,0	+ 4,7	+ 4,5	+ 3,6	+ 7,4	- 1,3	+ 3,3	+ 1,1	- 1,3	- 0,3	+ 1,7	+ 1,9

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2009				2010				2010				
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 0,7	- 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Arbeitslose	+ 5,8	+ 2,9	- 1,1	- 1,7	- 2,2	- 1,6	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,2	+ 0,0
Offene Stellen	- 8,9	+ 3,5	+ 4,3	+ 3,8	+ 4,8	+ 4,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,1	7,4	7,3	7,1	7,0	6,8	7,0	6,9	6,9	6,8	6,8	6,8	6,8
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,8	5,2	4,8	4,5	4,6	4,4	4,6	4,5	4,3	4,4	4,5	4,8	.

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts. • E-Mail-Adresse: Stefan.Fuchs@wifo.ac.at

Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2007	2008	2009	2009		2010		Juni	Juli	2010			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.			August	September	Oktober	November
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.344	3.420	3.371	3.346	3.327	3.391	3.466	3.420	3.489	3.464	3.444	3.423	3.405
Männer	1.798	1.831	1.786	1.770	1.734	1.802	1.848	1.821	1.858	1.848	1.838	1.830	1.815
Frauen	1.546	1.590	1.586	1.576	1.593	1.588	1.617	1.600	1.631	1.616	1.606	1.593	1.590
Ausländer	413	436	430	423	426	445	466	458	463	465	469	454	.
Herstellung von Waren	.	610	573	561	555	562	577	566	581	577	573	574	.
Bauwesen	.	248	243	243	207	254	266	259	267	266	265	264	.
Private Dienstleistungen	.	1.564	1.540	1.525	1.543	1.538	1.578	1.552	1.591	1.582	1.561	1.539	.
Öffentliche Dienstleistungen ¹⁾	.	820	837	847	854	860	864	867	869	860	863	870	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	3.227	3.304	3.257	3.235	3.219	3.283	3.360	3.312	3.382	3.359	3.339	3.317	3.301
Männer	1.784	1.816	1.771	1.756	1.720	1.787	1.834	1.804	1.843	1.834	1.825	1.816	1.802
Frauen	1.444	1.488	1.486	1.479	1.499	1.496	1.526	1.508	1.539	1.525	1.514	1.502	1.499
Arbeitslose	222	212	260	272	301	230	215	213	212	218	214	226	244
Männer	124	119	154	159	195	126	113	115	112	113	112	117	131
Frauen	98	93	107	113	106	104	102	98	100	105	102	109	114
Personen in Schulung	53	51	64	74	82	77	65	72	62	63	69	72	73
Offene Stellen	38	37	27	26	26	33	35	34	35	34	35	33	30

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

Unselbständig Beschäftigte	+ 63,2	+ 76,5	- 49,3	- 55,4	- 17,5	+ 17,5	+ 44,3	+ 26,4	+ 44,5	+ 43,2	+ 45,2	+ 52,4	+ 54,4
Männer	+ 32,8	+ 32,5	- 44,9	- 43,7	- 19,8	+ 8,4	+ 23,7	+ 17,0	+ 24,1	+ 23,6	+ 23,3	+ 29,1	+ 31,0
Frauen	+ 30,4	+ 43,9	- 4,4	- 11,7	+ 2,3	+ 9,1	+ 20,6	+ 9,4	+ 20,3	+ 19,6	+ 21,9	+ 23,3	+ 23,5
Ausländer	+ 21,9	+ 23,5	- 5,6	- 6,2	+ 2,2	+ 13,3	+ 22,0	+ 15,7	+ 12,0	+ 24,8	+ 29,2	+ 30,3	.
Herstellung von Waren	.	.	- 36,7	- 43,9	- 30,0	- 11,1	+ 3,4	- 3,4	+ 4,9	+ 2,2	+ 3,0	+ 6,5	.
Bauwesen	.	.	- 5,1	- 1,4	- 5,7	+ 0,9	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,6	.
Private Dienstleistungen	.	.	- 23,2	- 26,2	+ 0,7	+ 10,0	+ 11,6	+ 4,0	+ 6,8	+ 12,2	+ 15,8	+ 18,2	.
Öffentliche Dienstleistungen ¹⁾	.	.	+ 17,0	+ 22,0	+ 22,4	+ 26,8	+ 29,1	+ 34,2	+ 31,6	+ 28,7	+ 26,9	+ 24,8	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 65,5	+ 76,7	- 47,2	- 49,6	- 9,5	+ 26,3	+ 52,6	+ 34,6	+ 53,4	+ 51,5	+ 52,9	+ 59,7	+ 61,3
Männer	+ 33,2	+ 32,8	- 45,8	- 44,3	- 19,7	+ 8,7	+ 24,8	+ 16,9	+ 25,2	+ 24,6	+ 24,7	+ 30,4	+ 32,1
Frauen	+ 32,3	+ 43,9	- 1,4	- 5,3	+ 10,2	+ 17,6	+ 27,8	+ 17,7	+ 28,2	+ 26,9	+ 28,3	+ 29,3	+ 29,2
Arbeitslose	- 16,9	- 10,0	+ 48,1	+ 33,5	+ 9,5	- 12,7	- 20,5	- 16,9	- 20,7	- 20,4	- 20,3	- 19,4	- 13,4
Männer	- 11,4	- 5,5	+ 34,8	+ 22,6	+ 6,6	- 12,2	- 16,3	- 15,1	- 16,6	- 16,2	- 16,2	- 15,1	- 11,9
Frauen	- 5,5	- 4,5	+ 13,3	+ 10,9	+ 2,9	- 0,5	- 4,2	- 1,7	- 4,1	- 4,2	- 4,2	- 4,3	- 1,5
Personen in Schulung	- 4,9	- 2,1	+ 13,6	+ 22,0	+ 24,0	+ 13,5	+ 4,0	+ 9,6	+ 5,9	+ 5,2	+ 1,0	- 2,0	- 5,7
Offene Stellen	+ 5,3	- 0,7	- 10,3	- 5,9	- 1,0	+ 5,3	+ 6,2	+ 7,0	+ 8,2	+ 4,5	+ 5,9	+ 5,1	+ 4,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q. – ²⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts. • E-Mail-Adresse: Stefan.Fuchs@wifo.ac.at

Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2007	2008	2009	2009		2010		Juni	Juli	2010			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.			August	September	Oktober	November
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	6,2	5,8	7,2	7,5	8,3	6,3	5,8	5,9	5,7	5,9	5,9	6,2	6,7
Männer	6,5	6,1	7,9	8,2	10,1	6,5	5,7	5,9	5,7	5,8	5,8	6,0	6,7
Frauen	6,0	5,6	6,3	6,7	6,2	6,2	5,9	5,8	5,8	6,1	6,0	6,4	6,7
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	15,8	16,1	16,5	16,3	15,4	15,8	17,1	15,6	16,5	17,3	17,6	16,4	15,9
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	582	566	958	1.058	1.163	702	615	626	602	634	611	687	822

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Stefan.Fuchs@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2007	2008	2009	2009	2010				2010				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9
Verbraucherpreisindex	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0
Ohne Saisonwaren	+ 2,1	+ 3,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,9
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 4,2	+ 6,3	+ 0,2	- 1,3	- 1,4	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,9
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 2,3	+ 4,9	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,6
Bekleidung und Schuhe	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,2	- 0,2	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 2,4
Wohnung, Wasser, Energie	+ 4,6	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,7
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,4
Gesundheitspflege	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9
Verkehr	+ 0,3	+ 5,4	- 4,4	- 0,4	+ 4,0	+ 4,0	+ 2,4	+ 4,2	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3
Nachrichtenübermittlung	- 3,3	- 4,2	- 1,1	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9
Freizeit und Kultur	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6	- 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 1,2	- 11,5	- 16,4	- 12,7	- 5,3	- 2,7	- 5,3	- 5,3	- 5,3	- 5,6	+ 3,1	+ 3,2
Restaurants und Hotels	+ 2,6	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,1
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,6
Großhandelspreisindex	+ 4,1	+ 6,4	- 7,5	- 3,4	+ 1,5	+ 4,6	+ 5,9	+ 4,9	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,6	+ 7,1	+ 7,0
Ohne Saisonprodukte	+ 4,1	+ 6,3	- 7,5	- 3,4	+ 1,6	+ 4,5	+ 5,6	+ 4,8	+ 3,9	+ 4,7	+ 5,3	+ 6,9	+ 6,8

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauning@wifo.ac.at

Übersicht 32: Tariflöhne

	2007	2008	2009	2009	2010				2010				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Arbeiter	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Angestellte	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Verkehr	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Doris.Gabriel@wifo.ac.at

Übersicht 33: Effektivverdienste

	2007	2008	2009	2009	2010				2010				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft ¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 5,3	+ 5,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,6
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 5,3	+ 4,9	+ 2,4
Pro-Kopf-Einkommen													
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 3,1	+ 2,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,7
Je Arbeitnehmer, netto	+ 3,1	+ 2,3	+ 3,2
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	+ 0,4	- 0,3	+ 4,0
Sachgütererzeugung													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 5,0	+ 5,8	+ 5,0	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,6	+ 4,8
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,8	+ 3,5	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,5	+ 1,8	+ 3,0	+ 3,4	+ 0,3	+ 2,7	+ 2,7
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,6	+ 1,2	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,7
Bauwesen													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 4,8	+ 5,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 5,0	+ 2,4	+ 3,4
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,9	+ 4,6	+ 1,9	+ 0,9	+ 4,8	+ 2,5	+ 1,9
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,9	+ 4,7	+ 2,1
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,9	+ 1,8	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,2

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Laut ESVG 1995. – ²⁾ Referenzjahr 2005, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen. • E-Mail-Adresse: Doris.Gabriel@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 34: Staatsquoten

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsausgaben	53,7	54,0	53,7	52,1	51,6	51,0	51,5	54,0	50,1	49,4	48,5	48,8	52,3
Abgabenquote Staat und EU	44,4	44,4	44,0	43,2	45,3	43,9	43,8	43,4	42,3	41,8	42,0	42,6	42,7
Finanzierungssaldo ¹⁾	- 1,8	- 2,4	- 2,3	- 1,7	0,0	- 0,7	- 1,4	- 4,4	- 1,7	- 1,5	- 0,4	- 0,5	- 3,5
Schuldenstand	64,4	64,8	67,2	66,5	67,1	66,5	65,5	64,8	63,9	62,1	59,3	62,5	67,5

Q: Statistik Austria, Stand 30. September 2010. – ¹⁾ Einschließlich Saldo der Währungsaustauschverträge. • E-Mail-Adresse: Andrea.Sutrich@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.042,0	2.069,3	2.095,2	2.125,4	2.152,8	2.188,8	805	820	847	872	930	941
Unselbständige	1.696,9	1.723,9	1.749,5	1.779,0	1.806,2	1.840,3	822	836	864	888	946	957
Arbeiter	981,4	992,5	1.002,8	1.014,2	1.024,3	1.038,3	648	657	676	695	739	746
Angestellte	674,5	691,0	707,0	725,3	742,8	763,1	1.066	1.085	1.120	1.148	1.221	1.234
Selbständige	345,1	345,4	345,7	346,4	346,6	348,5	719	736	762	790	846	860
Gewerbliche Wirtschaft	158,3	159,5	160,5	161,2	162,3	164,3	904	927	961	998	1.070	1.088
Bauern	186,5	185,9	185,2	184,9	184,3	184,2	557	567	589	609	650	657
Neuzuerkennungen insgesamt ¹⁾	111,7	113,9	112,5	117,4	118,0	126,9	853	796	839	905	950	1.001
Unselbständige	96,4	98,7	97,5	102,1	102,1	109,7	860	795	838	905	951	1.004
Arbeiter	52,4	57,2	56,6	57,7	57,6	61,8	657	584	617	675	723	773
Angestellte	42,3	39,9	39,5	42,6	42,7	46,0	1.108	1.091	1.147	1.206	1.249	1.304
Selbständige ¹⁾	15,3	15,2	15,0	15,3	15,8	17,2	808	804	844	907	954	983
Gewerbliche Wirtschaft	8,0	8,0	7,9	7,7	8,6	9,2	1.026	1.019	1.050	1.162	1.177	1.209
Bauern	7,2	7,2	7,0	7,6	7,2	8,0	565	567	612	651	675	724

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Silvia.Haas@wifo.ac.at

Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.042,0	2.069,3	2.095,1	2.125,4	2.153,2	2.188,8	805	820	847	872	930	941
Direktpensionen	1.521,3	1.548,1	1.573,8	1.605,0	1.635,9	1.671,9	906	922	952	978	1.040	1.052
Invaliditätspensionen	406,4	418,7	429,7	440,8	450,7	459,7	796	812	839	863	918	926
Alle Alterspensionen ¹⁾	1.114,9	1.129,4	1.144,1	1.164,2	1.185,2	1.212,2	947	963	994	1.021	1.087	1.100
Normale Alterspensionen	950,0	989,2	1.021,2	1.054,0	1.079,5	1.103,2	876	900	937	965	1.029	1.039
Vorzeitige Alterspensionen	164,5	139,8	122,9	110,2	105,7	109,0	1.360	1.409	1.466	1.554	1.683	1.714
Lange Versicherungsdauer	111,7	107,9	94,2	42,7	32,8	24,2	1.447	1.467	1.475	1.299	1.368	1.363
Arbeitslosigkeit	9,7	5,7	2,0	0,0	–	–	753	760	784	992	–	–
Geminderte Arbeitsfähigkeit	42,9	26,1	13,8	5,9	1,9	0,6	1.271	1.311	1.342	1.336	1.357	1.346
Gleitpensionen	0,2	0,1	0,0	–	–	–	1.012	989	1.022	–	–	–
Korridorpension	–	–	1,1	2,7	5,2	7,6	–	–	1.321	1.310	1.370	1.354
Langzeitversicherte ²⁾	–	–	11,5	58,5	64,3	74,9	–	–	1.682	1.776	1.885	1.872
Schwerarbeitspension	–	–	–	0,4	1,3	1,8	–	–	–	1.307	1.432	1.488
Witwen- bzw. Witwerpensionen	472,4	472,7	472,2	471,1	468,8	467,9	532	541	559	574	610	613
Waisenpensionen	48,3	48,5	49,1	49,1	48,5	49,0	265	270	279	290	309	309
Neuzuerkennungen insgesamt ³⁾	111,7	113,9	112,5	117,4	118,0	126,9	853	796	839	905	950	1.001
Direktpensionen	81,9	81,8	81,7	87,6	88,7	96,2	990	927	976	1.041	1.098	1.148
Invaliditätspensionen	33,5	30,9	29,9	30,4	30,1	30,1	908	805	818	848	892	919
Alle Alterspensionen ¹⁾	48,4	50,9	51,7	57,2	58,6	66,1	1.046	1.001	1.068	1.144	1.195	1.252
Normale Alterspensionen	19,1	22,0	21,5	24,8	25,6	26,9	542	485	550	626	684	714
Vorzeitige Alterspensionen	29,3	28,9	30,2	32,3	33,0	39,2	1.376	1.393	1.436	1.542	1.592	1.620
Lange Versicherungsdauer	28,7	28,9	17,5	13,3	10,0	8,3	1.388	1.393	1.284	1.251	1.198	1.187
Arbeitslosigkeit	0,4	0,01	0,00	0,00	–	–	673	551	1.427	1.292	–	–
Geminderte Arbeitsfähigkeit	0,05	0,01	0,01	–	0,0	–	876	533	833	–	51	–
Gleitpensionen	0,04	–	–	–	–	–	1.021	–	–	–	–	–
Korridorpension	–	–	1,1	1,6	2,6	3,8	–	–	1.317	1.280	1.321	1.322
Langzeitversicherte ²⁾	–	–	11,6	17,0	19,5	26,6	–	–	1.677	1.799	1.838	1.798
Schwerarbeitspension	–	–	–	0,4	0,9	0,6	–	–	–	1.299	1.427	1.599
Witwen- bzw. Witwerpensionen	24,2	26,2	25,2	24,2	23,8	25,0	535	518	532	566	584	607
Waisenpensionen	5,5	6,0	5,6	5,6	5,4	5,6	220	220	223	232	238	249

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Knappschaftssold. – ²⁾ "Hacklerregelung". – ³⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Silvia.Haas@wifo.ac.at

Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung von Pensionen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	58,5	59,0	59,0	59,0	58,9	59,1	56,9	57,1	56,9	57,2	57,1	57,1
Invaliditätspensionen	54,5	53,9	53,9	53,9	53,7	53,6	51,0	51,0	50,7	50,6	50,3	50,2
Alle Alterspensionen	62,8	63,4	63,2	62,8	62,7	62,5	59,2	59,5	59,3	59,5	59,5	59,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Silvia.Haas@wifo.ac.at

Übersicht 38: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2003	2004	2005 ¹⁾	2006	2007	2008	2003	2004	2005 ¹⁾	2006	2007	2008
	Mio. €						In % des Pensionsaufwands					
Unselbständige	3.550,5	3.797,9	2.637,4	2.720,4	2.666,9	2.982,3	19,3	19,8	13,3	13,2	12,4	13,1
Gewerbliche Wirtschaft	1.019,5	1.038,6	708,7	656,7	705,1	773,9	54,5	53,5	35,4	31,4	32,3	33,6
Bauern	1.027,5	1.066,7	961,0	1.009,7	1.066,7	1.147,7	85,7	87,0	76,8	78,0	79,7	81,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Ab 2005 nicht direkt vergleichbar, Pensionsharmonisierungsgesetz (BGBl. I/142/2004). • E-Mail-Adresse: Silvia.Haas@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	1990	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Emissionsintensität 2008	
	CO ₂ -Emissionen Mio. t									kg je BIP ¹⁾	t je Einwohner
OECD	11.044,5	12.475,9	12.490,0	12.729,9	12.862,6	12.903,0	12.841,3	12.970,5	12.629,6	0,38	10,61
USA	4.868,7	5.698,2	5.605,2	5.680,4	5.758,2	5.771,7	5.684,9	5.762,7	5.595,9	0,48	18,38
EU 27	4.053,5	3.831,0	3.876,7	3.994,0	4.004,9	3.973,2	3.988,2	3.929,6	3.849,5	0,31	7,72
Deutschland	950,4	827,1	832,9	842,1	843,4	811,3	823,5	801,1	803,9	0,34	9,79
Österreich	56,5	61,6	67,7	72,8	73,6	75,0	72,1	69,4	69,3	0,25	8,31
Frankreich	352,3	376,9	375,9	385,3	385,4	388,3	380,1	373,5	368,2	0,21	5,74
Italien	397,4	426,0	435,0	451,6	453,1	457,0	458,4	441,1	430,1	0,28	7,18
Polen	343,8	291,4	279,6	290,6	294,6	293,5	304,8	304,2	298,7	0,53	7,84
Tschechien	155,1	121,9	117,2	120,7	121,8	119,6	120,7	122,0	116,8	0,54	11,20
China	2.211,3	3.037,9	3.309,0	3.829,9	4.548,3	5.067,6	5.607,6	6.032,3	6.508,2	0,60	4,91

Q: IEA. – ¹⁾ Zu Preisen von 2000, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Katharina.Koerberl@wifo.ac.at

Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Mio. €							
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	6.325	6.635	6.868	6.954	6.906	7.140	7.300	7.164
Energiesteuern ¹⁾	3.801	4.009	4.330	4.350	4.221	4.453	4.603	4.456
Transportsteuern ²⁾	1.951	2.026	1.965	2.024	2.076	2.065	2.058	2.060
Ressourcensteuern ³⁾	480	503	516	535	536	550	575	591
Umweltverschmutzungssteuern ⁴⁾	93	97	57	46	72	72	64	57

Anteile der Umweltsteuern in %

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
An den Steuereinnahmen insgesamt (einschließlich Sozialabgaben)	6,5	6,7	6,7	6,7	6,4	6,2	6,0	6,1
Am BIP (nominal)	2,9	2,9	2,9	2,8	2,7	2,6	2,6	2,6

Q: Bundesrechnungsabschluss, Statistik Austria, WIFO-Datenbank, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Mineralölsteuer, Energieabgabe. – ²⁾ Kfz-Steuer, Kfz-Zulassungssteuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenützungsbetrag. – ³⁾ Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – ⁴⁾ Altlastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. • E-Mail-Adresse: Katharina.Koeberl@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern**Übersicht 41: Bruttowertschöpfung**

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Wien	+ 1,1	+ 2,8	+ 0,0	+ 0,6	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,2	- 2,5
Niederösterreich	- 1,0	+ 1,3	+ 2,1	+ 4,1	+ 2,2	+ 4,8	+ 4,6	+ 2,5	- 5,5
Burgenland	+ 1,4	+ 5,2	+ 0,3	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,1	- 3,6
Steiermark	+ 1,5	- 0,1	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,8	+ 4,2	+ 3,7	+ 2,6	- 5,6
Kärnten	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 3,1	+ 2,1	+ 4,4	+ 3,2	+ 1,8	- 4,6
Oberösterreich	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,3	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,2	+ 2,7	- 5,6
Salzburg	- 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 4,0	+ 1,8	+ 4,5	+ 5,2	+ 2,0	- 4,3
Tirol	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 3,0	+ 4,5	+ 4,2	+ 3,9	+ 2,2	- 4,6
Vorarlberg	+ 2,1	+ 2,4	- 0,1	+ 3,6	+ 2,6	+ 4,4	+ 4,1	+ 2,1	- 5,6
Österreich	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,3	- 4,5

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte, Stand November 2010. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at**Übersicht 42: Tourismus**

	2007	2008	2009	2009 IV. Qu.	2010 I. Qu.	2010 II. Qu.	2010 III. Qu.	Mai	Juni	Juli	2010 August	2010 Septem- ber	2010 Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Übernachtungen													
Wien	+ 3,3	+ 6,0	- 3,8	+ 0,4	+ 14,4	+ 11,9	+ 10,4	+ 13,6	+ 11,7	+ 15,8	+ 5,9	+ 10,0	+ 3,7
Niederösterreich	+ 4,3	+ 3,1	- 1,3	- 1,0	+ 0,1	+ 0,9	- 0,2	+ 0,4	+ 3,3	+ 2,9	- 1,4	- 2,2	- 0,7
Burgenland	+ 4,8	+ 4,0	+ 2,1	- 0,3	+ 8,5	- 1,3	+ 1,0	- 1,9	+ 2,8	- 0,1	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3
Steiermark	+ 3,1	+ 5,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 4,4	- 2,0	+ 1,1	+ 1,8	- 1,4	+ 1,9	- 0,0	+ 1,8	+ 2,1
Kärnten	+ 4,0	+ 1,3	- 1,6	- 2,9	+ 0,4	- 9,7	- 2,6	- 5,0	- 9,0	- 1,0	- 2,7	- 6,1	- 3,0
Oberösterreich	+ 1,6	+ 3,3	- 1,2	- 2,2	+ 1,2	- 4,4	- 3,3	- 4,2	- 6,7	- 0,3	- 5,0	- 4,6	+ 0,8
Salzburg	+ 0,7	+ 4,7	- 3,3	- 2,7	+ 2,2	- 6,2	+ 3,2	+ 7,1	- 1,4	+ 4,7	+ 1,1	+ 4,6	+ 4,1
Tirol	+ 0,2	+ 4,8	- 1,9	- 2,5	+ 1,5	- 8,9	+ 2,0	+ 5,3	- 4,5	+ 2,7	+ 2,2	+ 0,6	+ 4,8
Vorarlberg	+ 2,6	+ 4,4	- 1,7	- 5,3	+ 2,6	- 7,5	+ 0,9	+ 4,2	- 1,5	+ 3,2	+ 0,3	- 1,2	- 1,1
Österreich	+ 1,7	+ 4,3	- 1,9	- 1,8	+ 2,5	- 4,1	+ 1,4	+ 3,4	- 2,0	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at**Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung**

	2009	2009 III. Qu.	2009 IV. Qu.	2010 I. Qu.	2010 II. Qu.	März	April	Mai	2010 Juni	Juli	August	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Wien	- 4,5	- 7,9	- 21,2	+ 2,8	+ 7,3	+ 7,5	- 16,7	+ 36,2	+ 8,3	- 16,4	+ 7,7	
Niederösterreich	- 20,6	- 23,2	- 10,3	- 19,8	+ 6,4	- 21,2	+ 3,2	+ 5,7	+ 10,2	+ 0,7	+ 7,7	
Burgenland	- 16,8	- 11,0	+ 0,5	+ 19,6	+ 26,1	+ 21,1	+ 28,1	+ 19,9	+ 30,1	+ 18,7	+ 28,1	
Steiermark	- 23,3	- 24,2	- 10,3	+ 5,9	+ 20,6	+ 12,5	+ 18,7	+ 21,5	+ 21,6	+ 11,4	+ 32,1	
Kärnten	- 18,0	- 18,6	- 5,0	+ 14,1	+ 15,9	+ 19,9	+ 11,5	+ 19,1	+ 17,0	+ 17,9	+ 18,2	
Oberösterreich	- 15,7	- 17,8	- 9,9	+ 2,3	+ 11,5	+ 8,0	+ 6,8	+ 13,4	+ 14,5	+ 14,7	+ 25,6	
Salzburg	- 16,4	- 11,9	- 5,9	+ 6,2	+ 19,1	+ 14,3	+ 15,5	+ 23,8	+ 18,2	+ 12,9	+ 10,5	
Tirol	- 10,8	- 7,9	+ 0,7	+ 8,4	+ 13,1	+ 17,5	+ 10,9	+ 16,2	+ 12,3	+ 11,7	+ 13,5	
Vorarlberg	- 13,6	- 16,8	- 6,4	- 0,8	+ 5,6	+ 2,3	- 4,9	+ 10,4	+ 11,7	+ 2,0	+ 4,5	
Österreich	- 16,7	- 18,1	- 9,8	- 0,4	+ 12,0	+ 4,1	+ 5,7	+ 16,3	+ 14,4	+ 7,0	+ 17,1	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at**Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen**

	2009	2009 III. Qu.	2009 IV. Qu.	2010 I. Qu.	2010 II. Qu.	März	April	Mai	2010 Juni	Juli	August	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Wien	+ 0,2	- 1,5	+ 9,0	- 2,4	- 10,8	- 4,5	- 16,4	- 13,5	- 3,0	- 8,9	+ 3,9	
Niederösterreich	- 1,0	- 0,0	+ 0,6	- 2,4	- 2,8	+ 0,8	- 3,3	- 2,2	- 2,9	- 10,2	- 1,2	
Burgenland	+ 7,4	+ 9,0	+ 5,6	- 7,5	- 4,3	- 10,5	- 7,8	- 8,4	+ 3,2	- 5,1	+ 17,1	
Steiermark	- 3,4	+ 0,0	+ 1,8	+ 5,6	+ 8,3	+ 12,8	+ 2,3	+ 13,4	+ 9,0	+ 6,4	+ 12,0	
Kärnten	- 3,8	- 3,9	- 1,1	- 10,9	- 0,8	- 1,5	- 8,3	- 1,6	+ 6,5	- 0,4	+ 1,2	
Oberösterreich	+ 2,3	+ 2,8	+ 0,9	- 13,6	+ 0,0	- 9,9	- 5,8	+ 5,7	+ 0,0	- 3,1	- 3,6	
Salzburg	- 4,7	- 1,6	+ 0,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 6,9	+ 12,8	- 6,4	+ 1,1	- 0,7	- 3,8	
Tirol	- 10,2	- 7,1	- 7,5	+ 1,7	+ 11,3	+ 6,7	+ 8,1	+ 5,0	+ 19,4	+ 7,4	+ 13,2	
Vorarlberg	- 3,3	- 1,0	- 0,8	+ 4,5	- 4,6	+ 10,8	- 0,3	- 4,4	- 8,2	- 2,3	- 1,2	
Österreich	- 1,5	- 0,6	+ 1,7	- 3,7	- 1,1	- 0,6	- 4,6	- 1,1	+ 1,8	- 3,1	+ 2,6	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	2007	2008	2009	2009			2010			2010			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	In 1.000												
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	750	765	759	755	752	766	775	765	769	777	773	774	776
Niederösterreich	534	546	539	537	524	547	555	546	551	559	553	553	552
Burgenland	86	88	88	87	84	91	92	91	92	93	92	92	91
Steiermark	448	461	449	446	440	455	462	457	454	463	461	461	459
Kärnten	198	202	197	194	189	200	208	200	204	212	209	204	200
Oberösterreich	569	584	574	572	563	579	593	579	583	597	593	589	588
Salzburg	223	229	226	225	230	224	233	224	228	236	234	231	227
Tirol	282	289	287	283	297	284	298	283	292	302	299	292	283
Vorarlberg	138	141	139	138	141	138	143	137	140	144	143	142	141
Österreich	3.227	3.304	3.257	3.235	3.219	3.283	3.360	3.281	3.312	3.382	3.359	3.339	3.317

	2007	2008	2009	2009	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	72	66	73	75	79	70	70	70	69	68	71	71	71
Niederösterreich	37	35	44	45	54	37	38	36	36	38	39	36	36
Burgenland	7	7	8	8	11	6	6	6	6	6	6	6	6
Steiermark	32	31	39	40	46	30	28	30	28	29	29	27	28
Kärnten	16	16	21	23	27	17	15	16	14	15	15	16	18
Oberösterreich	22	22	31	32	39	25	25	25	24	25	26	23	23
Salzburg	10	10	13	13	13	12	9	12	9	9	9	9	12
Tirol	16	16	20	23	20	21	14	22	16	13	13	16	23
Vorarlberg	9	8	11	12	11	11	9	11	10	9	10	9	10
Österreich	222	212	260	272	301	230	215	227	213	212	218	214	226

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

	2007	2008	2009	2009	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	+ 11,3	+ 14,9	- 6,3	- 8,7	- 1,5	+ 4,2	+ 11,0	+ 3,4	+ 6,4	+ 9,5	+ 10,8	+ 12,8	+ 14,5
Niederösterreich	+ 10,5	+ 12,3	- 7,3	- 8,5	- 3,9	+ 4,1	+ 5,8	+ 3,0	+ 6,3	+ 7,0	+ 4,9	+ 5,4	+ 6,8
Burgenland	+ 1,8	+ 2,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1
Steiermark	+ 10,2	+ 12,7	- 12,2	- 11,5	- 3,3	+ 1,9	+ 8,3	+ 3,6	- 0,6	+ 8,6	+ 8,5	+ 7,8	+ 9,2
Kärnten	+ 4,0	+ 3,9	- 4,4	- 3,5	- 1,6	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,1
Oberösterreich	+ 14,5	+ 15,7	- 10,2	- 11,1	- 4,2	+ 4,8	+ 9,2	+ 3,9	+ 7,2	+ 9,8	+ 9,1	+ 8,8	+ 9,1
Salzburg	+ 4,4	+ 5,9	- 2,8	- 1,3	+ 1,2	+ 2,4	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,5	+ 4,5
Tirol	+ 5,9	+ 6,8	- 2,1	- 1,4	+ 3,4	+ 5,0	+ 7,1	+ 5,3	+ 6,3	+ 7,4	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,9
Vorarlberg	+ 2,8	+ 2,3	- 1,5	- 1,9	- 0,4	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,6	+ 3,5	+ 3,5
Österreich	+ 65,5	+ 76,7	- 47,2	- 49,6	- 9,5	+ 26,3	+ 52,6	+ 26,5	+ 34,6	+ 53,4	+ 51,5	+ 52,9	+ 59,7

	2007	2008	2009	2009	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	- 5,8	- 5,8	+ 6,6	+ 5,9	+ 2,0	+ 0,9	- 1,1	+ 1,5	- 0,6	- 1,6	- 1,3	- 0,2	+ 0,3
Niederösterreich	- 2,9	- 2,2	+ 8,6	+ 6,9	+ 3,0	- 1,3	- 2,8	- 1,3	- 1,7	- 2,7	- 2,6	- 3,0	- 2,6
Burgenland	- 0,7	- 0,1	+ 1,1	+ 0,6	- 0,1	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,5
Steiermark	- 1,2	- 1,0	+ 8,3	+ 4,4	- 0,9	- 5,4	- 5,6	- 5,4	- 5,7	- 5,5	- 5,6	- 5,6	- 5,5
Kärnten	- 1,0	- 0,0	+ 4,8	+ 2,8	+ 1,3	- 1,4	- 1,9	- 1,4	- 1,8	- 2,2	- 1,8	- 1,8	- 1,6
Oberösterreich	- 3,4	- 0,7	+ 9,2	+ 7,1	+ 3,9	- 2,1	- 3,3	- 2,2	- 2,5	- 3,0	- 3,2	- 3,7	- 4,1
Salzburg	- 1,0	+ 0,0	+ 3,0	+ 1,2	- 0,5	- 1,4	- 1,8	- 1,6	- 1,8	- 2,1	- 1,8	- 1,6	- 1,4
Tirol	- 0,3	- 0,0	+ 3,8	+ 2,2	- 0,1	- 0,9	- 1,8	- 1,1	- 1,3	- 1,9	- 1,8	- 1,6	- 1,5
Vorarlberg	- 0,6	- 0,2	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,9	- 0,4	- 1,5	- 0,4	- 0,9	- 1,1	- 1,4	- 2,0	- 2,4
Österreich	- 16,9	- 10,0	+ 48,1	+ 33,5	+ 9,5	- 12,7	- 20,5	- 12,7	- 16,9	- 20,7	- 20,4	- 20,3	- 19,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 46: Arbeitslosenquote

	2007	2008	2009	2009			2010			2010			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Wien	8,5	7,8	8,5	8,8	9,3	8,2	8,1	8,1	8,0	7,8	8,2	8,2	8,2
Niederösterreich	6,3	5,9	7,3	7,5	9,1	6,2	6,2	6,0	6,0	6,2	6,4	5,9	5,9
Burgenland	7,6	7,4	8,4	8,6	11,3	6,2	6,0	5,9	6,0	6,2	6,2	5,6	5,9
Steiermark	6,4	6,1	7,8	7,9	9,2	6,1	5,6	6,0	5,6	5,8	5,7	5,4	5,6
Kärnten	7,3	7,2	9,3	10,2	12,0	7,6	6,7	7,4	6,4	6,4	6,6	7,0	8,0
Oberösterreich	3,6	3,5	4,9	5,2	6,3	4,1	3,9	4,0	3,8	3,9	4,1	3,7	3,7
Salzburg	4,0	3,9	5,1	5,5	5,3	4,7	3,6	4,8	3,8	3,4	3,5	3,8	4,9
Tirol	5,3	5,2	6,3	7,3	6,0	6,7	4,3	6,8	5,0	3,9	4,1	4,9	7,1
Vorarlberg	5,7	5,5	7,2	7,8	7,2	7,0	6,0	7,2	6,3	5,7	6,2	6,0	6,3
Österreich	6,2	5,8	7,2	7,5	8,3	6,3	5,8	6,3	5,9	5,7	5,9	5,9	6,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Karl Aiginger, Margit Schratzenstaller

Budgetkonsolidierung unter schwierigen Rahmenbedingungen – Zehn Leitlinien und erste Erfahrungen in der EU

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat die Situation der öffentlichen Haushalte in vielen EU-Ländern deutlich verschlechtert. Demnächst werden deshalb in fast allen EU-Ländern Konsolidierungsprogramme einsetzen. Die Herausforderungen an die Budgetpolitik aus dem Klimawandel, dem Projekt "Europa 2020", der Notwendigkeit von Investitionen in Forschung, Entwicklung und Bildung und aus der demographischen Alterung können in der Konsolidierungsphase nicht ausgeblendet werden. Vor diesem Hintergrund schlägt das WIFO zehn Leitlinien vor, die zu einer langfristig nachhaltigen Budgetsanierung beitragen sollen. Gleichzeitig zielen sie auf die Stärkung der langfristigen Wachstumstreiber und der ökologischen Nachhaltigkeit des Wirtschaftssystems und sollen helfen, den Trend einer zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen zu korrigieren.

Begutachtung: Stefan Ederer, Hans Pitlik, Gunther Tichy • Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Sutrich • E-Mail-Adressen: Karl.Aiginger@wifo.ac.at, Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at, Andrea.Sutrich@wifo.ac.at

Im Jahr 2011 wird sich zeigen, wie robust die Erholung der Wirtschaft aus der Krise in den Industrieländern ist¹⁾. Die Impulse aus Asien werden ein wenig nachlassen. Zu einem bedeutenden Teil werden die Konjunkturpakete, die das Wachstum bis weit in das Jahr 2010 angekurbelt haben, auslaufen²⁾. Die Budgetkonsolidierung wird jedenfalls in Europa einsetzen, wahrscheinlich auch in den USA, wenn der Congress die öffentlichen Ausgaben drosselt. Nachdem die Wirtschaft 2010 weltweit um 4%, in den USA um 2,7% und in der EU um 1,8% gewachsen ist, wird die Expansion 2011 immer noch weltweit 3,5%, in der EU 1,8% und in den USA 2% betragen. In dieser Situation muss die Sanierung der öffentlichen Haushalte beginnen.

Nach der Krise ist eine baldige Rückkehr zu einem permanent deutlich höheren Wirtschaftswachstum unwahrscheinlich. Gleichzeitig werden alte und neue Lasten sowie große Ungleichgewichte zu bewältigen sein; umso wichtiger ist die Feinabstimmung der Wirtschaftspolitik in dieser Phase großer Unsicherheit. Die Budgetkonsolidierung ist eine große Herausforderung, sie hat sowohl die Krisenursachen als auch die Probleme zu berücksichtigen, die schon vor der Krise bestanden. Allerdings muss die Konsolidierung auch wachstumsorientiert erfolgen und Rücksicht auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und auf die Arbeitsmarktsituation nehmen. Die Geldpolitik muss in der Konsolidierungsphase expansiv bleiben, die Unterstützung der Länder mit dem größten Konsolidierungsbedarf durch die europäische Wirtschaftspolitik muss gesichert sein.

¹⁾ Ein Vergleich der jüngsten Wirtschaftskrise mit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre findet sich in Aiginger (2010A).

²⁾ In der EU 27 umfassten die Konjunkturpakete 2009 und 2010 jeweils etwa 1,5% des BIP. 2009 waren rund 75% der Konjunkturbelebungsmaßnahmen befristet, 2010 sind es etwa 40%; sie sollen 2011 auslaufen (European Commission, 2010A). In den USA wurden etwa ein Fünftel der vorgesehenen Konjunkturbelebungsmaßnahmen im Gesamtvolumen von 787 Mrd. € bis September 2009 implementiert, 400 Mrd. € werden 2010 und 100 Mrd. € 2011 ausgegeben, der Rest in den Folgejahren (Weber, 2010).

Zur Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung

Die Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung ist weitestgehend unumstritten³⁾. Die Staatsschuldenquote erreicht 2010 in den USA gut 90% des BIP und in der EU im Durchschnitt etwa 80% des BIP und wird in den nächsten Jahren weiter steigen (Übersicht 1). Das Finanzierungsdefizit des Staates erhöht sich 2010 in der EU auf 6,8% und in den USA auf 11,3% des BIP. Es wird ab 2011 mit Hilfe von Konsolidierungsprogrammen gesenkt werden.

Bereits vor Ausbruch der Wirtschaftskrise bestanden allerdings in beiden Wirtschaftsräumen strukturelle Defizite. Weder im Durchschnitt der EU noch in den USA war der Haushalt seit 2000 ausgeglichen, wenn auch einzelne EU-Länder deutliche Haushaltsüberschüsse verzeichneten und der Konsolidierungsbedarf der EU-Länder – zur Verringerung des hohen Budgetdefizits und/oder der Schuldenquote – durchaus variiert. Für die EU 27 schätzt die Europäische Kommission das strukturelle Defizit für 2007 im Durchschnitt auf 2%, in den USA wird es mit über 3% des BIP angegeben (OECD, 2010A).

Übersicht 1: Der öffentliche Sektor vor und nach der Wirtschaftskrise

	2000	2007	2010	2011	2012	Ø 2000/ 2007	Veränderung 2007/2010 Prozentpunkte
	In % des BIP						
Staatsausgabenquote							
EU 15	44,9	45,9	51,1	49,7	48,9	46,5	+ 5,2
EU 27	44,8	45,6	50,6	49,2	48,4	46,3	+ 5,0
USA	33,9	36,8	43,2	40,7	40,3	73,6	+ 6,5
Abgabenquote							
EU 15	41,1	40,2	39,1	39,5	39,7	40,0	- 1,1
EU 27	40,7	39,8	38,7	39,1	39,2	39,6	- 1,1
USA	29,7	28,2	-	-	-	27,5	-
Finanzierungssaldo							
EU 15	0,8	- 0,8	- 6,8	- 5,1	- 4,1	- 1,6	- 6,0
EU 27	0,6	- 0,9	- 6,8	- 5,1	- 4,2	- 1,8	- 5,9
USA	1,5	- 2,8	-11,3	- 8,9	- 7,9	- 2,5	- 8,5
Staatsschulden							
EU 15	63,1	60,5	81,6	84,3	85,8	62,6	+ 21,1
EU 27	61,3	58,8	79,1	81,8	83,3	61,2	+ 20,3
USA	55,1	62,4	92,2	98,4	102,1	59,4	+ 29,8

Q: European Commission (2010C), WIFO-Berechnungen.

Die wachsende Staatsverschuldung erhöht in der Mehrheit der EU-Länder den Zinsendienst deutlich. Dies schränkt den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand entsprechend ein, da ein zunehmender Teil der Ausgaben bzw. Steuereinnahmen für Zinszahlungen verwendet werden muss (Übersicht 2). Im Durchschnitt der EU 27 erhöht sich der Zinsendienst zwischen 2007 und 2012 von 2,7% auf 3,1% des BIP. Die Zinslastquote (Zinsen in Prozent der Ausgaben) steigt im selben Zeitraum von durchschnittlich 6% auf 6,3%, die Zins-Steuerquote von 10% auf 11,7%. Allerdings wird diese Entwicklung stark von den Ländern mit großen Budgetproblemen getrieben; in einigen EU-Ländern verbessern sich die Kennzahlen zum Zinsendienst bis 2012 gegenüber dem Vorkrisenjahr 2007.

Gleichzeitig ist die Arbeitslosenquote in der Krise anhaltend hoch, obwohl der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der EU u. a. durch innovative arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Grenzen gehalten wurde⁴⁾, während er in den USA zwischen 2007 und 2010 massiv war (Aiginger, 2010B, 2010C). Das Wirtschaftswachstum wird durch eine äußerst gedämpfte gesamtwirtschaftliche Nachfrage (geringe Lohnsteigerungen,

³⁾ Eine ausführliche Begründung der Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung geben Aiginger et al. (2010), Schratzenstaller (2010). Die gegenteilige Ansicht, dass das öffentliche Defizit auch durch einen Investitionschub dauerhaft verringert werden kann, vertreten Truger et al. (2010); historische Beispiele dafür betreffen allerdings Volkswirtschaften mit niedrigerer Verschuldungsquote und geringer Abhängigkeit der Finanzierung von internationalen Finanzmärkten.

⁴⁾ Dadurch wurde aber ein Produktivitätsrückgang bewirkt, der die Arbeitsmarktbelegung in nächster Zeit dämpfen wird.

hohe Konsumentenschulden, wenig Bedarf an Kapazitätserweiterungen) sowie durch einen Einbruch des Potentialwachstums behindert und durch die Unsicherheit, ob die Abnahme der Investitionen in physisches und Humankapital auch das mittelfristige Potentialwachstum drückt. Unter solchen makroökonomischen Rahmenbedingungen ist Budgetkonsolidierung nicht einfach, insbesondere wenn auch die Bewältigung des Klimawandels und der Alterung der Gesellschaft als wichtige Ziele berücksichtigt werden.

Übersicht 2: Kennzahlen für den Zinsdienst in der EU 27

	Zinsdienst		Zinslastquote		Zins-Steuerquote	
	2007	2012	2007	2012	2007	2012
	In % des BIP		Zinsdienst in % der Ausgaben		Zinsdienst in % der Steuereinnahmen	
EU 27	2,7	3,1	6,0	6,3	10,0	11,7
EU 15	2,8	3,1	6,1	6,3	10,1	11,7
Belgien	3,9	3,7	8,0	6,9	13,1	12,7
Dänemark	1,6	2,0	3,1	3,6	3,3	4,6
Deutschland	2,8	2,4	6,4	5,4	11,6	10,6
Irland	1,0	4,4	2,8	9,9	4,0	19,2
Griechenland	4,8	7,4	10,2	15,0	23,0	31,2
Spanien	1,6	2,8	4,1	6,5	6,4	13,3
Frankreich	2,7	2,9	5,1	5,1	10,0	10,8
Italien	5,0	4,8	10,4	9,8	16,7	16,9
Luxemburg	0,2	0,5	0,7	1,1	0,9	1,7
Niederlande	2,2	2,4	4,9	4,8	8,9	9,8
Österreich	2,9	2,9	5,9	5,6	10,4	10,5
Portugal	2,9	4,0	6,5	8,6	11,8	17,6
Schweden	1,8	1,1	3,4	2,2	4,6	3,0
Finnland	1,5	1,7	3,1	3,0	4,8	5,4
Großbritannien	2,2	3,2	5,1	6,7	7,6	10,9
Bulgarien	1,2	0,9	3,0	2,4	4,8	4,5
Tschechien	1,1	1,8	2,7	4,1	5,5	9,5
Estland	2,8	2,4	6,4	5,4	11,6	10,6
Zypern	3,0	2,4	7,2	5,3	9,1	9,2
Lettland	0,3	2,3	1,0	5,9	1,6	13,0
Litauen	0,7	2,6	2,0	6,3	3,4	14,6
Ungarn	4,1	3,6	8,2	7,7	15,7	15,2
Malta	3,3	3,1	7,8	7,0	11,8	11,1
Polen	2,3	3,0	5,5	6,7	10,2	14,4
Rumänien	0,7	1,8	2,1	5,1	3,9	10,0
Slowenien	1,3	1,8	3,0	3,7	5,4	7,9
Slowakei	1,4	2,1	4,0	5,6	8,1	13,3

Q: European Commission (2010C), WIFO-Berechnungen.

Vor diesem Hintergrund hat das WIFO 10 Leitlinien entworfen, die eine Konsolidierungsstrategie berücksichtigen sollte:

1. Die Budgetkonsolidierung kann in eine kohärente Strategie eingebaut werden.
2. Die Budgetkonsolidierung ist einfacher umzusetzen, wenn Ziele und Strategie gut kommuniziert werden und die dahinterstehende Vision erkennen lassen.
3. Konsolidierung und proaktive Komponenten sind zwei Aspekte derselben Aufgabe.
4. Eine Konsolidierungsstrategie ist erfolgreicher, wenn die Lasten fair verteilt werden.
5. Konsolidierung, Impulse für Wachstum und Beschäftigung sowie Strukturreformen können Hand in Hand gehen.
6. Privater Konsum und private Investitionen unterstützen den Konsolidierungsfortschritt.
7. In Ländern mit einem Außenhandelsüberschuss fällt die Konsolidierung leichter, wenn die Binnennachfrage ausgeweitet wird.
8. Die Konsolidierungsstrategie muss sich überwiegend auf ausgabenseitige Maßnahmen stützen.

Zehn Leitlinien für eine wachstums- und beschäftigungsfreundliche Budgetkonsolidierung

9. Wirtschaftspolitische Prioritäten bieten Orientierung für die Auswahl konkreter Ausgabenkürzungen.
10. Steuererhöhungen unterscheiden sich in ihren Wachstums-, Konjunktur- und Verteilungseffekten.

Von den bereits vorliegenden Empfehlungen (*Henriksson, 2007, Blanchard – Cottarelli, 2010, OECD, 2010B*) unterscheiden sich diese 10 Leitlinien durch einen wesentlich weiteren Fokus. Neben der derzeit von akademischer Seite wie von den supranationalen Institutionen zu Recht stark betonten Notwendigkeit einer "wachstumsfreundlichen Konsolidierung" ("Framework for Growth" der G 20) ist darüber hinaus die Einbettung der Konsolidierung in eine Zukunftsstrategie unverzichtbar, die die großen langfristigen Herausforderungen (Klimawandel, demographischer Wandel, Strukturwandel hin zur Wissensgesellschaft, zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen) proaktiv in Angriff nimmt. Auch ist die Vermeidung oder zumindest Abfederung der in den sonstigen Empfehlungen eher vernachlässigten kurzfristigen negativen Wachstums- und Beschäftigungseffekte von Konsolidierungsmaßnahmen eine sehr wichtige Erfolgsbedingung. Schließlich erscheint der Fokus auf die notwendige Effizienzreform im öffentlichen Sektor und die Veränderung der Ausgabenstruktur verengt; ebenso dringlich sind Strukturverbesserungen innerhalb der Steuer- und Abgabensysteme.

Zu den Bedingungen für eine erfolgreiche Budgetkonsolidierung liegt eine Fülle an Literatur vor. Sie zeigt einerseits, dass Budgetkonsolidierungsmaßnahmen erfolgreich sein können und dass die Wirtschaft nach Abschluss der Budgetkonsolidierung relativ rasch auf einen Wachstumspfad zurückkehren kann. Andererseits wird darauf hingewiesen, dass die Bedingungen für eine erfolgreiche Budgetkonsolidierung nicht einfach zu erfüllen sind⁵⁾. Zudem sind die Erfolgsaussichten besser, wenn nur wenige Länder zeitgleich eine fiskalische Austeritätspolitik betreiben und die Importnachfrage wichtiger Handelspartner kräftig expandiert. In der aktuellen Situation werden dagegen viele Länder gleichzeitig ihre öffentlichen Haushalte konsolidieren – die südeuropäischen EU-Länder und Irland sogar früher und stärker (*Marterbauer, 2010, Aiginger et al., 2010*). Unterstützend könnte die lebhafte Nachfrageentwicklung in Asien (sowie Afrika und Südamerika) wirken. Erfolgreich wird die Budgetkonsolidierung aber nur dann sein, wenn sie Erfahrungen aus der Vergangenheit berücksichtigt und strikten Regeln folgt.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nicht die einzige Priorität innerhalb der wirtschaftspolitischen Ziele: Probleme, die schon vor der Krise bestanden, erfordern Aufmerksamkeit. Hohe Priorität hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; dringend erforderlich sind auch langfristig orientierte Programme zur Unterstützung von Innovationen, zum Ausbau der Bildung und zur Bewältigung der Folgen von Bevölkerungsalterung und Klimawandel. Wenn jedes dieser wirtschaftspolitischen Ziele isoliert verfolgt wird, können zur Lösung eines Problems ergriffene Maßnahmen die Erreichung anderer wirtschaftspolitischer Ziele behindern. Zudem wären einzelne Politikinstrumente und -maßnahmen zu teuer, wenn sie im Rahmen isolierter Strategien eingesetzt werden. Nur eine integrierte Strategie kann den drei Haupt-Prioritäten (Budgetkonsolidierung, Beschäftigungsschaffung, Stärkung der Zukunftsinvestitionen) gleichzeitig gerecht werden.

Ein Erfolgsfaktor ist eine gute Kommunikationsstrategie. Sie sollte einem strikten Zeitplan folgen, positiv motiviert sein und die Chance aufzeigen, durch die Konsolidierungsstrategie Ineffizienzen im öffentlichen Sektor ebenso wie überkommene Ausgaben und Steuerprivilegien zu beseitigen. Der Zeitplan sollte auf die länderspezifische Problemlage abgestimmt und nicht von den Finanzmärkten diktiert werden. Die Größe der Konsolidierungspakete sollte ambitioniert und der Konsolidierungszeitraum kurz sein (*Blanchard – Cottarelli, 2010*). "Frontloading" (übermäßiger Defizitabbau im ersten Jahr der Konsolidierungsperiode) sollte vermieden werden. Letztlich ist

⁵⁾ *Alesina – Ardagna (2009), Afonso (2010)*; einen ausführlichen aktuellen Überblick geben *Pitlik – Gruber – Walterskirchen (2010)*.

Budgetkonsolidierung in kohärente Strategie einbetten

Ziele und Strategie gut kommunizieren

es Ziel einer Budgetkonsolidierungsstrategie, den Handlungsspielraum der Budgetpolitik wieder herzustellen und langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen (in einer alternden Gesellschaft) sicherzustellen. Auf die Ankündigung einer langen Austeritätsperiode sollte verzichtet werden, wenn nicht – wie etwa im Falle Griechenlands oder Irlands – in relativ kurzer Zeit in sehr großem Umfang konsolidiert werden muss. Wenn größeres Augenmerk auf "Kostentreiber" gesetzt wird, also Budgetpositionen, die in Zukunft stärker steigen als die Wirtschaftsleistung, bedeuten die Einsparungen nicht den Verlust erworbener Ansprüche, sondern den Verzicht auf zusätzliche Ansprüche.

Das Konsolidierungspaket sollte eine proaktive Komponente enthalten. Zwar erschwert dies kurzfristig die fiskalische Zielerreichung, doch erleichtern Zukunftsinvestitionen zur Stimulierung des langfristigen Wachstums längerfristig die Sanierung der Staatsfinanzen. Sie sollten daher nicht eingeschränkt, sondern vielmehr besonders forciert werden – durch Zusatzausgaben ebenso wie durch effizienzsteigernde Reorganisationsmaßnahmen. Werden die Ausgaben für Wachstumstreiber über die mehrere Jahre dauernde Konsolidierungsperiode eingefroren oder gar gekürzt, ist die Budgetkonsolidierung zum Scheitern verurteilt, da die resultierende Wachstumsdämpfung automatisch die Steuereinnahmen drückt und die Ausgaben erhöht. Daher sollten obsolete oder ineffiziente Ausgaben sehr ambitioniert gekürzt werden, um Raum für Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Die Budgetkonsolidierung muss von einer expansiven Geldpolitik begleitet werden. Wenn sich die Konjunktur im Inland (und weltweit) verschlechtert, sollten die Reformen nicht eingestellt werden, sondern die Zukunftsinvestitionen einschließlich Aktivierung und Requalifizierung (aktive Arbeitsmarktpolitik) sollten erhöht werden.

Die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung sollten "fair" sein, d. h. Verteilungsaspekte müssen explizit angesprochen und berücksichtigt werden. Die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen nahm bereits vor der Wirtschaftskrise zu. Die Krise verschärfte dieses Problem, da Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste die unteren Einkommensschichten stärker treffen als die oberen. Daher sollten Gruppen mit niedrigem Einkommen und hohem Arbeitslosigkeitsrisiko von Steuererhöhungen ausgenommen werden, und Ausgaben, die für die unteren Einkommensschichten großes Gewicht haben, sollten nicht gesenkt werden. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Aktivierung, Flexicurity, Qualifizierung) sollten weitergeführt werden. Ein Konsolidierungspaket sollte nicht ausschließlich Ausgabenkürzungen enthalten, sondern auch einen geringeren Anteil an Steuererhöhungen, um von den verschiedenen Interessengruppen und der allgemeinen Öffentlichkeit als fair empfunden zu werden – insbesondere wenn das Abgabensystem ohnehin durch Steuerhinterziehung, Steuerschlupflöcher und Steuerprivilegien für Gruppen mit höherem Einkommen gekennzeichnet ist.

In ihren "Zehn Geboten zur Budgetkonsolidierung" beziehen *Blanchard – Cottarelli* (2010) die Bekämpfung von Steuerhinterziehung in das Fairness-Gebot mit ein. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen, allerdings fordern die Autoren unter der Überschrift "Bekämpfung der Steuerhinterziehung" implizit eine Anhebung der Umsatzsteuer. Dies ist insofern problematisch, als die Umsatzsteuerbelastung für untere Einkommensschichten aufgrund der höheren Konsumquote höher ist als für die oberen Einkommensgruppen. Verteilungsüberlegungen lassen es auch angeraten erscheinen, die Steuern und Abgaben für niedrigere Einkommen zu senken und die Besteuerung von Vermögen und Veräußerungsgewinnen zu erhöhen. Dieses stärkere Fairness-Postulat erscheint insbesondere in jenen Ländern angemessen, in denen die strukturbereinigte Lohnquote langfristig gesunken und die Einkommens- wie Vermögensverteilung ungleicher geworden ist, was Spekulation und Volatilität auf den Finanzmärkten – als wichtige Krisenursachen – intensiviert haben dürfte.

Eine Budgetkonsolidierungsstrategie muss wachstumsbewusst konzipiert werden. Nichtbudgetäre wachstumsfördernde Maßnahmen sollten hohe Priorität haben; sie sollten insbesondere Unternehmensgründungen fördern und den Wettbewerb verstärken, sodass die Vorteile der Globalisierung stärker genutzt werden können. Viele Länder mit hohem Budgetdefizit weisen ein Leistungsbilanzdefizit oder einen zu niedrigen Anteil neuer und innovativer Unternehmen auf. Abgabenstrukturreformen zur

Konsolidierung und proaktive Komponenten

Konsolidierung erfolgreicher bei fairer Lastenverteilung

Konsolidierung und Wachstumsimpulse

Umschichtung von stark wachstumshemmenden Steuern und Abgaben hin zu solchen mit geringeren negativen Wachstumseffekten sind erforderlich. Öffentliche Ausgaben sollten von sozial weniger produktiven zu Ausgaben für Wachstumstreiber umgeschichtet werden. Arbeitslosentransfers sollten mit Anreizen für Qualifizierung und Aktivierung verbunden werden. Das Wirtschaftswachstum hängt gemäß empirischen Wachstumsgleichungen entscheidend von Humankapital, Forschung und Entwicklung, gut funktionierenden Institutionen sowie einem effizienten Innovations- und Gesundheitssystem ab. Arbeitsmarktreformen können einen Wachstumsbeitrag leisten, sind aber bei weitem nicht der wichtigste Wachstumsfaktor; sie spielen insbesondere in der Interaktion mit Ausgaben für Humankapitalbildung sowie Forschung und Entwicklung eine Rolle.

Privater Konsum und Investitionen unterstützen Konsolidierungsfortschritt

Die Konsolidierungsstrategie muss kurzfristige negative Nachfrageeffekte beachten. Wenn die öffentliche Hand ihre Ausgaben verringert, müssen der private Konsum, private Investitionen und/oder der Export den Nachfrageausfall kompensieren, soll das Wachstum nicht gedämpft werden. Daher kann die Kürzung von Transferleistungen für untere Einkommensschichten kein Element einer nachfragebewussten Konsolidierungsstrategie sein. Gruppen mit niedrigem Einkommen sollten von Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor und von Pensionskürzungen ausgenommen werden. Sparanreize vor allem für die oberen Einkommensschichten sollten verringert werden. Für private Investitionen der Haushalte und Unternehmen im Allgemeinen und für "grüne Investitionen" im Besonderen sollten Anreize gesetzt werden. Grundsätzlich beeinträchtigen Budgetkonsolidierungsmaßnahmen zunächst die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und dämpfen daher Wachstum und Beschäftigung⁶⁾, daher sollte die Konsolidierungsphase so kurz wie möglich gehalten werden. Die Ausweitung der Exporte auf die wachsenden asiatischen Märkte kann die Nachfrage stabilisieren.

Außenhandelsüberschuss erleichtert Konsolidierung, wenn Binnennachfrage steigt

Während der Konsolidierung sollte die Binnennachfrage stimuliert werden, insbesondere in Ländern mit niedrigem Wachstum und hohem Außenhandelsüberschuss. Wenn die Investitionen verhalten bleiben (Finanzierungsüberschüsse werden wegen Unterauslastung der Kapazitäten nicht für Investitionen verwendet), würden Lohnerhöhungen und/oder In-work Benefits⁷⁾ den Konsum stützen. Eine Strategie von Lohnerhöhungen, die unter der Produktivitätssteigerung bleiben, hat mittelfristig einen Rückgang der Lohnquote zur Folge. Das ist gesamtwirtschaftlich wenig sinnvoll, wenn die Unternehmen die zusätzlichen Gewinne nicht für Investitionen nutzen. Strategien zur Steigerung der aggregierten Nachfrage werden sich je nach länderspezifischer Ausgangssituation unterscheiden müssen. Die Förderung grüner Technologien könnte jedenfalls hilfreich sein. Die Exporte sollten vor allem in jenen Ländern forciert werden, deren öffentliche Haushalte nicht konsolidiert werden müssen. Die Konsolidierungsbemühungen sind zudem international zu koordinieren, indem Länder mit geringerem Konsolidierungsdruck auch die Binnennachfrage forcieren und möglicherweise die Konsolidierungsstrategie langsamer umsetzen.

Überwiegend ausgaben-seitige Maßnahmen

Die Erfolgsaussichten einer Budgetkonsolidierungsstrategie sind besser, wenn Ausgabenkürzungen gegenüber Steuererhöhungen überwiegen (*Alesina – Ardagna, 2009, Giavazzi – Pagano, 1990*). Dies gilt besonders für die EU, da die Abgabenbelastung mit knapp 40% des BIP im Durchschnitt der EU 27 bereits hoch ist und die öffentlichen Ausgaben während der Wirtschaftskrise beträchtlich ausgeweitet wurden (von 45,6% des BIP 2007 auf 50,6% des BIP 2010). Ausgabenseitige Reformen erbringen allerdings oft erst nach einer Anlaufphase Einsparungen, insbesondere wenn sie die langfristige Ausgabendynamik durch systemische Strukturveränderungen eindämmen (z. B. Reformen im Gesundheits- und Bildungssystem oder der fiskalischen Regeln). Solche Strukturreformen sollten aber trotz der Anfangskosten auf jeden Fall begonnen werden. Kurzfristig können Steuererhöhungen helfen, das Konsolidierungsziel schneller zu erreichen. Mit Hilfe von Privatisierungen können ebenfalls rasch Ein-

⁶⁾ Eine vorsichtige Bewertung expansiver, d. h. nicht-keynesianischer Effekte der Budgetkonsolidierung findet sich in *IMF (2010)*, ein ausführlicherer Literaturüberblick in *Schratzenstaller (2010)*.

⁷⁾ Transferleistungen, die an die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gekoppelt sind.

nahmen realisiert werden, wenn die Ausgabenkürzungen nicht zur Deckung des Konsolidierungsbedarfs reichen oder erst langsam greifen. Allerdings sollten langfristige Aspekte (Verlust von Dividendeneinnahmen und Steuermöglichkeiten) mit berücksichtigt werden. Daher könnten die Suche nach einem strategischen Investor und Teilprivatisierungen Vorrang vor Totalprivatisierungen haben.

Lineare Kürzungen sind ökonomisch oft suboptimal, auch wenn sie politisch manchmal einfacher durchzusetzen sind. Einzelne Ausgabenkategorien sind sehr unterschiedlich zu behandeln. Verwaltungsausgaben sollen gesenkt und um Ineffizienzen bereinigt werden, während Zukunftsinvestitionen deutlich stärker als das nominelle Wachstum zunehmen sollten. Dies impliziert tiefe Einschnitte in Bereichen, in denen staatliche Interventionen nicht länger erforderlich sind und Ineffizienzen bestehen. Verschiedene Produktivitäts- und Effizienzanalysen weisen auf erhebliche Effizienzreserven im öffentlichen Sektor sowie umfangreiche Subventionen mit entsprechenden Kürzungspotentialen in vielen EU-Ländern hin. Eine Feinetuning der Sozialsysteme ist möglich und empfehlenswert (z. B. die Abschaffung von Frühpensionsmöglichkeiten oder die Förderung von Gesundheitsvorsorge). Eine generelle Kürzung von Sozialleistungen, die grundlegende Elemente des Wohlfahrtsstaates nach europäischem Modell gefährden und die aggregierte Nachfrage dämpfen würde, ist zu vermeiden (Aiginger – Pitlik – Schratzenstaller, 2010). Die Kürzung von Transfers sowie von Gehältern im öffentlichen Dienst ist strukturell anzulegen. Eine Verringerung des öffentlichen Personalaufwandes spart kurzfristig Ausgaben; mittelfristig sollte der Aspekt der Effizienzsteigerung betont werden, und Einsparungen sollten durch die Abschaffung nicht mehr notwendiger Ausgaben sowie die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten erzielt werden. Um den Anstieg der Sozialausgaben einzudämmen, sind vor allem im Pensionsbereich Strukturmaßnahmen mit langfristiger Wirkung erforderlich. Die Anpassung des Pensionsantrittsalters an die erhöhte Lebenserwartung oder die Beseitigung spezieller Sonderrechte sind daher gegenüber kurzfristigen Ausgabenkürzungen zu bevorzugen.

Wirtschaftspolitische Prioritäten für Ausgabenkürzungen

Übersicht 3: Mögliche Wirkungen der Einführung oder Anhebung unterschiedlicher Abgabekategorien

	Wachstum	Beschäftigung	Nachfrage	Verteilung	Sonstige positive Effekte
Finanztransaktionssteuer	Neutral	Neutral	Neutral	Positiv	Stabilisierung der Finanzmärkte ¹⁾
Vermögensbezogene Steuern	Neutral	Neutral	Neutral	Positiv	–
Umweltsteuern	Neutral	Leicht negativ	Leicht negativ	Kompensation?	Umwelteffekte
Alkohol- und Tabaksteuern	Neutral	Neutral	Negativ	Negativ	Gesundheitspolitische Effekte
Umsatzsteuer	Im Allgemeinen keine Wirkung	Neutral	Negativ	Negativ	Keine
Unternehmenssteuern	Negativ	Negativ	Negativ	Neutral	Keine
Arbeitsbezogene Abgaben	Negativ	Negativ	Negativ	Negativ	Keine

Q: OECD (2010C, 2010D), WIFO. – ¹⁾ Eindämmung der kurzfristigen Spekulation.

Steuererhöhungen sollten zur Budgetkonsolidierung wachstums-, nachfrage- und verteilungsbewusst eingesetzt werden. Steuern mit Doppeldividende sind vorzuziehen (Finanztransaktionssteuern, Steuern auf Public Bads einschließlich Umweltsteuern). Einige Steuerkategorien beeinträchtigen das Wachstum stark (Besteuerung von Arbeit und Unternehmen), andere viel weniger (Steuern auf Verbrauch, Vermögen, Finanztransaktionen; Übersicht 3). Eine Verlagerung der Steuerlast weg von der Arbeit hin zu Vermögen und von verzerrenden Abgaben zu solchen auf Public Bads hat langfristig positive Wachstumswirkungen. Allerdings ist die Steigerung des Potentialwachstums nicht das einzige Ziel: Von großer Bedeutung sind auch die Stützung der privaten Nachfrage, die Beseitigung von Arbeitslosigkeit sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Verteilungsaspekte. Dies spricht gegen eine Anhebung der Umsatzsteuer als Teil eines Konsolidierungspakets, denn diese belastet besonders die unteren Einkommenschichten und dämpft den Konsum, der bislang insbesondere im Vergleich zu den Investitionen eine relativ stabile Nachfragekomponente ist. Aus beschäftigungs- und verteilungspolitischer Perspektive ist die Senkung des hohen Steuerkeils für niedrige Einkommen besonders wichtig. Nach der Konsolidie-

Wachstums-, Konjunktur- und Verteilungseffekte von Steuererhöhungen

rungsphase sollten die zuvor zur Konsolidierung verwendeten zusätzlichen Steuereinnahmen für die Senkung der Steuern auf Arbeit und Investitionen verwendet werden. Dies verbessert die Gesamtabgabenstruktur und bietet den privaten Haushalten und den Investoren die Perspektive einer langfristig konstanten Abgabenquote, die nur vorübergehend zur Budgetkonsolidierung erhöht wird.

Konsolidierungspläne in der EU

Bislang gibt es keinen vollständigen Überblick über Umfang und Struktur bereits umgesetzter bzw. geplanter Konsolidierungsmaßnahmen in der EU, obwohl eine Reihe von Ländern bereits 2009 und 2010 entsprechende Schritte gesetzt haben (*European Commission, 2010A*): 2009 überschritt das Konsolidierungsvolumen jenes der Konjunkturpakete in 10 und 2010 in 12 EU-Ländern. Gemessen an der Verringerung der strukturellen Defizite gegenüber dem Vorjahr wird das Konsolidierungsvolumen gemäß der aktuellen Herbstprognose der EU im EU-Durchschnitt 2011 knapp 1½% betragen, 2012 0,5%.

Aufgrund der lückenhaften Informationen kann derzeit nur eine vorläufige und grobe qualitative Abschätzung der Struktur der Konsolidierungsmaßnahmen in Europa versucht werden. Zudem haben die einzelnen Richtlinien in den einzelnen Ländern unterschiedliche Bedeutung, und es gibt beträchtliche Trade-offs in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation der öffentlichen Haushalte und der Gesamtwirtschaft: Wenn etwa die Konsolidierungserfordernisse besonders groß und dringlich sind, ist die Finanzierung einer proaktiven Komponente schwierig. Auch müssen weitergehende Untersuchungen die jeweiligen Problemlagen und Ausgangsbedingungen in einzelnen Politikfeldern berücksichtigen, was im Rahmen dieser ersten Einschätzung nicht geleistet werden kann.

Ausgabenseitige Maßnahmen dominieren

Der Anteil der ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen an den Konsolidierungspaketen kann für die gesamte EU mangels vergleichbarer Informationen noch nicht geschätzt werden. Aus den verfügbaren Informationen lässt sich jedoch Folgendes ableiten: Erstens verlassen sich fast alle Länder auf einen Mix aus ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen. Zweitens scheinen ausgabenseitige Maßnahmen ein höheres Gewicht zu haben als einnahmenseitige. In Deutschland etwa besteht das Konsolidierungspaket zu mehr als der Hälfte aus ausgabenseitigen Maßnahmen, in Italien und Spanien sind es jeweils drei Viertel (*G 20, 2010*); auch Großbritannien hat angekündigt, dass ausgabenseitige Maßnahmen überwiegen werden. Drittens bestehen Einnahmenerhöhungen fast ausschließlich aus Steuererhöhungen; Privatisierungserlöse spielen kaum eine Rolle (mit Ausnahme von Griechenland und Spanien).

Ausgabenkürzungen: Personalaufwand, Pensionen

Viele Länder haben eine Kürzung der Gehälter der öffentlich Bediensteten angekündigt. Am weitesten verbreitet scheinen Nulllohnrunden (z. B. Griechenland, Italien, Großbritannien, Litauen, Slowenien) oder allgemeine Gehaltskürzungen (neues Konsolidierungspaket Portugal, Irland, Spanien, Tschechien, Rumänien, Deutschland). Nachfrage- und verteilungsbewusste Gehaltskürzungen bzw. Nulllohnrunden, die auf die oberen Gehaltsstufen fokussieren, sind etwa in Portugal (erstes Konsolidierungspaket), Österreich und der Slowakei geplant. Aus den bisherigen Ankündigungen der EU-Länder sind wie in Österreich zumeist keine langfristigen Strukturformen zur Beseitigung von Ineffizienzen in der öffentlichen Verwaltung ersichtlich. Eine Ausnahme scheint Großbritannien zu sein, das umfangreichere Reformen in Richtung einer Dezentralisierung öffentlicher Aufgaben und Ausgaben plant.

Im Bereich der Kürzung von Sozialtransfers liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf den Pensionen bzw. den Pensionssystemen. Viele Länder haben unter dem krisenbedingten Konsolidierungsdruck Strukturformen im Pensionssystem bereits beschlossen oder zumindest konkrete Planungen vorgelegt⁸⁾. Diese sehen zumeist – mit sehr unterschiedlich langen Übergangsfristen – die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters vor (Griechenland, Bulgarien, Estland, Litauen, Malta, Rumänien, Slowenien und Ungarn auf 65 Jahre, Dänemark, Deutschland und Niederlande von 65 auf

⁸⁾ Vgl. zum Folgenden <http://www.politikportal.eu/europa/pensionen/>.

67 Jahre, Irland und Großbritannien sogar auf 68 Jahre, Frankreich auf 62 Jahre). Auch planen praktisch alle EU-Länder, in denen das gesetzliche Pensionsantrittsalter der Frauen noch unter jenem der Männer liegt, eine langfristige Harmonisierung (etwa Griechenland, Italien, Malta, Polen, Rumänien und Slowenien). Mehrere Länder (z. B. Griechenland, Bulgarien, Finnland, Frankreich, Italien, Portugal, Rumänien, Slowenien, Estland und Österreich) streben eine Anhebung nicht des gesetzlichen, sondern des tatsächlichen Pensionsantrittsalters an. Neben diesen zum großen Teil erst mittelfristig wirksamen Maßnahmen greift eine kleinere Gruppe von Ländern auf kurzfristige Einsparungen zurück, indem sie die Pensionsleistungen für alle öffentlich Bediensteten und/oder vormals im privaten Sektor Beschäftigten einfrieren oder nominell bzw. real (durch Anpassungen unterhalb der Inflationsrate) kürzen; in den wenigsten Fällen (so etwa in Österreich) erfolgt dies verteilungs- und nachfragebewusst sozial gestaffelt.

Falls eine langfristige Finanzierungslücke erwartet wird, können die kurz- und langfristigen wirksamen Maßnahmen in einzelnen EU-Ländern strukturell ungenügend sein. Allerdings können hier die Maßnahmen einzelner Länder im Bereich der Pensionsfinanzierung nicht im Detail vor dem Hintergrund einer etwaigen langfristigen Gefährdung der Tragfähigkeit der Pensionssysteme untersucht werden. Die Pensionssysteme der EU-Länder unterscheiden sich erheblich allein bezüglich des gesetzlichen und des tatsächlichen Pensionsantrittsalters, und einige Länder (z. B. Schweden, Tschechien oder Österreich) haben bereits vor der Krise langfristige Strukturreformen zur Sicherung der finanziellen Nachhaltigkeit der Pensionssysteme eingeleitet.

Eine allgemeine Kürzung der Sozialleistungen ist bislang in keinem EU-Land geplant. Allerdings kürzt z. B. Deutschland bestimmte Transfers für die unteren Einkommenschichten, was weder nachfrage- noch verteilungsbewusst ist. Großbritannien dagegen fokussiert auf die Kürzung von Kinderbeihilfen für obere Einkommenschichten. Die in Österreich geplanten Kürzungen der Familien- und Pflegeleistungen belasten die Gruppen mit niedrigeren Einkommen relativ stärker; auch dies ist aus der Nachfrage- und der Verteilungsperspektive unbefriedigend. Darüber hinaus ist zu prüfen, wieweit Konsolidierungsmaßnahmen im Sozialbereich in Strukturreformen eingebettet sind. Während Großbritannien umfassende Reformen im Bereich der Sozialtransfers vorsehen dürfte, sind etwa in Österreich kaum Strukturreformen im Bereich der Familienleistungen⁹⁾ oder der Pflegeleistungen geplant.

Die bisher angekündigten Konsolidierungspakete sind mehrheitlich nicht in umfassende Reformbemühungen zur Steigerung des langfristigen Wachstums eingebunden. In einigen Ländern finden sich punktuelle Ansätze für proaktive Maßnahmen. So erhöht Deutschland die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft in den nächsten Jahren deutlich. In Österreich sind zusätzliche Ausgaben zur Förderung der thermischen Sanierung sowie geringfügige Mehrausgaben für Bildung geplant. Finnland diskutiert die Einführung eines Steuerfreibetrags für Forschungsausgaben. Griechenland beseitigt einige Hindernisse für den Marktzugang in bestimmten Sektoren (Transportsektor usw.). Die Länder mit großem Leistungsbilanzdefizit (Griechenland, Portugal) haben noch keine Programme zur Förderung von Unternehmensgründungen, ausländischen Direktinvestitionen oder anderen Maßnahmen zur Verbreiterung der produktiven Basis auf den Weg gebracht. Die Notwendigkeit einer "wachstumsbewussten" Konsolidierung wurde jedoch im Schlusssdokument des G-20-Gipfels von Seoul im November 2010 erkannt und findet zunehmend Eingang in Dokumente des Währungsfonds und der OECD (auch wenn "wachstumsbewusst" dann oft mit der Implementierung von Strukturreformen zur Stärkung der Markteffizienz gleichgesetzt wird statt mit der Forcierung von Zukunftsinvestitionen).

Allerdings planen nur wenige Länder jene Ausgaben zu senken, die Wachstumstreiber sind. Griechenland kürzt die Ausgaben für Bildung und öffentliche Investitionen; in Irland, Portugal und Spanien sinken ebenfalls die öffentlichen Investitionen. Großbritannien friert die Forschungs- und Entwicklungsausgaben ein und wendet weniger

**Proaktive Komponenten
und langfristige Strategie
fehlen**

⁹⁾ Zu Reformbedarf und -optionen in der Familienförderung in Österreich siehe Lutz – Schratzenstaller (2010).

für Universitäten auf. Auch in Österreich gehen die Ausgaben für Forschung, Wissenschaft und Umwelt in den nächsten Jahren insgesamt zurück.

Die Integration der Budgetkonsolidierung in ein langfristiges wirtschaftspolitisches Konzept, das sich den großen Herausforderungen der Zukunft stellt, ist in den vorliegenden Konsolidierungsplänen nur ansatzweise sichtbar. Die bedeutendsten Ausnahmen sind die genannten Strukturreformen in den Pensionssystemen und die Anhebung von Umweltsteuern, die aber in keinem EU-Land in eine längerfristig orientierte ökologische Abgabenstrukturreform eingebunden ist. Budgetkonsolidierung wird als isolierte Strategie verfolgt, die weitgehend ohne Verbindung zu anderen langfristig angelegten Politikstrategien (etwa "Europa 2020") steht. Weder Nachfragebewusstsein noch eine proaktive wachstumsfördernde Komponente scheint einen großen Stellenwert zu haben.

Struktur der Steuererhöhungen

Weit verbreitet und im Hinblick auf die zusätzlichen Einnahmen die bedeutendste einnahmenseitige Konsolidierungsmaßnahme ist die Anhebung der Umsatzsteuer, wobei zumeist der Regelsteuersatz hinaufgesetzt wird (Übersicht 4). Seit 2009 erhöhten 13 EU-Länder den Regelsteuersatz, sodass der durchschnittliche Steuersatz zwischen 2008 und 2010 um 1 Prozentpunkt von 19,4% auf 20,4% steigt und 2011 20,7% erreichen wird. Einen oder alle ermäßigten Umsatzsteuersätze heben 7 EU-Länder an. Auch wenn eine Erhöhung der Umsatzsteuer langfristig weniger verzerrend und wachstumsdämpfend wirken mag als andere Abgabenkategorien, belastet sie doch kurzfristig die Konsumnachfrage und hat verteilungspolitisch problematische Wirkungen.

Viele Länder erhöhen lenkungspolitisch sinnvolle Steuern auf Public Bads, meist in Form von Umweltsteuern und der Tabaksteuer, einige auch die Steuern auf Alkohol oder Glücksspiel. Dabei werden im Rahmen der Umweltbesteuerung überwiegend bestehende Steuern angehoben, nur wenige Länder führen innovative Steuerinstrumente ein: etwa Deutschland und Österreich eine Flugticketabgabe oder Irland und Griechenland eine CO₂-Steuer. In der Regel ist dabei keine Kompensation für die unteren Einkommensschichten geplant.

Einige wenige Länder erhöhen vermögensbezogene Steuern, vor allem die Grundsteuer. Eine Anhebung von Steuern auf Kapitalerträge oder von Luxussteuern spielt ebenfalls nur eine begrenzte Rolle, und auch auf Körperschaftsteuererhöhungen wird kaum zurückgegriffen. Der Einkommensteuerspitzensatz wird in immerhin 9 EU-Ländern hinaufgesetzt. Eine Bonussteuer wird (zeitlich befristet) in Griechenland, Frankreich und Großbritannien erhoben. Deutschland, Frankreich, Österreich, Schweden, Großbritannien und Ungarn führen eine Bankenabgabe ein.

Eher unbedeutend sind schließlich Versuche, gegen Steuerhinterziehung vorzugehen (Griechenland, Großbritannien, Litauen).

Der Hauptanteil der zusätzlichen Steuereinnahmen stammt somit aus der regressiven Anhebung der Umsatzsteuer. Wo Umweltsteuern oder sonstige Steuern auf Public Bads erhöht werden, ist für die relativ höher belasteten unteren Einkommensschichten in der Regel kein sozialer Ausgleich vorgesehen. Änderungen von Steuern auf höhere Einkommen, Kapitalerträge und Vermögen spielen eine geringere Rolle als die der Verbrauchssteuern. Daher wird die Polarisierung zwischen hohen und niedrigen Erwerbseinkommen und Vermögenseinkommen, die vor der Wirtschaftskrise zu beobachten war, durch die Konsolidierungsmaßnahmen kaum gemildert.

Kein EU-Land hat bisher umfassende Strukturreformen angekündigt, die das Abgabensystem wachstums- und beschäftigungsfreundlicher machen würden und in die die beschlossenen bzw. geplanten Steuererhöhungen eingebettet wären, um langfristig die zusätzlichen Einnahmen zur Senkung anderer Steuern mit verzerrenden Wirkungen (vor allem Abgaben auf die Arbeit) zu verwenden.

Schlussfolgerungen

Die Gestaltung einer Strategie zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Kurzfristig können Konsolidierungsmaßnahmen einen Rückgang der aggregierten Nachfrage zur Folge haben. Dieser Zeitraum kann aber kurz gehalten und der negative Effekt gemildert werden, wenn die Konsolidierungsstrategie durch geeignete Maßnahmen flankiert wird. Langfristig muss das Wachstum

nicht negativ betroffen sein; auch positive Wachstumseffekte der Konsolidierung sind langfristig möglich, allerdings nur wenn die Budgetkonsolidierung auf einer kohärenten Strategie basiert, die konsistent verfolgt wird, gut kommuniziert und als fair akzeptiert wird, wenn sie Wachstums- und Nachfrageaspekte berücksichtigt und von komplementären Reformen begleitet wird.

Übersicht 4: Geplante und realisierte Steuererhöhungen in der EU seit 2009

	Umsatzsteuer	Umweltsteuern	Tabaksteuer	Alkoholsteuern	Einkommensteuer (Spitzensteuersatz)	Sonstige und innovative Steuern
Dänemark		X	X			Verschiedene gesundheitsbezogene Abgaben, Steuer auf Süßigkeiten
Deutschland		X	X			Flugticketabgabe, Bankenabgabe
Irland	X	X	X		X	Besteuerung von Zinserträgen und Veräußerungsgewinnen, CO ₂ -Abgabe, Grundsteuer, Senkung Grundfreibetrag in der Einkommensteuer
Griechenland	X	X	X	X	X	Grundsteuer, Erbschaftssteuer, Luxussteuer, Bonussteuer, CO ₂ -Abgabe, Steuer auf nichtalkoholische Getränke, Glücksspielsteuer, Sondersteuer für gewinnbringende Unternehmen
Spanien	X	X	X		X	Bekämpfung der Steuerhinterziehung
Frankreich					X	Besteuerung von Zinserträgen, Dividenden und Veräußerungsgewinnen, Vermögensteuer
Luxemburg					X	Besteuerung von Zinserträgen, Dividenden und Veräußerungsgewinnen, Bankenabgabe, Bonussteuer
Österreich		X	X			Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, Besteuerung von Stiftungen, Bankenabgabe, Flugticketabgabe
Portugal	X				X	
Schweden						Bankenabgabe
Finnland	X		X			Steuer auf Zucker und Soft Drinks, Sozialversicherungsbeiträge
Großbritannien	X	X	X	X	X	Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, Bankenabgabe, Bonussteuer ²⁾ , Glücksspielsteuer
Bulgarien		X	X			Bekämpfung der Steuerhinterziehung
Tschechien	X					Luxussteuer, Grundsteuer, Glücksspiel
Estland	X	X	X	X	X ¹⁾	Sozialversicherungsbeiträge
Zypern						Körperschaftsteuer, Sozialversicherungsbeiträge
Lettland	X	X	X	X	X	Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, Dividenden und Zinserträgen, Grundsteuer, Steuer auf Kaffee und nichtalkoholische Getränke
Litauen	X	X	X	X		Körperschaftsteuer ²⁾
Ungarn	X	X	X	X		Bekämpfung der Steuerhinterziehung
Rumänien	X	X	X	X		Sondersteuer auf Energie-, Telekommunikations- und Handelskonzerne, Bankenabgabe
Slowenien		X	X	X		Sozialversicherungsbeiträge
Slowakei	X ²⁾	X	X	X		
	13 Länder	15 Länder	16 Länder	9 Länder	9 Länder	

Q: European Commission (2010B), WIFO. – ¹⁾ Verschiebung der geplanten Steuersatzsenkung. – ²⁾ Temporär.

Da eine Konsolidierungsstrategie nicht isoliert verfolgt werden darf und nicht die einzige Priorität der Wirtschaftspolitik ist, muss sie in eine umfassende Strategie zur Förderung von Wachstum, Schaffung von Beschäftigung und Bewältigung der langfristigen Probleme und Herausforderungen eingebettet werden. Das fiskalische und budgetäre Regelwerk sollte angepasst werden, um die Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltes und einer nachhaltigen Staatsverschuldung zu erleichtern.

Vor diesem Hintergrund sollen die vorgeschlagenen zehn Leitlinien die Budgetkonsolidierung unterstützen und gleichzeitig helfen, die langfristigen Wachstumstreiber zu stimulieren, das Wirtschaftssystem ökologisch nachhaltiger zu machen und den Trend zu einer zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen zu korrigieren. Die Herausforderungen aus dem Klimawandel, dem Programm "Europa 2020", einer Forcierung von Forschung, Entwicklung und Bildung sowie aus der demographischen Alterung können während der Konsolidierungsperiode nicht ausgeblendet werden.

Die bisher vorgelegten Konsolidierungsprogramme der EU-Länder scheinen (mit der Ausnahme von Strukturreformen in den Pensionssystemen wie der Anhebung des Pensionsantrittsalters) insgesamt eher den "einfachen Weg" zu gehen, etwa indem eine einfach durchzusetzende, aber wenig nachhaltige kurzfristige Kürzung der öffentlichen Gehälter oder die Anhebung von Steuern auf den Konsum als größte Nachfragekomponente vorgesehen ist, ohne zugleich umfassende Strukturreformen in den öffentlichen Ausgaben und im Abgabensystem zu beginnen. Probleme, die vor der Wirtschaftskrise bereits bestanden oder gar zu ihr beitrugen, werden dabei weitgehend ignoriert. Einige punktuelle strategische Maßnahmen werden gesetzt (Besteuerung von Boni, Bankenabgabe, Besteuerung höherer Einkommen und Vermögen, Steuern auf Public Bads, Anhebung des gesetzlichen und/oder tatsächlichen Pensionsantrittsalters), aber ihr Gewicht ist begrenzt. Bislang bestehen nur ansatzweise Querverbindungen zwischen den Konsolidierungsprogrammen und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Klimawandels oder der Bewältigung des demographischen Wandels. Auch sind die proaktiven Elemente der Konsolidierungspakete zu wenig entschieden. Die Maßnahmen können zudem kaum zur Milderung der steigenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen beitragen. Sie werden international zu wenig koordiniert, daher können potentielle lenkungs- und politikpolitisch sinnvolle Steuereinnahmen, etwa aus einer Finanztransaktionssteuer oder der Besteuerung von Kerosin, nicht realisiert werden. Derzeit besteht die Gefahr, dass die Länder mit großem Konsolidierungsbedarf ihre Inlandsnachfrage drosseln (etwa durch die Anhebung der Umsatzsteuer oder der Unternehmensbesteuerung), aber die Budgetziele wegen der entsprechend gedämpften Wirtschaftsleistung dennoch nicht erreichen. Bei einem Zinssatz von 5% ist jede Konsolidierung eines hochverschuldeten Staates schwierig. Eine Zinssatzsenkung und/oder eine Teilentschuldung sind Bestandteil fast aller erfolgreichen Konsolidierungsstrategien, besonders wenn der Wechselkurs fixiert ist.

Der anspruchsvollere Weg wäre zu versuchen, den Wachstumspfad während der Konsolidierungsphase zu heben. Die Wirtschaft wuchs in Europa schon vor der Wirtschaftskrise nur mäßig; die Krise bewirkte einen Verlust an Potentialwachstum. Bei schwachem Wachstum kann die Budgetkonsolidierung nicht gelingen. Eine proaktive Komponente müsste daher Forschung und Wissenschaft, Bildung, Qualifizierung, Steigerung der Energieeffizienz und des Einsatzes alternativer Energien sowie die Binnennachfrage zumindest in Ländern mit ausgeglichener oder positiver Leistungsbilanz unterstützen. Auch müssten die Einkommensunterschiede verringert werden, statt ihre weitere Zunahme zu tolerieren. Die Einkommens- und Vermögensdifferenziale vergrößern sich mittelfristig und tragen zur Instabilität der Nachfrage sowie des Finanzsektors bei. Ein Ansatz wäre die Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik.

Der anspruchsvollere Weg würde auch erfordern, dem Anstieg der öffentlichen Ausgaben (EU 27 2007/2010 von 45,6% auf 50,6% des BIP) primär durch Abbau von Subventionen, Steigerung der Verwaltungseffizienz und Beseitigung von Ineffizienzen im öffentlichen Sektor entgegen zu wirken. Steuererhöhungen können zwar zweckmäßig sein, sollten aber nur befristet eingesetzt werden, bzw. die Zusatzeinnahmen sollten nach Abschluss der Sanierung der öffentlichen Haushalte zur Senkung verzerrender Abgaben verwendet werden. Zu bevorzugen sind Steuern mit doppelter Dividende für Umwelt oder Gesundheit. Gleichzeitig sollte die Abgabenstruktur umfassend reformiert werden – weg von wachstums- und beschäftigungsdämpfenden Steuern hin zu wachstums-, beschäftigungs- und investitionsfreundlicheren Abgaben.

Literaturhinweise

- Afonso, A., "Expansionary Fiscal Consolidations in Europe: new Evidence", *Applied Economics Letters*, 2010, 17(2), S. 105-109.
- Aiginger, K. (2010A), "The Great Recession versus the Great Depression: Stylized Facts on Siblings That Were Given Different Foster Parents", *Economics – The Open-Access, Open-Assessment E-Journal*, 2010, 4(2010-18), <http://www.economics-ejournal.org/economics/journalarticles/2010-18>.
- Aiginger, K. (2010B), "Post Crisis Policy: Some Reflections of a Keynesian Economist", in Dullien, S., Hein, E., Truger, A., van Treeck, T. (Hrsg.), *The World Economy in Crisis – the Return of Keynesianism?*, Metropolis, Marburg, 2010.
- Aiginger, K. (2010C), *Why Performance Differed Across Countries in the Recent Crisis*, Wien, 2010 (mimeo).

- Aiginger, K., Böheim, M., Budimir, K., Gruber, N., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., Walterskirchen, E., Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich, WIFO, Wien, 2010, http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38441&typeid=8&display_mode=2.
- Aiginger, K., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., "Optionen zur Konsolidierung in Österreich. Ausgangslage und Erfolgsbedingungen", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(3), S. 219-232, http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38963&typeid=8&display_mode=2.
- Alesina, A., Ardagna, S., "Large Changes in Fiscal Policy: Taxes versus Spending", NBER Working Paper, 2009, (15438).
- Blanchard, O., Cottarelli, C., Ten Commandments for Fiscal Adjustment in Advanced Economies, VOX, 28. Juni 2010, <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/5247>.
- European Commission (2010A), Public Finances in EMU, Brüssel, 2010.
- European Commission (2010B), Taxation Trends in the European Union, Luxemburg, 2010.
- European Commission (2010C), European Economic Forecast – Autumn Forecast 2010, Brüssel, 2010, http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2010_autumn_forecast_en.htm.
- G 20, Table: Policy Commitments by G20 Members, Unterlage für den G-20-Gipfel 2010 in Seoul, Seoul, 2010.
- Giavazzi, F., Pagano, M., "Can Severe Fiscal Constraints be Expansionary? Tales of Two Small European Countries", NBER Macroeconomic Annual, 1990, 5, S. 75-116.
- Henriksson, J., Ten Lessons About Budget Consolidation, Brüssel, 2007.
- International Monetary Fund (IMF), World Economic Outlook. Rebalancing Growth, Chapter 4, Washington, D.C., 2010.
- Lutz, H., Schratzenstaller, M., "Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien durch die öffentlichen Haushalte", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(8), S. 661-674, http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40330&typeid=8&display_mode=2.
- Marterbauer, M., "Budgetpolitik im Zeitalter verminderter Erwartungen", WIFO Working Papers, 2010, (366), http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38981&typeid=8&display_mode=2.

Consolidating the Budget Under Difficult Conditions – Ten Guidelines Viewed Against Europe's Beginning Consolidation Programmes – Summary

Apparently the consolidation programmes that individual EU countries have presented so far broadly tend to take "the easy road". The latter includes short-term cuts in public sector pay, which are easy to push through, but do not lead to a lasting improvement of public finances, as well as an increase of taxes on consumption, the largest component of aggregate demand. These measures are implemented without simultaneously initiating comprehensive structural reforms of government spending as well as tax systems. They largely disregard the problems which already existed before the economic crisis or even contributed to it.

A few strategic measures are implemented in certain areas (such as the taxation of bonuses, a bank levy, taxation of high incomes and wealth, taxes on public bads, raising the statutory or actual retirement age), but their impact is limited. So far there are only rudimentary links between the consolidation programmes and other objectives such as fighting unemployment or climate change or coping with ageing. In addition, the proactive elements of the consolidation packages are not determined enough and cannot contribute substantially to a mitigation of the unequal distribution of income and wealth. Further, the national consolidation strategies are insufficiently coordinated at the international level. For this reason potential revenues from taxes such as a financial transactions tax or a tax on kerosene, which would yield double dividends, cannot be realised.

Against this background ten guidelines proposed by WIFO are to support budget consolidation while at the same time helping to spur the driving forces of long-term economic growth, to make the economic system ecologically more sustainable and to reverse the trend of an increasingly unequal distribution of income and wealth. Climate change, the project "Europe 2020", the necessity of investment into research and development as well as education and the ageing population cannot be ignored during the consolidation period.

Guideline 1: Budget consolidation can be integrated into a coherent strategy.

Guideline 2: It is easier to consolidate the budget when the objective and the strategy are communicated appropriately and the vision behind them is clearly discernible.

Guideline 3: Consolidation and proactive measures are two sides of the same coin.

Guideline 4: A consolidation strategy will be more successful if there is a fair distribution of burdens.

Guideline 5: Consolidation, stimulus for growth and employment as well as structural reforms can go hand in hand.

Guideline 6: Private consumption and private investment support budget consolidation.

Guideline 7: In countries with a trade surplus consolidation is easier if domestic demand is increased.

Guideline 8: Spending cuts are the most important pillar of a successful consolidation.

Guideline 9: Priorities in economic policy provide an orientation for the choice of concrete spending cuts.

Guideline 10: Tax increases differ in their effects on growth, the business cycle and distribution.

- OECD (2010A), Economic Outlook, Paris, 2010, (88).
- OECD (2010B), Preparing Fiscal Consolidation, OECD Economics Department, Paris, 2010.
- OECD (2010C), Tax Policy Reform and Fiscal Consolidation, Tax Policy Brief, Paris, 2010.
- OECD (2010D), Tax Policy Reform and Economic Growth, OECD Tax Policy Studies, Paris, 2010, (20).
- Pitlik, H., Gruber, N., Walterskirchen, E., "Erfolgsfaktoren von Budgetkonsolidierungsstrategien im internationalen Vergleich", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(3), S. 233-245, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38964&typeid=8&display_mode=2.
- Schatzenstaller, M., "Budgetkonsolidierung – allgemeine Überlegungen und Perspektiven für Österreich", in Steger, G. (Hrsg.), Öffentliche Haushalte in Österreich, 3. Auflage, Wien, 2010, S. 121-166.
- Truger, A., Rietzler, K., Will, H., Zwiener, R., Kunert, B., Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung. Budgetkonsolidierung in Österreich nach der Rezession, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, 2010.
- Weber, J., "Stimulus Impact will Fade in 6 Months", The Washington Times, 14. Jänner 2010, <http://www.washingtontimes.com/news/2010/jan/14/stimulus-impact-will-fade-6-months/>.

Kristina Budimir, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Ulrike Huemer, Christine Mayrhuber

Erwerbsinaktivität und soziale Sicherungssysteme: Ein europäischer Vergleich

Österreich weist in einem Vergleich mit acht europäischen Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Niederlande, Schweden und Slowenien) eine leicht überdurchschnittliche Erwerbstätigenquote und einen relativ geringen Anteil der Arbeitslosen auf. Gleichzeitig liegt die Erwerbsinaktivitätsquote leicht über dem Durchschnitt. Ein vergleichsweise hoher Anteil der Nichterwerbspersonen mit grundsätzlicher Arbeitsbereitschaft deutet auf ein großes ungenutztes Erwerbspotential hin. Spielraum zur Steigerung des Arbeitskräfteangebotes besteht für die Sozialpolitik in erster Linie in Bezug auf Frauen mit Betreuungspflichten und auf ältere Personen im Ruhestand.

Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse der folgenden WIFO-Studie im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich zusammen: Ulrike Famira-Mühlberger (Koordination), Kristina Budimir, Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktpersistenz in der EU. Hauptergebnisse, Vertiefende Analyse (März 2010, 127 bzw. 98 Seiten, je 50 €, kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38863&typeid=8&display_mode=2, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38911&typeid=8&display_mode=2) • Begutachtung: Eva Rückert • Wissenschaftliche Assistenz: Silvia Haas • E-Mail-Adressen: Ulrike.Famira-Muehlberger@wifo.ac.at, Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at, Rainer.Eppel@wifo.ac.at

Die Analyse der beschäftigungspolitischen Performance einer Volkswirtschaft beruht auf drei wesentlichen Indikatoren: der Erwerbstätigenquote, der Arbeitslosenquote und der Erwerbsinaktivitätsquote. Die Arbeitslosenquote allein bildet den Umfang des unausgeschöpften Erwerbspotentials nur unzureichend ab, da auch ein Teil der Erwerbsinaktiven potentiell Erwerbspersonen sind.

Für die Interpretation länderspezifischer Besonderheiten dieser Indikatoren spielt die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme eine zentrale Rolle. Zum einen wirken diese direkt auf das individuelle Arbeitskräfteangebot. Zum anderen erfolgt die Einstufung als erwerbstätig, erwerbslos oder inaktiv in der Arbeitsmarktstatistik zwar nach einheitlichen Kriterien, doch wird sie durch länderspezifische sozialrechtliche Regelungen wie z. B. die Definition von Erwerbsfähigkeit beeinflusst. Personen in ähnlicher Lebenslage können je nach Land in unterschiedlichen sozialen Sicherungssystemen aufscheinen und unterschiedlichen Arbeitsmarktgruppen zugeordnet werden.

Als Datengrundlage der Analyse der Arbeitsmarktpersistenz in neun EU-Ländern (Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Niederlande, Slowenien, Finnland, Schweden und Großbritannien) und der Auswirkungen der nationalen sozialen Sicherungssysteme auf die Erwerbsinaktivität durch das WIFO (Famira-Mühlberger et al., 2010A, 2010B) diente die Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey). Zusätzlich zu den auf europäischer Ebene verfügbaren Daten, nationalen Statistiken und der europäischen MISSOC-Datenbank wurden nationale Experten und Expertinnen befragt, um der Komplexität der Arbeitsmarktinstitutionen Rechnung zu tragen. Der vorliegende Beitrag fasst die wesentlichen Erkenntnisse der Studie zusammen¹⁾.

¹⁾ Die Studie beschäftigt sich darüber hinaus mit möglichen (Re-)Integrationsmaßnahmen in Österreich. Auf diesen Teil der Arbeit wird hier nicht eingegangen.

Österreichs Arbeitsmarktperformance im Vergleich

Die neun hier untersuchten Länder weisen in der EU 15 bzw. EU 27 eine überdurchschnittlich gute Arbeitsmarktperformance auf. Im Jahr 2008 lag der Anteil der Erwerbstätigen in der Ländergruppe mit 71,8% der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung über dem Durchschnitt der EU 15 (67,3%) und der EU 27 (65,9%), der Anteil der Arbeitslosen war mit 4,0% (EU 15 5,2%, EU 27 5,0%) und jener der Nichterwerbspersonen mit 24,3% (EU 15 27,5%, EU 27 29,1%) jeweils niedriger.

Gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) lagen die Erwerbstätigenquote (72,1%) und die Inaktivitätsquote (25,0%) in Österreich im Jahr 2008 etwas über dem Durchschnitt der neun hier untersuchten europäischen Länder; der Anteil der Arbeitslosen war dagegen relativ gering (2,9%). Die beste Arbeitsmarktperformance wies Dänemark auf mit der höchsten Erwerbstätigenquote (78,1%) und der geringsten Inaktivitätsquote (19,2%) unter den neun Ländern sowie einem relativ niedrigen Anteil an Arbeitslosen (2,7%). Am anderen Ende des Spektrums findet sich Belgien mit der niedrigsten Erwerbstätigenquote (62,4%), dem höchsten Anteil an Inaktiven (32,9%) und einem überdurchschnittlichen Arbeitslosenanteil (4,7%) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Abbildung 1: Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) nach Erwerbsstatus

2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. Keine Arbeitslosenquote nach ILO-Definition, sondern Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

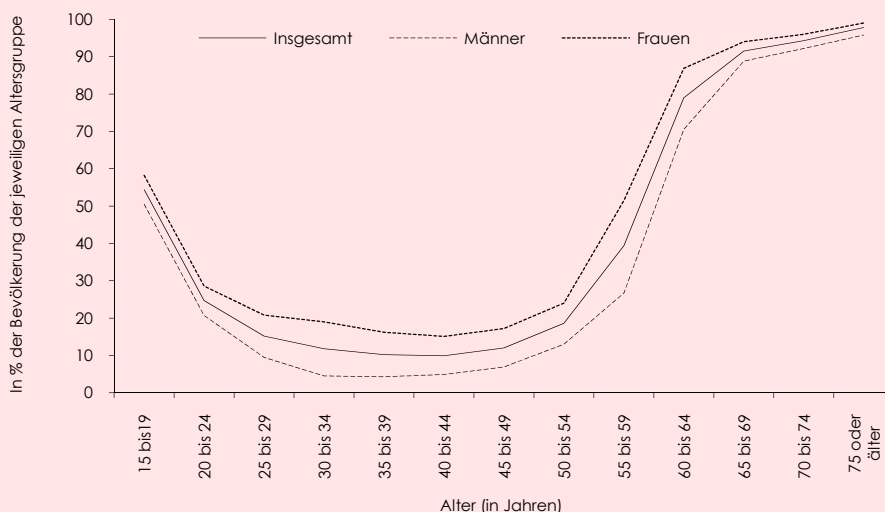
In allen neun untersuchten Ländern sind Frauen seltener erwerbstätig als Männer. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2008 zwischen 56,2% (Belgien) und 74,3% (Dänemark) und war in Österreich mit 65,8% leicht unterdurchschnittlich (neun Länder 67,1%). Die Differenz der Erwerbstätigenquote zwischen Männern und Frauen war in Österreich mit 12,7 Prozentpunkten am größten, in Finnland mit 4,2 Prozentpunkten am geringsten. Der geschlechtsspezifische Unterschied war besonders ausgeprägt im Alter zwischen 25 und 40 Jahren – einem Lebensabschnitt, in dem häufig eine Familie gegründet und Kinder großgezogen werden – sowie im Alter zwischen 55 und 60 Jahren, in dem häufig der Übergang in den Ruhestand erfolgt (Abbildung 2).

Österreich zählte 2008 zu den Ländern mit überdurchschnittlicher Erwerbstätigenquote der 15- bis 24-Jährigen (55,9%). Am höchsten war sie in den Niederlanden (69,3%), am niedrigsten in Belgien (27,4%). Im Haupterwerbsalter (25 bis 49 Jahre) unterscheidet sich die Erwerbstätigenquote zwischen den Ländern am wenigsten. Sie lag zwischen 81,6% (Großbritannien) und 88,6% (Slowenien); in Österreich entsprach sie mit 85,3% dem Länderdurchschnitt. In der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen waren in Österreich nur 55,3% erwerbstätig (Länderdurchschnitt 61,4%) und 43,3% inaktiv (Länderdurchschnitt 36,1%). In dieser Altersgruppe ist die Bandbreite der Erwerbstätigenquote in den untersuchten Ländern besonders groß (Belgien 48,0%, Schwe-

den 74,9%). Umgekehrt war der Anteil der Nichterwerbspersonen in Schweden mit 22,2% am niedrigsten und in Belgien mit 49,7% am höchsten.

Abbildung 2: Nichterwerbspersonen in Österreich nach Altersgruppen

2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. Keine Arbeitslosenquote nach ILO-Definition, sondern Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Die Gründe der Erwerbsinaktivität sind in den untersuchten Ländern heterogen und spiegeln u. a. die Unterschiede zwischen den Sozialsystemen wider. Quantitativ am bedeutendsten sind im Durchschnitt der untersuchten Länder Ausbildung und berufliche Fortbildung vor Pension und Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit. Geringes Gewicht haben Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen, andere persönliche Gründe und die Annahme, dass keine geeignete Arbeit verfügbar wäre.

Bezogen auf die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) haben in Österreich zum einen die Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung und zum anderen der Ruhestand die quantitativ größte Bedeutung als Gründe, dem Arbeitsmarkt fernzubleiben. Im Jahr 2008 waren 7,0% der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung aufgrund von Ausbildung oder beruflicher Fortbildung erwerbsinaktiv (Länderdurchschnitt 8,0%), 8,6% aufgrund des Ruhestands (Länderdurchschnitt 5,5%). Neben dem Ruhestand fallen in Österreich auch die Betreuungsverpflichtungen gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen (2,8%, Länderdurchschnitt 1,9%) und "andere persönliche oder familiäre Gründe" (vorwiegend Frauen, die ausschließlich im Haushalt tätig sind; Österreich 2,9%, Länderdurchschnitt 1,5%) überproportional ins Gewicht. Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit hat hingegen (2,2%, Länderdurchschnitt 4,7%) eine verhältnismäßig geringe Bedeutung.

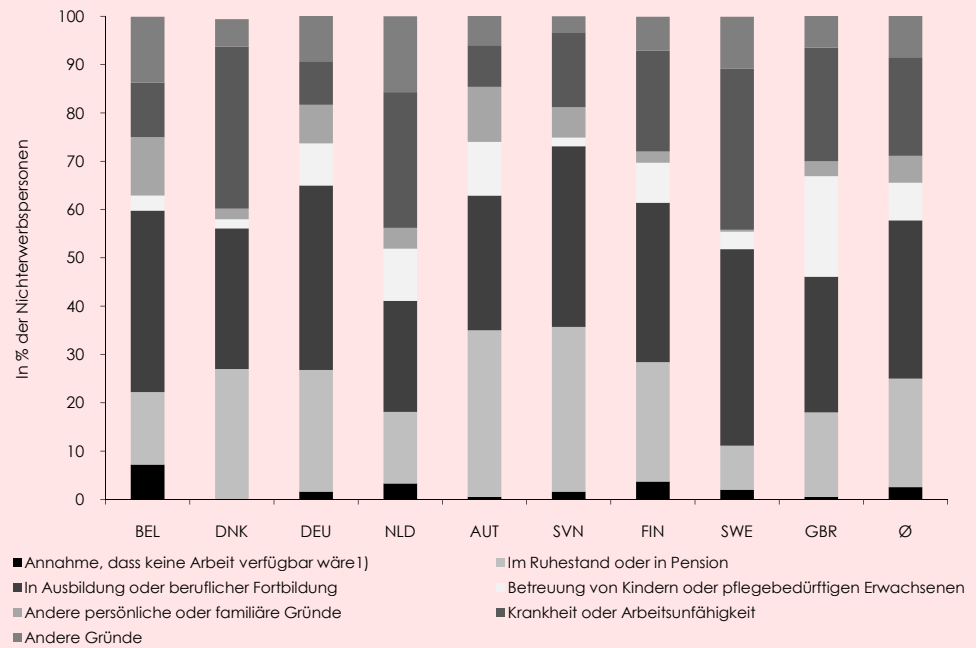
Für die 15- bis 24-Jährigen ist die Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung in allen neun untersuchten Ländern der dominierende Grund der Erwerbsinaktivität. In Österreich blieben 2008 32,1% aller Männer und 37,3% aller Frauen dieser Altersgruppe deshalb dem Arbeitsmarkt fern (90,8% bzw. 86,7% der Nichterwerbspersonen in dieser Altersgruppe). Am niedrigsten war die ausbildungsbedingte Erwerbsinaktivitätsquote der 15- bis 24-Jährigen mit 79,0% in Schweden, am höchsten mit 94,9% in Slowenien.

Im Haupterwerbssalter (25 bis 49 Jahre) sind für Frauen die Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen der mit Abstand wichtigste Grund, nicht auf dem Arbeitsmarkt präsent zu sein (Österreich 8,3% aller Frauen bzw. 47,8% der erwerbsinaktiven Frauen in dieser Altersgruppe). International liegt dieser Anteil zwischen 8,1% in Dänemark und 59,7% in Großbritannien. Auch "andere persönliche oder familiäre Gründe" sind für 25- bis 49-jährige Frauen häufig ausschlag-

Gründe der Inaktivität

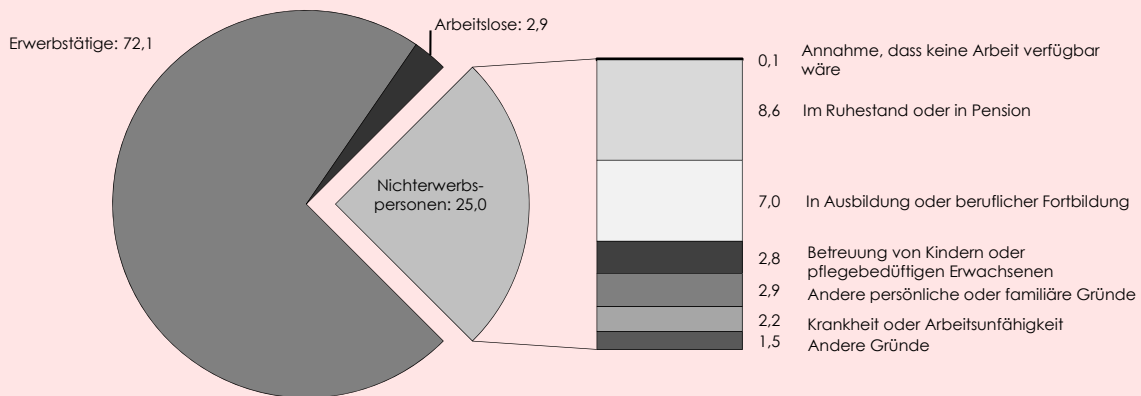
gebend für die Erwerbsinaktivität (Österreich 3,7% aller Frauen bzw. 21,3% aller erwerbsinaktiven Frauen der Altersgruppe).

Abbildung 3: Gründe der Inaktivität der 15- bis 64-jährigen Nichterwerbspersonen 2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. – 1) Für Dänemark keine Daten verfügbar, daher Summe kleiner als 100%.

Abbildung 4: Bevölkerung in Österreich (15 bis 64 Jahre) nach Erwerbsstatus und Gründen der Erwerbsinaktivität 2008, in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

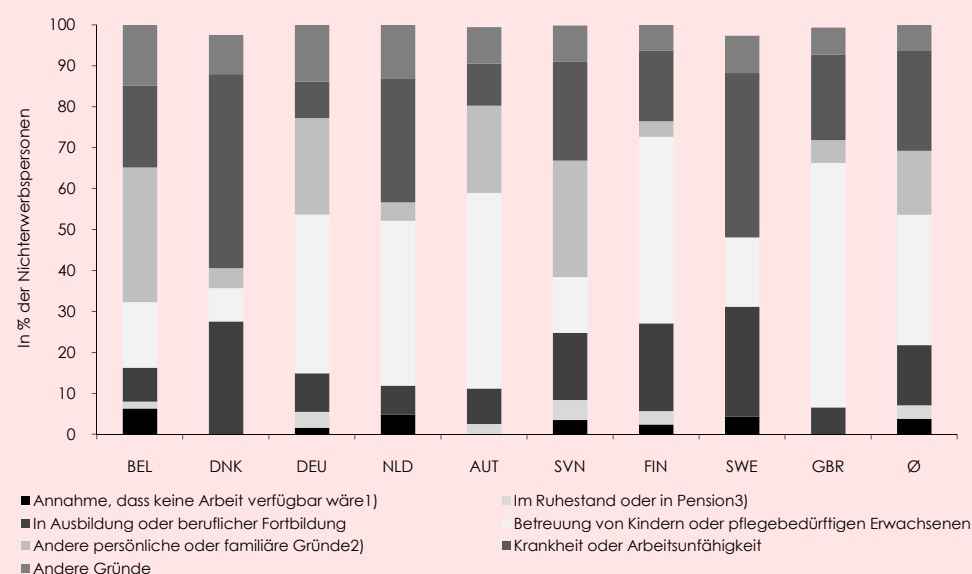


Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen.

Für die Männer spielen Verpflichtungen in Haushalt und Familie als Gründe der Erwerbsinaktivität kaum eine Rolle. In Österreich bleiben Männer im Haupterwerbsalter vor allem wegen Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit (2,0% aller Männer und 34,1% der erwerbsinaktiven Männer dieser Altersgruppe) und aus "anderen Gründen" sowie Ausbildung oder beruflicher Fortbildung dem Arbeitsmarkt fern.

Abbildung 5: Gründe der Erwerbsinaktivität der 25- bis 49-jährigen Frauen

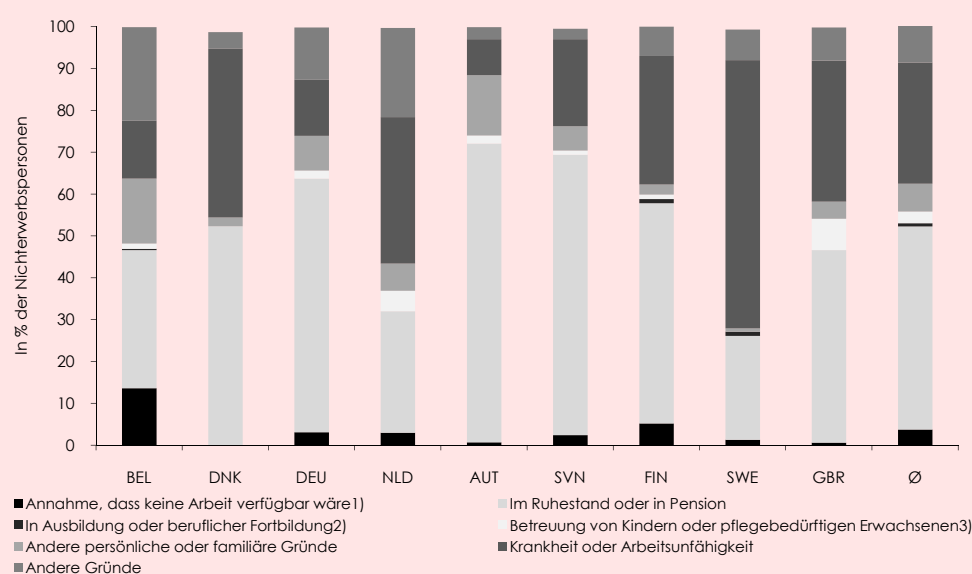
2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Für Dänemark, Österreich und Großbritannien keine Daten verfügbar. – ²⁾ Für Schweden keine Daten verfügbar. – ³⁾ Für Dänemark, Niederlande, Schweden und Großbritannien keine Daten verfügbar.

Abbildung 6: Gründe der Inaktivität der 50- bis 64-jährigen Nichterwerbspersonen

2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ für Dänemark keine Daten verfügbar. – ²⁾ Für Dänemark, Deutschland, Niederlande, Österreich, Slowenien und Großbritannien keine Daten verfügbar. – ³⁾ Für Dänemark und Schweden keine Daten verfügbar.

In der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen ist geschlechtsunabhängig der Ruhestand das wichtigste Motiv für die Erwerbsinaktivität. Der Anteil ist in Österreich höher als im Durchschnitt der Vergleichsländer. 28,1% aller Männer und 33,6% aller Frauen bzw. 82,1% aller inaktiven Männer und 64,7% aller inaktiven Frauen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren befanden sich 2008 im Ruhestand. Auch im Durchschnitt der betrachteten Länder ist die Pensionierung der wichtigste Grund von Inaktivität im Alter (48,5% der Inaktiven) vor Krankheit und Erwerbsunfähigkeit (28,9% der Inaktiven). Nur

in Schweden ist der Anteil von Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit (64,1% der Inaktiven) höher als der des Ruhestands (24,8% der Inaktiven).

Wirkung des sozialen Sicherungssystems auf den Erwerbsstatus

Das individuelle Erwerbsverhalten wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst, etwa durch die (regionale) Arbeitsmarktlage, persönliche Eigenschaften, gesundheitliche Probleme oder die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit. Obwohl kein monokausaler Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems und der Erwerbstätigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit besteht, trägt der starke Einfluss des sozialen Sicherungssystems zur Erklärung der internationalen Unterschiede bei. Im Folgenden werden mögliche Wirkungen der wesentlichen sozialen Sicherungssysteme auf die Erwerbsinaktivität untersucht: Aus- und Weiterbildung, Betreuung und Haushaltsführung, Ruhestand sowie Krankheit und Erwerbsunfähigkeit.

Aus- und Weiterbildung

Die Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung ist unter den 15- bis 24-Jährigen in allen neun Vergleichsländern die häufigste Ursache von Inaktivität. Im Haupterwerbsalter ist diese Quote dagegen viel geringer und differiert international stark. Im Alter von 50 bis 64 Jahren spielen Ausbildungs- und berufliche Fortbildungsepisoden praktisch keine Rolle mehr als Gründe von Erwerbsinaktivität.

Ob und wie stark die Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung im regulären Bildungssystem die Inaktivitätsquote beeinflusst, hängt von mehreren Faktoren ab: dem Alter, in dem die gesetzliche Schulpflicht endet, der Ausgestaltung der Sekundarstufe II hinsichtlich Voll- und Teilzeitunterricht sowie Dauer der Bildungsgänge im Zusammenspiel mit der Bildungsbeteiligung und der Bildungsbeteiligung im tertiären Bereich in Kombination mit einer etwaigen Erwerbstätigkeit und Studiendauer.

Unter Jugendlichen liegt die Inaktivitätsquote aufgrund der Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Weiterbildung zwischen 22,6% in den Niederlanden und 63,1% in Belgien. In Österreich geben 34,8% aller 15- bis 24-Jährigen an, aufgrund von Ausbildung und beruflicher Weiterbildung inaktiv zu sein.

Belgien und Slowenien, die Länder mit der höchsten Inaktivitätsquote der 15- bis 24-Jährigen in Ausbildung oder beruflicher Fortbildung, weisen eine hohe Bildungsbeteiligung in der Sekundarstufe II und im tertiären Bereich sowie eine Studierendenbevölkerung mit niedrigem Medianalter auf. Im Gegensatz dazu haben Länder mit einer niedrigen Inaktivitätsquote unter Jugendlichen (vor allem Niederlande und Dänemark) ein duales Ausbildungssystem, sodass viele Jugendliche bereits früh erwerbstätig sind. In den Niederlanden sind darüber hinaus viele Studierende erwerbstätig. In Dänemark ist das Medianalter der Studierenden hoch, da viele Jugendliche nicht unmittelbar an die Sekundarstufe II eine tertiäre Ausbildung anschließen. In Großbritannien, das ebenfalls eine niedrige Inaktivitätsquote unter Jugendlichen aufweist, sind berufsbildende Ausbildungszweige kaum verbreitet, sodass der Arbeitsmarkteinstieg meist relativ rasch erfolgt. In Österreich ist die Inaktivitätsquote der 15- bis 24-Jährigen unterdurchschnittlich. Das geht einerseits auf die weite Verbreitung des dualen Ausbildungssystems und andererseits auf den vergleichsweise niedrigen Anteil der Studierenden an der Bevölkerung zurück.

Im Haupterwerbsalter ist der Anteil der wegen Ausbildung und beruflicher Weiterbildung Erwerbsinaktiven am höchsten in Dänemark (2,7%) vor Schweden (2,5%) und Finnland (2,4%). Dies ist beachtlich, da insbesondere Dänemark und Schweden insgesamt eine geringe Inaktivitätsquote im Haupterwerbsalter aufweisen (unter 10%), sodass mehr als ein Viertel der Inaktiven aufgrund der Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung nicht auf dem Arbeitsmarkt präsent sind.

Der höhere Anteil der Nichterwerbspersonen im Haupterwerbsalter, die aufgrund von Ausbildung und beruflicher Fortbildung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, ist in den skandinavischen Ländern und in Deutschland auf das höhere Medianalter der Vollzeitstudierenden zurückzuführen. Dieses geht u. a. auf den späteren Studienbeginn aufgrund der längeren Ausbildungsdauer der Sekundarstufe II zurück, auf die in Skandinavien verbreitete Praxis, vor Studienbeginn zu arbeiten oder sich eine Auszeit zu nehmen, und auf eine vergleichsweise lange Studiendauer.

Damit ein Rückzug vom Arbeitsmarkt zu Aus- und Weiterbildungszwecken möglich ist, müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu zählt vor allem der Abbau zeitlicher und finanzieller Restriktionen, wie er mittels der Bildungskarenz sowie finanzieller Unterstützungsmodelle für Studierende angestrebt wird. Ein Großteil der Länder verfügt über Bildungskarenzmodelle, die sich aber in ihrer Ausgestaltung deutlich unterscheiden. Vor allem in Dänemark und Finnland ist die finanzielle Unterstützung während der Bildungskarenz hoch. In Österreich wurde die Bildungskarenz in den letzten zwei Jahren zweimal reformiert, insbesondere wurde die Einkommensersatzleistung auf den fiktiven Arbeitslosengeldbezug angehoben. Im 1. Halbjahr 2010 befanden sich in Österreich gut 7.000 Personen in Bildungskarenz.

Die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen und "andere persönliche oder familiäre Gründe" spielen als Ursachen der Erwerbsinaktivität von Männern kaum eine Rolle. Für Frauen hat dagegen insbesondere die Kinderbetreuung in der Regel einen signifikanten negativen Effekt auf das Arbeitskräfteangebot. Die Stärke und Nachhaltigkeit dieses Effekts hängt, neben einer Reihe anderer Faktoren (individuelle und haushaltsbezogene Merkmale, Arbeitsmarktlage, kultureller Kontext, Geschlechterleitbilder) insbesondere vom Zusammenspiel gesetzlicher Freistellungsregelungen und dem verfügbaren Angebot an institutioneller Betreuung ab. Auch das Ausmaß der durch "andere persönliche oder familiäre Gründe" bedingten Erwerbsinaktivität wird u. a. durch die Familienpolitik mitbestimmt. Die substantiellen internationalen Unterschiede spiegeln die Tatsache wider, dass in den untersuchten Ländern die Erwerbstätigkeit von Frauen in sehr unterschiedlichem Maße unterstützt wird.

In den nordischen Ländern Dänemark und Schweden sind die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf günstig. Die Familienförderung zeichnet sich in diesen Ländern im Wesentlichen durch zwei Merkmale aus: zum einen eine mit einem hohen Lohnersatz verknüpfte Karenz von substantieller, aber – im Vergleich mit anderen Ländern wie z. B. Österreich – mäßiger Dauer von rund einem Jahr, die zum anderen mit einem universellen Zugang zu qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Kinderbetreuungseinrichtungen im Anschluss an die Karenz verknüpft ist. Diese Rahmenbedingungen schaffen die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern. Musterbeispiel für die Förderung des Doppelverdienermodells ist Schweden (*Lutz – Schratzenstaller, 2010*). Als Konsequenz eines konsistenten, vereinbarkeitsfördernden Policy-Mix ist in den nordischen Ländern der Anteil der Personen, die aufgrund von Betreuung oder Haushaltsführung erwerbsinaktiv sind, im Allgemeinen geringer als in den anderen Ländern. In Dänemark blieben im Jahr 2008 0,4% und in Schweden 0,7% der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren wegen Betreuungspflichten sowie nur 0,4% bzw. 0,1% aus "anderen persönlichen oder familiären Gründen" dem Arbeitsmarkt fern (Durchschnitt der hier untersuchten 9 Länder 1,9% bzw. 1,5%).

In Finnland ist hingegen ein überdurchschnittlicher Anteil der Nichterwerbspersonen aufgrund von Betreuungspflichten nicht auf dem Arbeitsmarkt präsent (2,0%), weil Eltern häufig die Möglichkeit nutzen, über Mutterschutz und Elternkarenz (insgesamt rund zehn Monate) hinaus bis zum dritten Geburtstag des jüngsten Kindes eine erweiterte, unbezahlte Karenz in Anspruch zu nehmen und in dieser Zeit als Alternative zur Nutzung einer kommunalen Tagesbetreuung eine einkommensunabhängige Kinderbetreuungsbeihilfe zu beziehen. Mütter mit Kleinkindern unterbrechen in Finnland ihre Erwerbskarriere deutlich länger als jene in Dänemark und Schweden. Nach dem Bezug kehren finnische Frauen in großer Zahl wieder – auf Vollzeitbasis – auf den Arbeitsmarkt zurück.

In Österreich und Deutschland ist der Anteil sowohl der erwerbsfähigen Frauen, die wegen Betreuungspflichten erwerbsinaktiv sind (5,4% bzw. 4%), als auch von Frauen, die "aus anderen persönlichen oder familiären Gründen" nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen (5,4% bzw. 3,7%), relativ hoch. Die Ursachen liegen in einer traditionell großen Bedeutung der Versorgungsleistungen der Familie und des Modells des Mannes als Familienerhalter. Jüngste Entwicklungen in beiden Ländern (z. B. einkommensabhängiges Kindergeld mit kürzerer Bezugsdauer) deuten auf einen gewissen Leitbild-

Betreuung und Haushaltsführung

wechsel in der Familienpolitik hin. Insbesondere in Österreich wirken jedoch bis heute ein unzureichendes Angebot an institutioneller Kinderbetreuung und eine lange Karenzzeit bzw. Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes negativ auf das Arbeitskräfteangebot von Frauen (*Festl – Lutz – Schratzenstaller, 2010*). Gesellschaftliche Vorbehalte gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern sowie einzelne Regelungen im Steuer- und Transfersystem (z. B. Alleinverdienerabsetzbetrag) wirken einer (kontinuierlichen) Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zusätzlich entgegen.

Weitaus am höchsten ist der Anteil der Nichterwerbspersonen, die aufgrund der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen dem Arbeitsmarkt fernbleiben, unter den neun untersuchten Ländern in Großbritannien (5,0%). Dies dürfte vor allem auf ein mangelhaftes und zudem teures Angebot an außerhäuslicher Kinderbetreuung zurückzuführen sein. Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind deutlich ungünstiger als in den nordischen Ländern.

Wie das nordische Modell zeigt, sind am Individuum ausgerichtete Steuer- und Transferleistungen, ein Karenzsystem mit hoher Flexibilität der Inanspruchnahme, einem hohen Lohnersatzniveau und einer mäßigen Dauer sowie ein darauf abgestimmtes, flächendeckend verfügbares, erschwingliches und qualitativ hochwertiges Angebot an institutioneller Betreuung wesentliche Eckpfeiler einer Familienpolitik, die beide Geschlechter ermutigt und in die Lage versetzt, erwerbstätig zu sein. In Österreich könnte vermehrt das Potential der immer besser qualifizierten Frauen genutzt werden, indem im Bereich der Kinderbetreuung wie auch der Altenpflege größeres Gewicht auf Sachleistungen gelegt, der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur forciert und die Anreize zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternkarenz verstärkt werden.

Krankheit und Erwerbsunfähigkeit

Die Sicherungssysteme bei vorübergehender Krankheit (Entgeltfortzahlung, Krankengeld usw.) und krankheitsbedingtem Arbeitsmarktaustritt (Invaliditäts-, Erwerbsunfähigkeitspension usw.) sind international entweder miteinander verbunden oder zwei getrennte Regelkreise. So ist in Großbritannien der Bezug einer vorübergehenden Krankengeldleistung die Voraussetzung für eine Dauerleistung (Pensionsleistung), während in den meisten Ländern – so wie in Österreich – beide Sicherungssysteme voneinander unabhängig sind. Für den internationalen Vergleich der gesundheitsbedingten Erwerbsinaktivität müssen sowohl die Inaktiven mit vorübergehenden als auch jene mit dauernden Krankheiten einbezogen werden.

Österreich weist gemäß der vergleichbaren Arbeitskräfteerhebung unter den neun betrachteten Ländern eine leicht überdurchschnittliche Inaktivitätsquote auf. Neben Deutschland ist aber der Anteil der wegen Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit Erwerbsinaktiven an der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter am niedrigsten (2008 jeweils knapp über 2%). Am höchsten war dieser Anteil 2008 in Schweden (6,9%) und Dänemark (6,4%) vor den Niederlanden (5,8%) und Großbritannien (5,7%). Finnland (5,0%), Belgien (3,7%) und Slowenien (4,4%) nahmen hier eine mittlere Position ein.

Eine wichtige Erklärung für die länderspezifischen Unterschiede der gesundheitsbedingten Inaktivität liegt in den Strukturen der sozialen Sicherungssysteme. Maßgeblich ist zum einen die Definition der Erwerbsunfähigkeit. So gebührt etwa in Schweden eine Geldleistung bei einer gesundheitlich bedingten Erwerbsminderung von 25%, in Finnland hingegen erst bei einer Erwerbsminderung von 60%. Zum anderen variieren Anspruchsvoraussetzung, Höhe und Bezugsdauer von Sozialleistungen im Fall von Krankheit bzw. Erwerbsunfähigkeit. Darüber hinaus ist die Gewährung von Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pensionierung oftmals ein sozialpolitisches Substitut bei Problemen der Arbeitsmarktintegration von Älteren.

Die Unterschiede im Ausmaß der Erwerbsunfähigkeit und der dadurch bedingten Inaktivität gehen häufig auf Unterschiede im Gesundheitszustand zurück. Im Vergleich der neun Länder ist die Krankenstandsquote vor allem in Schweden, aber auch in den Niederlanden, in Finnland und Belgien überdurchschnittlich. Österreich und Deutschland weisen hingegen eine sehr niedrige Krankenstandsquote auf. In den beiden Ländern dürften die krankheitsbedingten Fehlzeiten vor allem seit 2000 überproportional gesunken sein (*Leoni – Mahringer, 2008*). Auch Dänemark und Großbritannien gehören zu den Ländern mit niedriger Krankenstandsquote.

Die Gründe des Rückzugs aus dem Erwerbsleben hängen mit den unterschiedlichen institutionellen Regelungen zusammen: So ist etwa die geringe Verbreitung von Erwerbsinaktivität aus gesundheitlichen Gründen in Österreich teilweise durch den früheren Erwerbsaustritt wegen (vorzeitiger) Pensionierung zu erklären, während in Schweden, Dänemark und den Niederlanden Ältere relativ selten aufgrund des Ruhestands und häufiger aufgrund von Erwerbsunfähigkeit erwerbsinaktiv sind. Der relativ niedrige Anteil der krankheitsbedingten Inaktivität steht in Österreich dem allgemeinen Bild des überdurchschnittlichen Anteils krankheitsbedingter Pensionen in Österreich entgegen. Die Versicherungsdaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger weisen eine hohe Zahl von Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen aus. Die österreichische Besonderheit liegt darin, dass beim Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters die krankheitsbedingte Pension nicht wie sonst in Europa üblich in eine reguläre Alterspension umgebucht wird. Neben den Möglichkeiten des vorzeitigen Pensionsübertritts könnte auch das Antwortverhalten in der Arbeitskräfteerhebung eine Rolle spielen: Wenn sich die Befragten als Nichterwerbsspersonen im Ruhestand bezeichnen, obwohl der Pensionierungsgrund ihr Gesundheitszustand war, könnte die krankheitsbedingte Inaktivität zu gering ausgewiesen sein.

Die internationalen Unterschiede zwischen den sozialrechtlichen Regelungen spiegeln sich auch in einer unterschiedlichen Klassifizierung von Erwerbsunfähigen als "erwerbslos" oder "erwerbsinaktiv" (Konle-Seidl, 2009). In Dänemark, Schweden und den Niederlanden werden Nichterwerbstätige bei vergleichbarem Gesundheitszustand und ähnlichen demographischen Verhältnissen häufiger als "dauerhaft erwerbsunfähig" eingestuft als in anderen Ländern. Speziell in Deutschland dürften Personen in vergleichbarer Lebenslage in der Arbeitskräfteerhebung mit wesentlich größerer Wahrscheinlichkeit dem Status der Erwerbslosigkeit zugeordnet werden. In Schweden, Dänemark und den Niederlanden besteht der Anspruch auf Transfers schon bei relativ geringer dauernder Erwerbsminderung, und die Transfers sind als universelle Leistungen konzipiert. Die Definition von Erwerbsfähigkeit ist deutlich enger gefasst als in Deutschland. In diesen Ländern ist deshalb zwar die Arbeitslosenquote niedriger, aber gleichzeitig der Anteil der Nichterwerbsspersonen aufgrund von Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit an der Bevölkerung höher.

Insgesamt lassen sich die länderspezifischen Unterschiede in der Verbreitung krankheitsbedingter Inaktivität nicht monokausal erklären. Zugangsdynamik, Bestand und Abgangsdynamik zwischen Arbeitslosigkeit und Inaktivität werden durch eine Vielfalt an makroökonomischen, institutionellen, persönlichen und gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst. Auch aufgrund der Verzahnung der zwei Systeme der sozialen Sicherung bei Krankheit und Invalidität stößt die Suche nach eindeutigen Ursachenzusammenhängen insbesondere in diesem Bereich an ihre Grenzen.

Auch der Erwerbsstatus der 50- bis 64-Jährigen wird erheblich von der Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems beeinflusst. Die für diese Altersgruppe maßgeblichen sozialrechtlichen Regelungen betreffen insbesondere Leistungen im Falle von Gesundheitseinschränkungen und Arbeitslosigkeit, die gesetzlichen Möglichkeiten zum gleitenden Ausstieg aus dem Erwerbsleben und zum vorzeitigen oder regulären Pensionszugang sowie die Anspruchsvoraussetzungen und Einkommensersatzraten der Leistungen.

Nachdem die Frühausgliederung der älteren Arbeitskräfte in den hier untersuchten Ländern längere Zeit über verschiedene Möglichkeiten zum vorzeitigen Austritt vom Arbeitsmarkt (z. B. Altersteilzeitmodelle, Invaliditäts- bzw. Erwerbsunfähigkeitspension, Vorruhestands- und Übergangsleistungen, vorzeitiger Pensionsbezug) gefördert wurde, nehmen spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre die Reformbestrebungen zu, den vorzeitigen Erwerbsausstieg zu erschweren.

Die Arbeitsmarktpartizipation der älteren Erwerbsbevölkerung (50- bis 64-Jährige) unterscheidet sich erheblich zwischen den Ländern. So sind in Belgien und Slowenien nicht einmal die Hälfte der Älteren beschäftigt, während in Schweden noch rund drei Viertel der Altersgruppe im Erwerbsprozess stehen. In Österreich lag der Anteil 2008 mit 55,3% unter dem Länderdurchschnitt (61,4%). Demnach haben sich in Belgien und Slowenien fast die Hälfte der Älteren vom Arbeitsmarkt zurückgezogen, in

Ruhestand

Schweden hingegen nur etwa ein Fünftel. In Österreich war der Anteil der Inaktiven im Jahr 2008 mit 43,3% überdurchschnittlich hoch (Länderdurchschnitt 36,1%).

Diese Abweichungen lassen sich neben den länderspezifischen Regelungen vor allem auf die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen für einen vorzeitigen Pensionsbezug zurückführen. So wurde im schwedischen Pensionssystem eine flexible Altersgrenze mit versicherungsstatistischer Pensionsbemessung eingeführt. Dies bietet geringere Anreize für Ältere, sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen, da die Pensionshöhe bei frühem Pensionsantritt entsprechend gekürzt wird. Dies hat einen längeren Verbleib im Erwerbsleben zur Folge.

Umgekehrt besteht etwa in Belgien als einzigem Land die Möglichkeit, bei Entlassung (unter bestimmten Voraussetzungen) bereits ab einem Alter von 52 Jahren auf tarifvertraglicher Basis ein Vorruhestandsgeld zu beziehen. Zudem kann ab dem Alter von 60 Jahren eine vorzeitige Pension ohne Abschläge in Anspruch genommen werden. Der überwiegende Teil der aus "anderen Gründen" inaktiven Älteren dürfte in Belgien diese Vorruhestandsoption als Substitut für eine vorzeitige Pensionierung nutzen und daher den Erwerbsinaktiven im Ruhestand zuzurechnen sein, mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Arbeitsmarktleistung dieser Altersgruppe im internationalen Vergleich.

In Slowenien war das (längerfristig steigende) Regelpensionsalter 2008 mit 62,5 Jahren für Männer und 61 Jahren für Frauen im Ländervergleich relativ niedrig. Ähnlich wie in Belgien ist der Bezug einer vollen Pension ohne Abschläge möglich, wenn die entsprechende Versicherungszeit vorliegt, allerdings schon ab einem Alter von 58 Jahren. Dementsprechend ist ein großer Teil der Älteren aufgrund von Ruhestand inaktiv (67%), während sich im Durchschnitt der untersuchten Länder nicht einmal die Hälfte (48,5%) und in Schweden sogar weniger als ein Viertel der Erwerbsinaktiven dieser Altersgruppe (24,8%) im Ruhestand befinden.

Auch in Österreich ist das reguläre Pensionsalter der Frauen mit 60 Jahren niedriger als in den anderen Untersuchungsländern (außer Großbritannien). Aufgrund der Übergangs- und Vertrauensschutzregelungen insbesondere für die mehrmals erweiterte Möglichkeit des abschlagsfreien vorzeitigen Pensionszugangs für Langzeitversicherte (Frauen ab 55 Jahren, Männer ab 60 Jahren: "Hacklerregelung") ist in Österreich der Anteil der Personen, die aufgrund der Pensionierung erwerbsinaktiv sind, mit 71,4% der Nichterwerbspersonen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren am höchsten.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Hohes Potential an arbeitswilligen Nichterwerbspersonen in Österreich

Die Gruppe der Erwerbsinaktiven bildet eine wichtige Arbeitsmarktreserve und einen bedeutenden Teil des potentiellen Arbeitskräfteangebotes (Huber, 2008). Sie ist jedoch äußerst heterogen, da sie Personengruppen mit unterschiedlicher Nähe bzw. Distanz zum Arbeitsmarkt umfasst.

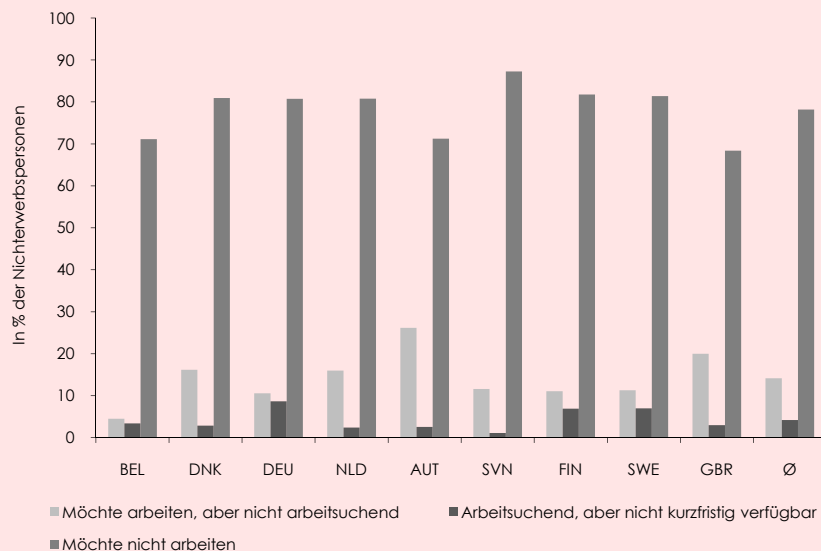
Im Vergleich der hier untersuchten Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Niederlande, Schweden und Slowenien) ist der Anteil der Nichterwerbspersonen zwischen 15 und 64 Jahren, die zwar eine Bereitschaft zu arbeiten angeben, aber derzeit nicht Arbeit suchen, in Österreich mit gut einem Viertel aller Erwerbsinaktiven im Erwerbsalter am größten (nicht aktiv arbeitssuchend 26,2% der Nichterwerbspersonen, kurzfristig nicht verfügbar 2,6%; Abbildung 7). Der Anteil der 15- bis 64-jährigen Nichterwerbspersonen, die angeben, nicht arbeiten zu wollen, liegt mit 71,3% unter dem Durchschnitt der neun Länder (78,2%). Demnach besteht in Österreich ein vergleichsweise großes ungenutztes Erwerbspotential, auf das (Re-)Integrationsmaßnahmen abzielen könnten. Zudem ziehen sich in Österreich überdurchschnittlich viele Frauen aufgrund der Kinderbetreuung aus dem Arbeitsmarkt zurück. Da in Österreich vermutlich die Saisonbeschäftigung eine wichtige Rolle spielt, wird das tatsächliche Potential aber tendenziell überschätzt.

Laut Arbeitskräfteerhebung waren 2008 in Österreich insgesamt 1,394.000 15- bis 64-Jährige nicht erwerbstätig (Frauen 878.100, Männer 515.900). Rund ein Viertel von ihnen (26,2%; Frauen 212.400, 24,2%, Männer 152.400, 29,5%) wäre grundsätzlich gerne erwerbstätig gewesen. Davon wiederum hätten 126.300 Nichterwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter (Frauen 73.500, 8,4%, Männer 52.800, 10,2%) eine neue Tä-

tigkeit auch innerhalb von zwei Wochen aufnehmen können ("stille Arbeitsmarktreserve"; Statistik Austria, 2009).

Abbildung 7: Nichterwerbspersonen (15 bis 64 Jahre) nach der Bereitschaft zu arbeiten

2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. Ohne Antwortkategorie "keine Antwort", daher für Belgien, Niederlande, Finnland, Schweden und Großbritannien Abweichungen von 100%.

Der Anteil der Nichterwerbspersonen aufgrund von Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit sowie Ausbildung oder beruflicher Fortbildung ist in Österreich im internationalen Vergleich niedrig. Hingegen ist der Anteil der Nichterwerbspersonen im Ruhestand und aufgrund von Betreuungspflichten und "anderen persönlichen oder familiären Gründen" relativ hoch. Konkret scheint in zwei Gruppen ein besonderes Potential für eine etwaige Anhebung des Arbeitskräfteangebotes gegeben: Frauen mit Betreuungspflichten im Haupterwerbsalter (25 bis 49 Jahre) und ältere Männer und Frauen im Ruhestand.

Neben gesellschaftlichen Werten trägt die Familienpolitik dazu bei, dass in Österreich relativ viele Frauen im Haupterwerbsalter aufgrund von Betreuungspflichten erwerbsinaktiv sind. Im Gegensatz zu den nordischen Ländern wird die Erwerbstätigkeit beider Geschlechter nicht konsistent unterstützt. Im System der Familienförderung liegt das Schwergewicht auf ungebundenen Geldleistungen, das Sachleistungsniveau ist vergleichsweise niedrig. Der Familie kommt bei der Bereitstellung von Betreuungsleistungen nach wie vor relativ große Bedeutung zu, auch wenn jüngste Entwicklungen auf einen gewissen Leitbildwechsel in der Familienpolitik hindeuten.

Ein immer noch unzureichendes Angebot an institutioneller Kinderbetreuung und eine lange Höchstbezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes wirken negativ auf das Arbeitskräfteangebot von Frauen. Die Anreize zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Karenzzeit führten bisher keine substantielle Umverteilung der informellen, die Erwerbstätigkeit hemmenden Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern herbei. Gesellschaftliche Vorbehalte gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern sowie steuerliche Regelungen wie der Alleinverdienerabsetzbetrag wirken einer (kontinuierlichen) Arbeitsmarktteilnahme von Frauen zusätzlich entgegen. Diese institutionellen Rahmenbedingungen tragen dazu bei, dass Betreuungsverpflichtungen gegenüber Kindern und Erwachsenen die Erwerbstätigenquote und die Arbeitszeit (und damit auch auf das Erwerbseinkommen) von Frauen in Österreich relativ stark dämpfen. Zentrale Ansätze zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen liegen in einem forcierten quantitativen und qualitativen Ausbau der in-

Wirtschafts- und sozialpolitische Handlungsoptionen

stitutionellen Kinderbetreuung²⁾ sowie in einer deutlichen Verstärkung der Anreize zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternkarenz.

In den Ländern mit der höchsten Arbeitsmarktpartizipation der älteren Bevölkerung (50- bis 64-Jährige) sieht das Pensionssystem entweder keine Möglichkeit zum Vorziehen des Ruhestandes vor (Dänemark), oder es eröffnet diese Möglichkeit nur mit sehr hohen Leistungskürzungen (Schweden). Hingegen bestehen in den Ländern mit der schlechtesten Performance, zu denen neben Belgien und Slowenien auch Österreich zählt, pensions- oder tarifvertragliche Regelungen, die einen sehr frühen Rückzug aus dem Erwerbsleben zu sehr günstigen Konditionen bezüglich der Einkommensersatzrate ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund müssen Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsmarktintegration der Älteren in Österreich darauf abzielen, die sozialrechtlichen Anreize zum früheren Pensionsantritt nachhaltig zu reduzieren. Dabei muss vermieden werden, dass andere Gründe für Erwerbsinaktivität in den Vordergrund rücken (Arbeitslosenversicherung versus Pensionsversicherung), während die Beschäftigungsquote Älterer insgesamt nicht steigen würde. Darüber hinaus ist es von zentraler Bedeutung, auf der betrieblichen Ebene durch nachhaltige Strukturveränderungen altersgerechte Arbeitsplätze zu forcieren, um so die Möglichkeit eines späteren Erwerbsaustritts zu schaffen.

Literaturhinweise

del Boca, D., Pasqua, S., Pronzato, C., Wetzels, C., "An Empirical Analysis of the Effects of Social Policies on Fertility, Labour Market Participation and Hourly Wages of European Women", in del Boca, D., Wetzels, C. (Hrsg.), *Social Policies, Labour Markets and Motherhood. A Comparative Analysis of European Countries*, Cambridge, 2007, S. 271-303.

Labour Market Inactivity and Social Security: A European Comparison – Summary

Compared to eight other European countries (Belgium, Denmark, Germany, the Netherlands, Slovenia, Finland, Sweden, UK), Austria's labour market performance is better than average. In 2008, a higher-than-average share of the working-age population (15 to 64 years) had jobs and the share of the unemployed was comparatively low. However, a higher-than-average share was economically inactive. Noticably, the share, in this group of countries, of working-age persons who are economically inactive and say they are willing to work yet are not seeking a job at the moment or are not immediately available is largest in Austria, which points at a large unexploited labour pool in Austria.

Both size and composition of the economically inactive group vary substantially between countries, reflecting the nationally distinct structures of social protection systems. In Austria, a comparatively low share of the working age population names education and training, illness or disability as the main reason for being out of the labour force. By contrast, a comparatively large share of the economically inactive was outside the labour market due to retirement, on the grounds of looking after children or incapacitated adults or due to "other family or personal responsibilities".

There is scope to increase labour force participation among women of primary working age (25 to 49 years) and people aged 50 to 64 years. Increased investments in child care and education, as well as stronger incentives for sharing care responsibilities equally at the household level are important policy instruments to foster women's employment. Measures to increase labour force participation should be targeted at reducing the incentives to leave the labour market before the legal retirement age. Equally important are public policies to support the creation of age-adequate work places which would allow people to retire at a later age.

²⁾ Zu den positiven Beschäftigungseffekten eines flächendeckend verfügbaren, qualitativ hochwertigen, erschwinglichen und mit den Arbeitszeiten kompatiblen Angebotes an außerhäuslicher Kinderbetreuung siehe z. B. *del Boca et al.* (2007) für die EU 15 und *Stadelmann-Steffen* (2008) für 28 OECD-Länder.

- Famira-Mühlberger, U., Budimir, K., Eppel, R., Huemer, U., Leoni, Th., Mayrhuber, Ch. (2010A), Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktperformanz in der EU. Hauptergebnisse, WIFO, Wien, 2010, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38863&typeid=8&display_mode=2.
- Famira-Mühlberger, U., Budimir, K., Eppel, R., Huemer, U., Leoni, Th., Mayrhuber, Ch. (2010B), Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktperformanz in der EU. Vertiefende Analyse, WIFO, Wien, 2010, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38911&typeid=8&display_mode=2.
- Festl, E., Lutz, H., Schratzenstaller, M., Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien, WIFO, Wien, 2010, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38701&typeid=8&display_mode=2.
- Huber, P., "Nicht-Erwerbspersonen in Österreich. Ergebnisse der Arbeitserhebung 2006", WISO, 2008, 31(1).
- Konle-Seidl, R., "Erfassung von Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich: Notwendige Anpassung oder unzulässige Tricks?", IAB-Kurzbericht, 2009, (4).
- Leoni, Th., Mahringer, H., Fehlzeitenreport 2008. Krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten in Österreich, WIFO, Wien, 2008, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=34220&typeid=8&display_mode=2.
- Lutz, H., Schratzenstaller, M., "Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien durch die öffentlichen Haushalte", WIFO-Monatsberichte, Wien, 2010, 83(8), S. 661-674, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40330&typeid=8&display_mode=2.
- Stadelmann-Steffen, I., "Women, Labour and Public Policy: Female Labour Market Integration in OECD countries. A Comparative Perspective", Journal of Social Policy, 2008, 37, S. 383-408.
- Statistik Austria, Arbeitserhebung, Ergebnisse des Mikrozensus, Wien, 2009.

**Ulrike Famira-
Mühlberger
Kristina Budimir
Rainer Eppel
Ulrike Huemer
Thomas Leoni
Christine Mayrhuber**

■ Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktperformanz in der EU

Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenquote gibt nur bedingt Aufschluss über den gesamten Umfang der Nicht-Erwerbstätigkeit bzw. des nicht ausgeschöpften Erwerbspotentials. Eine ganzheitliche Analyse der Arbeitsmarktperformanz beruht hingegen auf drei Indikatoren: der Erwerbstätigenquote, der Arbeitslosenquote und der Erwerbsinaktivitätsquote. Im Zentrum der vorliegenden Studie stehen die Bedeutung unterschiedlicher Gründe für die Erwerbsinaktivität in neun europäischen Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweden und Slowenien) sowie der Einfluss sozialer Sicherungssysteme auf die Größe und Zusammensetzung der Nichterwerbstätigkeit. Dabei zeigt sich eine große Spannweite zum einen in den Erwerbsinaktivitätsquoten der Länder und zum anderen im nationalen Stellenwert der Gründe für Erwerbsinaktivität. Sie spiegelt die Unterschiedlichkeit der zugrundeliegenden Sozialsysteme wider.

• **Hauptergebnisse**

Die Verteilung der Bevölkerung nach dem Erwerbsstatus – Erwerbstätige, Arbeitslose und Erwerbsinaktive im Vergleich – Die Wirkung des Aus- und Weiterbildungssystems auf den Erwerbsstatus – Die Wirkung der Familienpolitik auf den Erwerbsstatus – Die Wirkung des sozialen Sicherungssystems für Ältere auf den Erwerbsstatus – Die Wirkung des sozialen Sicherungssystems bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit auf den Erwerbsstatus – Soziale Sicherungssysteme in einer Phase sozialer Bedürftigkeit – Fazit: Hauptergebnisse und Schlussfolgerungen für die (Re-)Integration von Nichterwerbspersonen in Österreich

127 Seiten, kostenloser Download:

http://www.wifo.ac.at/wwwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36402&typeid=8&display_mode=2

• **Vertiefende Analyse**

Der Einfluss der Aus- und Weiterbildungssysteme auf den Erwerbsstatus – Soziale Sicherungssysteme im Bereich "Familie und Kinder" und ihr Einfluss auf den Erwerbsstatus – Soziale Sicherungssysteme für Ältere und ihr Einfluss auf den Erwerbsstatus – Soziale Sicherungssysteme bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit und ihr Einfluss auf den Erwerbsstatus – Soziale Sicherungssysteme in einer Phase sozialer Bedürftigkeit

98 Seiten, kostenloser Download:

http://www.wifo.ac.at/wwwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36402&typeid=8&display_mode=2

**Im Auftrag des Arbeitsmarkt-
service Österreich • März 2010**

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Andrea Kunnert

Bauwirtschaft schrumpft in Europa 2010 weiter, leichte Erholung erst ab 2011

Die Bauproduktion schrumpft in den 19 europäischen Ländern, die im Bauforschungsnetzwerk Euroconstruct vertreten sind, 2010 zum dritten Mal in Folge. Infolge der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturbelebung ab 2010 gewinnt die Bauwirtschaft ab 2011 ebenfalls an Dynamik. In einigen Ländern werden jedoch die Wachstumsaussichten durch öffentliche Sparmaßnahmen gedämpft. Der krisenbedingte Einbruch der Bauproduktion kann nur in wenigen Ländern bis 2012 wettgemacht werden. Kaum von der Wirtschaftskrise betroffen scheint die Bauwirtschaft in Ostmitteleuropa zu sein, insbesondere die Tiefbauinvestitionen (Infrastruktur) sind weiterhin Wachstumstreiber. In Westeuropa werden die Impulse in den nächsten Jahren hauptsächlich aus dem Wohnbau kommen. Für Österreich gilt das aber nicht, die Zahl der Baubewilligungen ist rückläufig; insgesamt wird die Bautätigkeit 2011 und 2012 nur wenig expandieren.

Begutachtung: Stefan Ederer • Wissenschaftliche Assistenz: Michael Weingärtler • E-Mail-Adressen: Andrea.Kunnert@wifo.ac.at, Michael.Weingaertler@wifo.ac.at

2010 schrumpft die Bauproduktion in Europa zum dritten Mal in Folge. Erst 2011 ist mit einem leichten Wachstum zu rechnen, das sich 2012 etwas beschleunigen wird. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wirkte sich insbesondere in Westeuropa maßgeblich auf den Bausektor aus. Unternehmen und private Haushalte tätigen langfristige Investitionen wegen der Unsicherheiten über künftige Absatzmöglichkeiten bzw. Einkommen, der schwachen Wachstums- und Arbeitsmarktaussichten, des teilweisen Überangebotes an Immobilien in einigen Ländern und erschwerter Finanzierungsmöglichkeiten trotz niedrigen Zinsniveaus nur zögerlich, sodass die Hochbauproduktion teils drastisch sinkt. Hinzu kommen die Nachwirkungen des Platzens der Immobilienpreisblase, insbesondere in Großbritannien, Irland und Spanien. Dort dämpft der Verfall der Immobilienpreise die Baunachfrage (Walterskirchen, 2009).

Leichte Erholung der Bauwirtschaft ab 2011

Bauforschung im Rahmen des Euroconstruct-Netzwerkes

Dem Euroconstruct-Netzwerk gehören Bau- und Konjunkturforschungsinstitute aus 19 europäischen Ländern an, darunter auch das WIFO. Zweimal jährlich werden im Rahmen einer Konferenz Analysen und Prognosen zur Baukonjunktur und zur Entwicklung in den einzelnen Sparten (Wohnbau, sonstiger Hochbau, Tiefbau) vorgelegt.

Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse der 69. Konferenz im Juni 2010 in Dublin zusammen. Als die 19 Euroconstruct-Länder werden hier 15 westeuropäische Länder bezeichnet (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Spanien) und 4 ostmitteleuropäische Länder (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn).

Zwischen der Hochkonjunktur 2007 und dem Tiefpunkt 2010 ging die Bauproduktion in den hier untersuchten Ländern um insgesamt 15% zurück. Während das Bruttoinlandsprodukt 2008 im Durchschnitt der 19 Euroconstruct-Länder noch geringfügig wuchs (+0,7%), verzeichnete die Bauwirtschaft in diesem Zeitraum bereits Einbußen

(-3,1%). 2009 brach das BIP um 4,0% ein, die Bauproduktion aber um 8,8%. Im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft (2010 +1,1%) wird im Bausektor 2010 neuerlich mit einem Rückgang gerechnet (-4,0%). Erst ab 2011 prognostizieren die Euroconstruct-Länder ein Wachstum (+1,2%); es wird 2012 mit +2,4% stärker ausfallen als das der Gesamtwirtschaft (+2,0%).

Abbildung 1: Bauvolumen und BIP

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (Juni 2010). Ab 2010: Prognose. Westeuropa: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei.

Sowohl das BIP als auch das Bauvolumen entwickelten sich in Westeuropa und Ostmitteleuropa sehr unterschiedlich: In Westeuropa brach die Bauwirtschaft früher, stärker und länger anhaltend ein als die Gesamtwirtschaft. Der frühe Einbruch war auf die scharfe Krise der Bauwirtschaft in den vier großen Ländern Frankreich, Großbritannien, Italien und vor allem Spanien zurückzuführen, die langsame Erholung auf die Einschränkung langfristiger Investitionen in fast allen westeuropäischen Ländern. In Ostmitteleuropa hingegen gingen die Bauproduktion und das BIP im Jahr 2009 gleichzeitig zurück, die Bauproduktion schrumpfte dabei weniger stark als die Ge-

samtwirtschaft. Insbesondere der weiterhin bestehende Nachholbedarf im Infrastrukturbereich kurbelt die Baunachfrage an.

Übersicht 1: Prognose der Bauproduktion

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Österreich	+ 2,9	+ 1,8	- 6,1	- 1,0	+ 0,3	+ 0,5
Hochbau	+ 1,9	- 1,8	- 4,7	- 2,3	+ 0,2	+ 1,1
Tiefbau	+ 6,5	+ 14,0	- 10,3	+ 3,0	+ 0,5	- 1,2
Westeuropa	+ 2,1	- 3,5	- 9,3	- 4,4	+ 0,6	+ 1,8
Hochbau	+ 2,1	- 4,5	- 11,4	- 4,7	+ 1,1	+ 2,5
Tiefbau	+ 2,2	+ 0,1	- 1,0	- 3,5	- 0,9	- 0,3
Ostmitteleuropa	+ 7,6	+ 5,7	- 0,7	+ 3,7	+ 9,9	+ 9,8
Hochbau	+ 11,4	+ 4,6	- 8,8	- 4,6	+ 4,0	+ 5,4
Tiefbau	+ 1,2	+ 7,8	+ 14,2	+ 15,9	+ 17,0	+ 14,5
Europa	+ 2,4	- 3,1	- 8,8	- 4,0	+ 1,2	+ 2,4
Hochbau	+ 2,4	- 4,1	- 11,3	- 4,7	+ 1,2	+ 2,6
Tiefbau	+ 2,2	+ 0,7	+ 0,2	- 1,7	+ 1,1	+ 1,6

Q: Euroconstruct (Juni 2010). Ab 2010: Prognose. Westeuropa: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien. Ost-Mitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Europa: 19 Euroconstruct-Länder.

Unsicherheiten ergeben sich für diese Bauprognosen vor allem aus der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. So könnten u. a. weitere Schocks im Finanzmarkt- und Bankensystem, eine zu frühe Zurücknahme von Konjunkturbelebungsprogrammen bzw. übermäßig konjunkturbremsende öffentliche Sparmaßnahmen die Bauwirtschaft zusätzlich beeinträchtigen. Umgekehrt könnte, wie in einigen Ländern bereits beobachtet, ein Rückgang der Baupreise oder eine raschere Erholung der Industrieproduktion die Hochbautätigkeit stimulieren.

Die Euroconstruct-Bauprognosen für 2010 wurden gegenüber der 68. Euroconstruct-Konferenz vom November 2009 etwas abwärts revidiert – insbesondere in den fünf großen Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien), auf die nahezu 70% des europäischen Bauvolumens entfallen. Angesichts der strikten öffentlichen Sparmaßnahmen, die vor allem den Wohnbau und die Infrastrukturinvestitionen betreffen, wurde die Prognose für Spanien besonders stark korrigiert. Im Rahmen der 70. Euroconstruct-Konferenz im Dezember 2010 änderten sich die Prognosen gegenüber den hier dargestellten Ergebnissen der 69. Konferenz vom Juni 2010 etwas: Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten hellten sich für 2010 etwas auf, für 2011 und 2012 wurden sie hingegen etwas gedämpft. Ähnlich wird nun für die Bauproduktion 2010 eine bessere, 2011 und 2012 aber eine schwächere Entwicklung prognostiziert. Besonders deutlich verschlechterte sich die Einschätzung für die ostmitteleuropäischen Länder, das Bauvolumen dürfte 2010 wie 2009 etwas gesunken sein.

Zwischen den 15 westeuropäischen und den 4 ostmitteleuropäischen Ländern unterschied sich die Entwicklung aber deutlich. Während die Bauproduktion in Westeuropa 2009 um 9,3% sank, ging sie in Ostmitteleuropa um nur 0,7% zurück und begann schon 2010 wieder kräftig zu wachsen (+3,7%). Für 2011 und 2012 ist jeweils mit einer Steigerung um nahezu 10% zu rechnen. Der Sektor durchlief somit weniger eine Krise als eher eine Wachstumsunterbrechung. Generell sind die Aussichten für die Bauwirtschaft für den Zeitraum 2010 bis 2012 in diesen vier Ländern besser als für die Gesamtwirtschaft. Ausschlaggebend für die hohen Steigerungsraten ist die kräftige Expansion in Polen – nur im Krisenjahr 2009 fiel der Zuwachs der Bauproduktion nicht zweistellig aus; die günstige Bauprognose spiegelt die durchaus positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung und den massiven Infrastrukturausbau wegen der Fußball-Europameisterschaft 2012 wider. Aber auch für die Slowakei und für Ungarn wird im Zeitraum 2010 bis 2012 ein kumuliertes Wachstum der Bauwirtschaft von über 10% erwartet, auch hier insbesondere wegen der regen Infrastrukturinvestitionen.

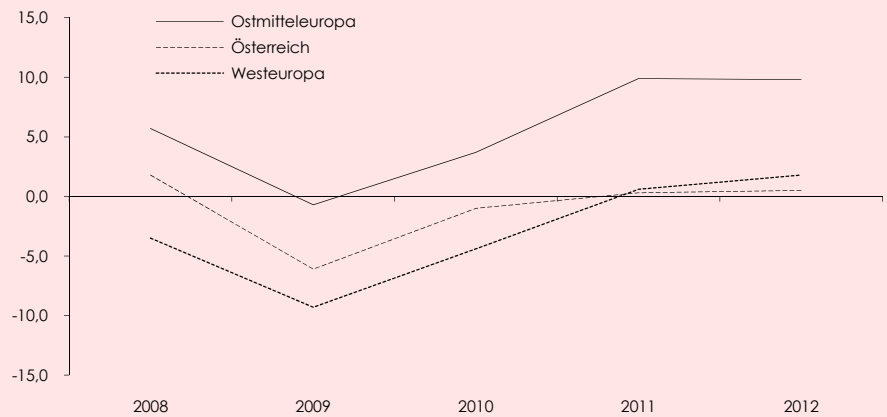
Innerhalb von Westeuropa variieren die Prognosen für die Bauentwicklung ebenfalls stark. Nur Schweden, Finnland, die Schweiz und Deutschland rechnen 2010 auf-

**Bauwirtschaft in
Ostmitteleuropa
deutlich dynamischer**

grund der massiven bauwirksamen Konjunkturbelebungsmaßnahmen mit Zuwächsen. Ein mäßiger Rückgang der Bauproduktion (zwischen $\pm 0\%$ und -5%) wird für Österreich, Großbritannien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Norwegen und Italien prognostiziert. Etwas stärker sind die Nachwirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in den Niederlanden und in Portugal, während sich die Bauwirtschaft nach dem Platzen der Immobilienpreisblasen in Spanien und Irland noch nicht aus der Krise lösen kann.

Abbildung 2: Entwicklung des Bauvolumens

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (Juni 2010). Ab 2010: Prognose. Westeuropa: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei.

Abbildung 3: Prognose des Bauvolumens in Europa 2010

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (Juni 2010).

Für den Prognosezeitraum 2010/2012 wird für Portugal, Spanien und Irland insgesamt ein Rückgang der Bauproduktion erwartet, Schweden und Dänemark erreichen hingegen ein kumuliertes Wachstum von über 10%. Bereits 2011 ist in Norwegen, Italien, Belgien und Großbritannien mit einer Erholung zu rechnen. Weniger günstig sind die Aussichten für die Bauwirtschaft in Finnland, der Schweiz, Deutschland, Frankreich,

den Niederlanden und Österreich, das Wachstum wird zumindest 2011 noch fragil sein.

Im Jahr 2010 machte der Wohnbau (einschließlich Sanierungs- und Renovierungsleistungen) in den westeuropäischen Ländern etwa 45% der gesamten Bautätigkeit aus. Dieser Anteil wird bis 2012 aufgrund der deutlich schwächeren Aktivität im sonstigen Hochbau und im Tiefbau leicht auf 46% steigen. Der Nichtwohn-Hochbau umfasst etwa ein Drittel der Bautätigkeit, der Tiefbau knapp ein Viertel.

In den vier ostmitteleuropäischen Ländern entfällt die Hauptaktivität des Bauwesens auf den Tiefbau. 2010/2012 wird sein Anteil von etwa 45% auf 50% steigen, da der Infrastrukturausbau weiter vorangetrieben wird. Während der sonstige Hochbau ähnlich wie in Westeuropa etwa 30% der gesamten Bautätigkeit ausmacht, hat die Wohnbauaktivität mit etwas über 20% ein viel geringeres Gewicht als in Westeuropa.

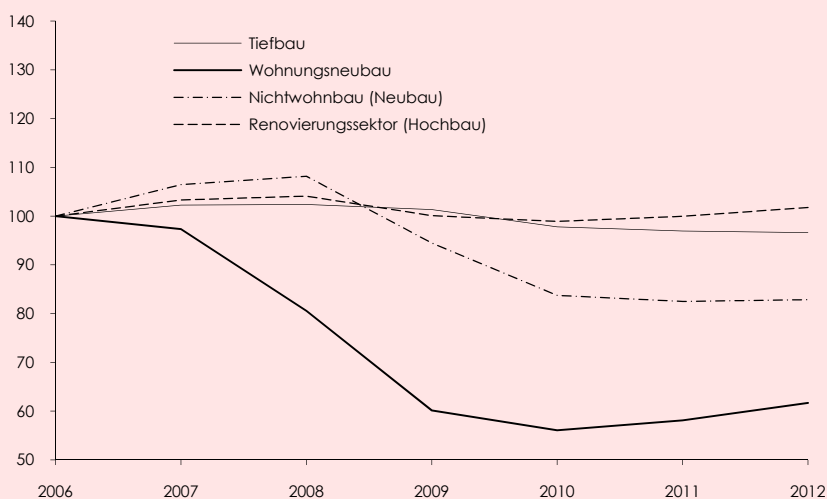
Der Wohnbau verlor bereits 2007 deutlich an Dynamik und schrumpfte seit 2008. Zwischen 2010 und 2012 kommen dagegen die stärksten Wachstumsimpulse aus diesem Bereich. In Westeuropa verzeichnet diese Sparte ab 2011 als einzige einen Anstieg (+2,2%), kräftiger expandiert sie 2011 und 2012 in Ostmitteleuropa. Zwischen 2006 und 2009 gewann die Renovierungstätigkeit an Bedeutung, auch weil der Wohnungsneubau in Spanien, Irland und einigen anderen westeuropäischen Ländern einbrach. Ihr Anteil erreicht 2010 seinen Höchstwert, da ab 2011 die Neubautätigkeit wieder verstärkt zunimmt. Insgesamt hat die Sanierung in Westeuropa mit über 60% der gesamten Wohnbautätigkeit wesentlich größeres Gewicht als in Ostmitteleuropa (30%).

Wohnbau dominiert in Westeuropa, Tiefbau in Ostmitteleuropa

Wohnbau in Westeuropa Wachstumstreiber

Abbildung 4: Das Bauvolumen nach Sparten in Westeuropa

2006 = 100



Q: Euroconstruct (Juni 2010). Ab 2010: Prognose. Westeuropa: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien.

Obwohl der Wohnbau bis 2012 der europäischen Bauwirtschaft wichtige Impulse verleihen wird, geht dieses Wachstum teils von sehr niedrigem Niveau aus und wird die im Zuge der Krise verzeichneten Produktionseinbußen bis 2012 nur in einigen Ländern wettmachen. Der Wohnbau (insbesondere der Neubau) ist in Irland, Spanien und Portugal seit 2007 rückläufig und erreicht 2010 teils weniger als 40% des Produktionsniveaus von 2007. Erst 2012 ist eine geringfügige Steigerung zu erwarten. Auch in Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark und Frankreich macht der Wohnbau 2010 krisenbedingt teils nur etwa 80% des Niveaus in der Hochkonjunktur 2007 und 2008 aus. Trotz der leichten Erholung ab 2011 wird das Vorkrisenniveau im Prognosezeitraum noch nicht erreicht. Etwas besser entwickelt sich die Bauwirtschaft in Schweden und Italien. Für Norwegen, Finnland und die Schweiz ist hingegen bis 2012

mit einer nachhaltigen Erholung zu rechnen. In Belgien und Österreich war der Wohnbau während der Krise relativ stabil, stagniert jedoch im Prognosezeitraum. In Deutschland wird er sogar merklich wachsen, allerdings gemessen an einem sehr niedrigen Vergleichsniveau. In Ostmitteleuropa erreichte die Wohnbauproduktion den Konjunkturrückgangspunkt 2008, etwas später als in Westeuropa. Auch hier waren Produktionseinbußen zu verzeichnen, 2010 setzte aber in der Slowakei und in Tschechien bereits wieder ein leichtes Wachstum ein, in Ungarn und Polen erholte sich der Sektor noch schneller.

Die Wohnbauentwicklung ist daher derzeit insbesondere von den makroökonomischen Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt. Vor allem die ungünstige Arbeitsmarktlage und somit unsichere Einkommenserwartungen dämpfen die Wohnungsnachfrage. So ist die Arbeitslosenquote 2010 in allen hier untersuchten Ländern höher als 2008 (z. B. Spanien nahezu 20%, Norwegen 3,5%). Sehr unterschiedlich ist in den einzelnen Ländern der Einfluss der Wohnbaupolitik: Während besonders in den angelsächsischen Ländern die Wohnbaukonjunktur die Gesamtkonjunktur mitbestimmt, tragen wirtschaftspolitische Eingriffe in anderen Ländern (z. B. Österreich, Deutschland) dazu bei, dass die Entwicklung des Wohnbaus als langfristiger Prozess gesehen wird (Walterskirchen, 2009). Überdies reagiert die Wohnungsnachfrage auf die demographische Entwicklung: Wuchs die Gesamtbevölkerung in den letzten Jahren noch um etwas über 0,5% p. a., so verringert sich das Wachstum im Prognosezeitraum auf unter 0,4% pro Jahr. In Ostmitteleuropa stagniert die Bevölkerung, Deutschland und Ungarn rechnen bis 2012 mit einem Rückgang. Aufgrund der Veränderungen des Lebensstils und der Zunahme von Single-Haushalten wird die Zahl der Haushalte in allen 19 Euroconstruct-Ländern steigen und bis 2012 rund 200.000 erreichen.

Krisenbedingter Einbruch des Wirtschaftsbaus

Der Nichtwohnungs-Hochbau schrumpfte 2009 europaweit um insgesamt 8,9%; 2010 setzte sich die Abwärtsdynamik leicht abgeschwächt fort (-6,9%). 2011 ist mit einer Stagnation zu rechnen, eine Erholung setzt erst 2012 ein. Insgesamt wird die Bautätigkeit in diesem Sektor 2011 (erwarteter Tiefpunkt) um etwa 15% unter dem höchsten Produktionsniveau von 2008 liegen. Die Entwicklung verläuft dabei in West- und Ostmitteleuropa sehr ähnlich, die Erholung setzt aber in Ostmitteleuropa bereits 2011 ein. Auf Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei entfallen allerdings nur etwa 6% der sonstigen Hochbauproduktion in den 19 Ländern, knapp 70% auf Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien.

Nachdem die sonstige Hochbautätigkeit in der Schweiz in den Vorjahren eingeschränkt worden war, wuchs dieser Sektor zwischen 2008 und 2010 um insgesamt 3,5%. Bis 2012 wird sich das Wachstum noch beschleunigen. Alle anderen Länder verzeichneten in diesem stark konjunkturabhängigen Sektor einen teils massiven Einbruch. In Polen, Deutschland, Portugal und Österreich sank die Produktion zwischen 2008 und 2010 um weniger als 10%, nur in Österreich und Polen wird sie jedoch im Prognosezeitraum expandieren. In Dänemark, der Slowakei, Ungarn, Schweden und Belgien ging die sonstige Hochbauproduktion zwar erheblich zurück, die Prognosen zeigen aber eine rasche Überwindung des Tiefpunktes durch ein stabiles Wachstum bis 2012. Italien, Spanien, Frankreich und Finnland erwarten hingegen eine sehr geringe Steigerung, Großbritannien, die Niederlande, Norwegen, Tschechien und Irland einen weiteren Rückgang.

Die wichtigsten Gebäudekategorien im sonstigen Hochbau sind Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Geschäfts-, Büro-, Industrie- und Lagergebäude. Die Arbeiten an Gebäuden für Bildung und Gesundheit wurden in den letzten Jahren relativ wenig eingeschränkt, allerdings in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich stark. Kaum Einbußen ergaben sich in Ostmitteleuropa, allerdings ist der Anteil der Neubauten im Gesundheits- und Bildungsbereich kleiner als in Westeuropa. Angesichts der angespannten Situation der öffentlichen Haushalte, die einen wesentlichen Teil dieser Neubauten finanzieren, ist im Prognosezeitraum keine Erholung absehbar.

2010 werden Geschäftsgebäude mit 18% weiterhin den höchsten Anteil an der Neubautätigkeit im sonstigen Hochbau haben. Diese Sparte schrumpfte 2009 wegen der schwachen Konsum- und Einkommensentwicklung deutlich (-14,2%), und auch 2010

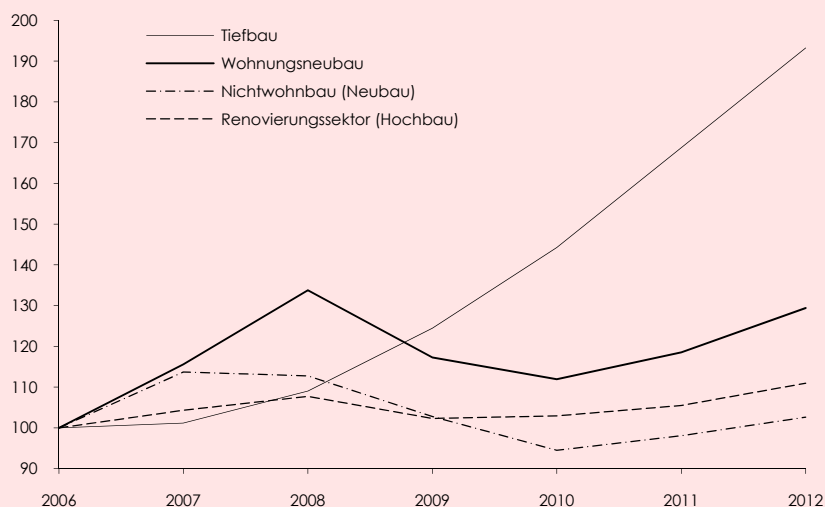
ist ein empfindlicher Rückgang zu erwarten (-11,4%). 2011 wird die rückläufige Tendenz abflachen. Die Herstellung neuer Bürogebäude nahm 2009 und 2010 insbesondere in Westeuropa, aber auch in den ostmitteleuropäischen Ländern deutlich ab. Hatte das Produktionsvolumen 2008 noch 50 Mrd. € betragen, so wird für 2011 lediglich ein Wert von 33 Mrd. € prognostiziert. Ähnlich stark brach der Industriebau ein, erst ab 2012 ist wieder mit leichten Zuwächsen zu rechnen. In Ostmitteleuropa wird diese Sparte schon ab 2011 dynamischer sein, insbesondere in Polen und der Slowakei. Wegen der Wirtschaftskrise ist auch die Herstellung von Lagergebäuden seit drei Jahren rückläufig; 2011 und 2012 sollte sie geringfügig ausgeweitet werden.

Aufgrund der regen Aktivität im Tiefbaubereich, die durch Mittel aus dem europäischen Strukturfonds gefördert wird, nimmt Ostmitteleuropa in diesem Bereich eine Sonderstellung ein. Nicht nur ist der Anteil des Tiefbaus an der gesamten Bauwirtschaft in Ostmitteleuropa am höchsten, die Sparte entwickelt sich auch wesentlich dynamischer als in Westeuropa. Während die Tiefbauproduktion in Westeuropa seit 2009 ständig sinkt, beschleunigte sich das Wachstum in Ostmitteleuropa seit 2007 und noch bis 2011 stetig. Auch 2012 ist mit einem Zuwachs von 14,5% zu rechnen. 2012 werden daher 14,5% der Tiefbautätigkeit der Euroconstruct-Länder auf die vier ostmitteleuropäischen Länder entfallen, die aber insgesamt nur 7% der Bauproduktion stellen. In Polen erhält der Tiefbau wichtige Impulse von den Infrastrukturinvestitionen für die Fußball-Europameisterschaft 2012. Nach dem geringfügigen Rückgang in den Vorjahren expandiert die Sparte auch in der Slowakei und in Ungarn ab 2010 wieder kräftig. In Tschechien verläuft das Wachstum etwas langsamer, aber kontinuierlich.

Tiefbau setzt in Ostmitteleuropa Impulse

Abbildung 5: Das Bauvolumen nach Sparten in Ostmitteleuropa

2006 = 100



Q: Euroconstruct (Juni 2010). Ab 2010: Prognose. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei.

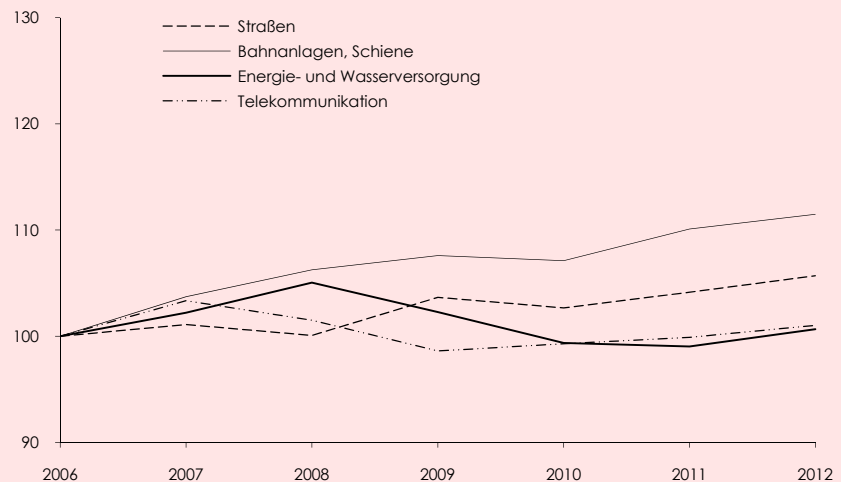
Nach mehreren Jahren mäßiger Steigerung wird der Tiefbau in Westeuropa seit 2009 eingeschränkt. Zwar kommen in einigen Ländern Konjunkturprogramme zum Tragen, 2010 muss dennoch mit einem Rückgang von 3,5% gerechnet werden, der sich aber 2011 verlangsamt. In Ostmitteleuropa entwickelt sich der Straßenbau überdurchschnittlich, in Westeuropa der Bahnanlagen- und Schienenbau.

Ähnlich günstig wie in Ostmitteleuropa entwickelt sich der Tiefbau im Prognosezeitraum in Dänemark, Belgien, Großbritannien, Norwegen und Schweden (2010/2012 kumuliert teilweise über +10%), nachdem er in Schweden und Großbritannien bereits in den Vorjahren kräftig gewachsen ist. In Norwegen schrumpfte die Tiefbautätigkeit 2010, in Dänemark und Belgien bereits seit einigen Jahren. Leichte Zuwächse werden für 2010/2012 in Frankreich und Italien prognostiziert, die Produktionseinbußen

der Jahre 2007/2010 werden dadurch aber nicht wettgemacht. In Frankreich tragen konjunkturpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Sparte bei.

Abbildung 6: Entwicklung des Tiefbaus in Europa 2010

2006 = 100



Q: Euroconstruct (Juni 2010). Ab 2010: Prognose. Europa: 19 Euroconstruct-Länder.

Sehr mäßig sinkt die Tiefbauproduktion bis 2012 in Finnland, Österreich, den Niederlanden, Portugal und Deutschland. Mit Ausnahme von Portugal wirken umfangreiche Konjunkturpakete und öffentliche Investitionen stabilisierend; in Portugal fehlt für eine Reihe geplanter Infrastrukturprojekte noch der öffentliche Umsetzungsbeschluss. In der Schweiz wird der Tiefbau bis 2012 kumuliert stärker eingeschränkt, allerdings wurden 2009 umfangreiche öffentliche Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt (+8,8%). Obwohl in Spanien öffentliche Infrastrukturinvestitionen und Public Private Partnerships realisiert werden, wird die Sparte 2010/2012 massiv schrumpfen. In Irland bricht der Tiefbauboom ab, es wird ebenfalls ein deutlicher Rückgang prognostiziert.

Österreich: Bauwirtschaft profitiert von Konjunkturpaketen

Basierend auf seiner mittelfristigen Prognose vom Jänner 2010 (*Baumgartner – Kaniowski – Pitlik, 2010*) und seiner kurzfristigen Prognose vom April 2010 (*Marterbauer, 2010*) erstellte das WIFO die österreichische Bauprognose für die 69. Euroconstruct-Konferenz. Nach dem Einbruch des BIP um 3,6% im Jahr 2009 wurde für 2010 ein Wirtschaftswachstum von 1,3% prognostiziert und für 2011 eine geringfügige Beschleunigung auf 1,4%. 2012 wird die Konjunktur in Österreich anziehen (+2,0%). Während bis 2010 der Konsum stabilisierend wirkte, sollten ab 2011 bereits wieder die Bruttoanlageinvestitionen die Expansion tragen. Wichtige Impulse kommen zudem aus der Außenwirtschaft. Außerdem ist für die kommenden Jahre von einem leicht steigenden Preis- und Zinsniveau auszugehen.

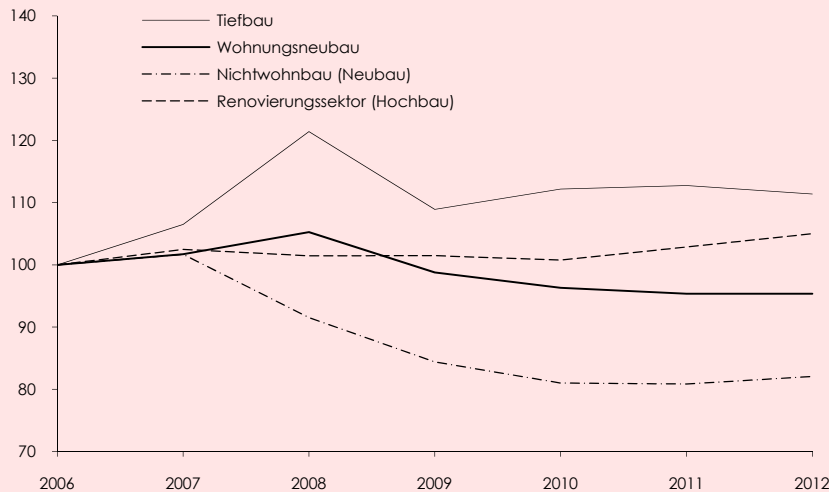
In Österreich wurde für 2009 ein Rückgang der Bautätigkeit um 6,1% erwartet. Stabilisierend wirkten die Konjunkturpakete (thermische Sanierung, Tiefbau), der Wegfall der privaten Nachfrage wegen der Wirtschaftskrise konnte insgesamt jedoch nicht kompensiert werden. Trotz der schwachen Baukonjunktur stiegen die Baupreise in den vergangenen Jahren rascher als die Verbraucherpreise, zum Teil auch wegen der überdurchschnittlichen Baukostensteigerung. In der Vergangenheit trug die Bauwirtschaft in der Rezession zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft bei, in der jüngsten Wirtschaftskrise wirkte sie allerdings aufgrund des Nachfrageeinbruchs angesichts der angespannten Wirtschaftslage eher verstärkend. Auch 2010 dürfte der Bausektor noch schrumpfen (-1%), für 2011 (+0,3%) und 2012 (+0,5%) ist eine geringfügige Produktionssteigerung zu erwarten.

Der gesamtwirtschaftliche Wachstumseinbruch beeinträchtigte 2009 die sonstige Hochbautätigkeit erheblich, weil sie sich stark prozyklisch entwickelt. Bereits 2008 war sie markant gesunken, die Abwärtsdynamik schwächte sich jedoch langsam ab. Für

2010 wird ein Rückgang von 4% prognostiziert. Für den Bau von Bildungseinrichtungen sind durch Investitionen der Bundesimmobiliengesellschaft Zuwächse zu erwarten, in anderen Sparten fehlen jedoch Impulse. Insbesondere die großen Bereiche Industrie-, Geschäfts- und Bürobau schrumpften stark und werden sich im Prognosezeitraum nicht nennenswert erholen. Eine Ausweitung des privaten Konsums und der Anlageinvestitionen, ein Anziehen der Industrieproduktion sowie eine Entspannung der Finanzierungssituation wären die Voraussetzungen für eine Belebung dieses Sektors.

Abbildung 7: Das Bauvolumen nach Sparten in Österreich

2006 = 100



Q: Euroconstruct (Juni 2010). Ab 2010: Prognose.

2010 wird in Österreich nur der Tiefbau expandieren, allerdings wurde die Prognose angesichts der zu erwartenden Einsparungen im Infrastrukturbereich gegenüber den Schätzungen der 68. Euroconstruct-Konferenz (November 2009) abwärtsrevidiert. Wenn auch keine Projekte gestrichen werden dürften, werden die Prioritäten aufgrund der Evaluierung neu gesetzt, und Verzögerungen sind nicht auszuschließen. Über den Prognosehorizont verschlechtern sich die Aussichten für die Tiefbauproduktion, für 2012 wird ein Rückgang prognostiziert.

Auch der Wohnbau ist seit 2009 rückläufig, die Abwärtsdynamik verlangsamt sich jedoch bis 2011. Der WIFO-Konjunkturtest zeigt eine Aufhellung der Geschäftslage im Wohnbau, seit Mitte 2009 beurteilen die Bauunternehmen die Lage im Wohnbau wesentlich optimistischer. Der Indikator entsprach im November 2010 bereits dem langjährigen Durchschnitt. 2010 wird die Wohnbauproduktion um 1,3% sinken, 2012 aber wieder etwas zunehmen. Der Renovierungssektor entwickelt sich insgesamt stabiler und wächst über den gesamten Prognosezeitraum leicht. Die sinkende Zahl der Baubewilligungen lässt für den Wohnungsneubau Produktionseinbußen erwarten.

2010 und 2011 werden die Baubewilligungen sowohl für Ein- und Zweifamilienhäuser als auch im Mehrgeschossbau rückläufig sein (-1.500 Einheiten, -4% p. a.). 2012 ist ein leichter Zuwachs auf etwa 38.000 Wohneinheiten zu erwarten. Die Zahl der Bewilligungen wird aber weiterhin unter dem Höchststand von 2006 (47.400 Einheiten) liegen. Seit 2007 übersteigen die Baubewilligungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern den Durchschnitt der 19 Euroconstruct-Länder.

Die Entwicklung der Immobilienpreise, das Verhalten der Bundesländer in Bezug auf die Wohnbauförderung und mögliche krisenbedingte Änderungen der Zuwanderung können die Entwicklung der Wohnbaubewilligungen maßgeblich beeinflussen. Auch eine Veränderung des makroökonomischen Umfeldes (z. B. Zinsen, Einkommen) würde die Prognose verändern: Ein Rückgang der Zinssätze, ein Anstieg der Einkommen und der Bevölkerung beeinflussen die Wohnbaubewilligungen positiv.

**Neubaubewilligungen
im Wohnbau weiterhin
rückläufig**

Übersicht 2: Entwicklung der Baubewilligungen in Österreich und in den 19 Euroconstruct-Ländern

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Baubewilligungen je 1.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner					
Österreich	5,7	5,5	5,0	4,8	4,6	4,4
19 Euroconstruct-Länder	6,2	5,3	4,0	3,1	3,1	3,2

Q: WIFO-Berechnungen, Euroconstruct (Juni 2010).

Seit der WIFO-Prognose vom April 2010 haben sich die gesamtwirtschaftlichen Erwartungen etwas verbessert, im September 2010 prognostizierte das WIFO ein deutlich rascheres Wachstum (2010 +2,0%, 2011 +1,9%; Rünstler, 2010). Gemäß den endgültigen Daten für 2009 war der BIP-Rückgang etwas stärker als im Frühjahr geschätzt (-3,9%). Der Aufschwung der österreichischen Wirtschaft basiert vor allem auf der Zunahme der Exporte; seit dem II. Quartal 2010 ist auch ein Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen zu beobachten, während der private Konsum nur wenig expandiert. Wegen dieser Konjunkturaufhellung wurde die Bauprognose für 2011 und 2012 hinaufrevidiert. Angesichts des laut Konjunkturstatistik schärferen Rückgangs der Bauproduktion im 1. Halbjahr 2010 wird nun aber von einem etwas geringeren Wachstum für 2010 ausgegangen. Die oben beschriebene Bauprognose für Österreich berücksichtigt zudem noch nicht die Konkretisierung des neuen Ausbauplans der Bundesverkehrsinfrastruktur bis 2016 durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie; eine dämpfende Wirkung auf die Tiefbaukonjunktur ist ab 2011 zu erwarten.

Literaturhinweise

Baumgartner, J., Kaniowski, S., Pittlik, H., "Allmähliche Erholung nach schwerer Rezession: Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2014", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(1), S. 47-59, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38125&typeid=8&display_mode=2.

Euroconstruct, 69th Euroconstruct Conference. Summary Report, DKM Economic Consulting und Euroconstruct, Dublin, 2010, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40011&typeid=8&display_mode=2.

Marterbauer, M., "Träge Erholung der Konjunktur: Prognose für 2010 und 2011", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(4), S. 287-301, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=39161&typeid=8&display_mode=2.

Rünstler, G., "Aufschwung mit anhaltender Unsicherheit: Prognose für 2010 und 2011", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(10), S. 787-800, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40596&typeid=8&display_mode=2.

Walterskirchen, E., "Immobilienkrise – mehr als der Auslöser der Finanzmarktkrise", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 943-950, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37845&typeid=8&display_mode=2.

Continued Downward Trend in European Construction Output, Slight Recovery Expected for 2011 – Summary

European construction output has been declining since 2008, but forecasters of the Euroconstruct Network expect a slight recovery for 2011. Post-crisis phenomena, such as cuts in public spending, are dampening growth prospects in many countries. Only a few countries, particularly in Central Europe, will manage to reach pre-crisis output levels by 2012. Generally, the construction industry in Central European countries was not much hurt by the crisis and is expected to return to its prosperous growth path over the next years. The main growth driver will be infrastructure investments in civil engineering projects supported by the EU's structural funds. In Western Europe construction output will rise at a very slow pace; the (relatively) best prospects are in the sector of residential construction. This does not apply to Austria, however, where building permits continue to decline. All in all, Austrian construction activity will experience only minor growth rates in 2011 and 2012.

70th Euroconstruct Conference – December 2010:

European Construction Market Development 2011: End of Downturn in the West – Upturn in the East

Summary Report

165 pages, 900 €

http://www.wifo.ac.at/wwg/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40998&typeid=8&display_mode=2

Country Reports

354 pages, 940 €

http://www.wifo.ac.at/wwg/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40999&typeid=8&display_mode=2

*Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at*

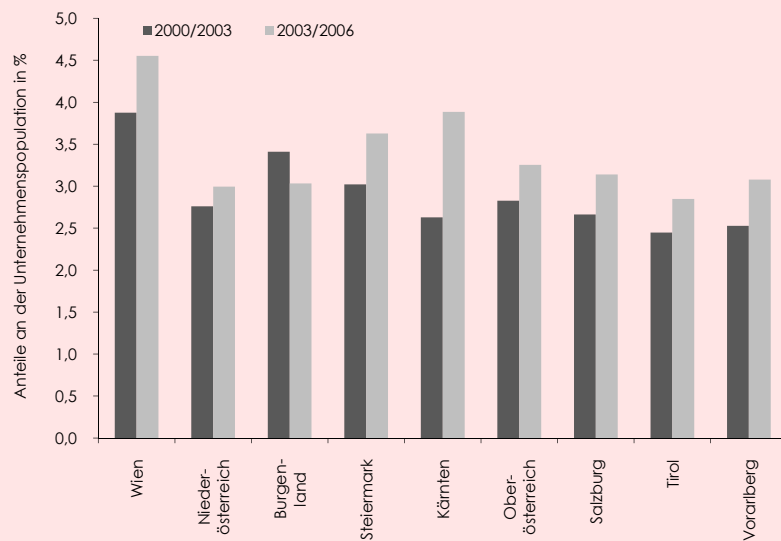
Übersicht 4: Größenklassenverteilung der im Zeitraum 2003/2006 schnell wachsenden Unternehmen im Jahr 2003

	Schnell wachsende Unternehmen Mit mindestens 10 Beschäftigten		High-Impact- Unternehmen
	Insgesamt		
	Anteile in %		
1 bis 9 Beschäftigte		92,5	48,0
10 bis 49 Beschäftigte	85,4	6,4	27,3
50 bis 249 Beschäftigte	13,5	1,0	19,2
250 oder mehr Beschäftigte	1,1	0,1	5,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

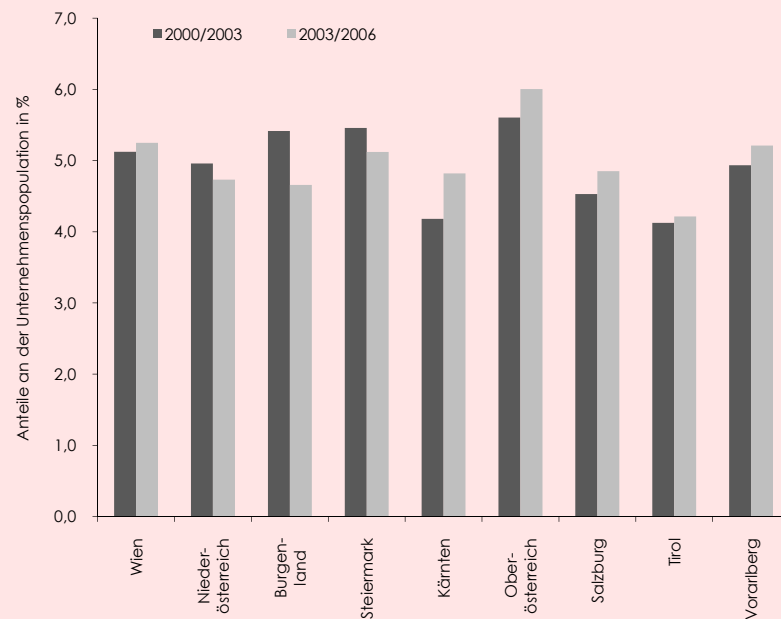
Q: WIFO-INDIDV.

Abbildung 3: Schnell wachsende Unternehmen und High-Impact-Unternehmen nach Bundesländern

Schnell wachsende Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten



High-Impact-Unternehmen



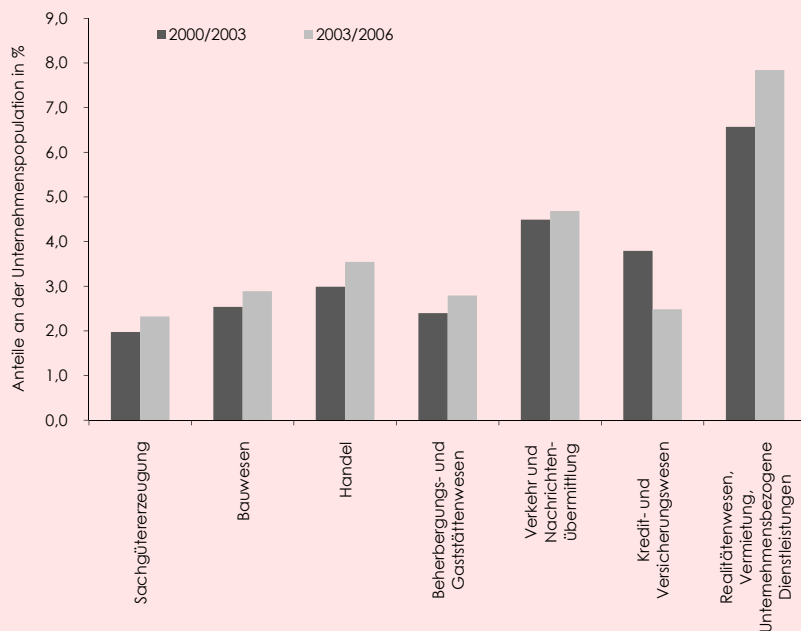
Q: WIFO-INDIDV.

Regional sind die schnell wachsenden Unternehmen in Österreich recht gleichmäßig verteilt. In Tirol ist der Anteil etwas geringer als in den anderen Bundesländern (Abbildung 3).

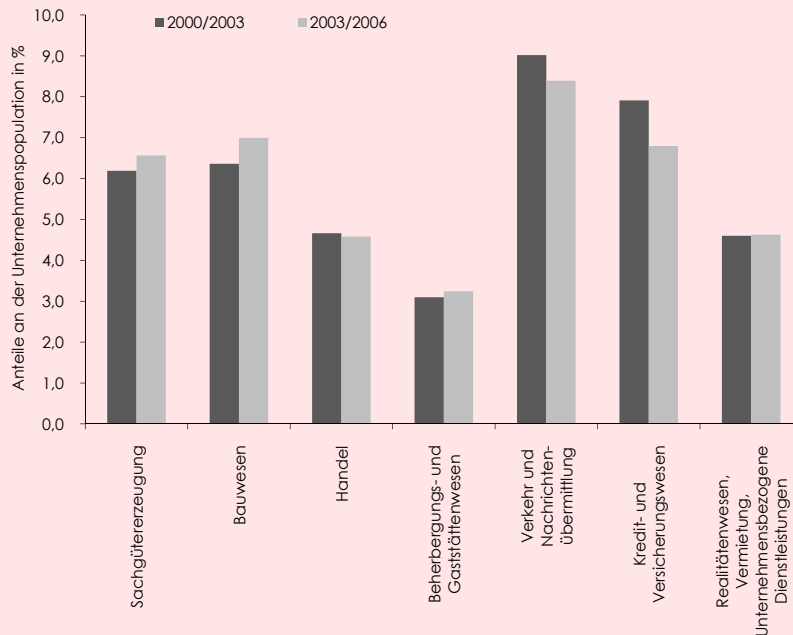
Schnell wachsende Unternehmen in allen Bundesländern und Branchen

Abbildung 4: Schnell wachsende Unternehmen und High-Impact-Unternehmen nach ÖNACE-1-Wirtschaftsklassen

Schnell wachsende Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten



High-Impact-Unternehmen



Q: WIFO-INDIDV.

Schnell wachsende und High-Impact-Unternehmen sind in allen Wirtschaftssektoren tätig. Am geringsten ist ihr Anteil im Groß- und Einzelhandel sowie im Beherbergungs- und Gaststättenwesen. In der NACE-Abteilung Realitätenwesen, Vermietung und unternehmensnahe Dienstleistungen finden sich überdurchschnittlich viele schnell wachsende Unternehmen (mit mindestens 10 Beschäftigten), aber unterdurchschnittlich viele High-Impact-Unternehmen, weil in diesen Sektoren überproportional

- 369/2010 **Composite Leading Indicator for the Austrian Economy. Methodology and "Real-time" Performance**
Jürgen Bierbaumer-Polly
- 370/2010 **Fiscal Governance and Government Investment in Europe since the 1990s**
Hans Pitlik
- 371/2010 **Post Crisis Policy: Some Reflections of a Keynesian Economist**
Karl Aiginger
- 372/2010 **Differences in Sick Leave Between Employed and Unemployed Workers. What Do They Tell Us About the Health Dimension of Unemployment?**
Thomas Leoni
- 373/2010 **Near Is My Shirt but Nearer Is My Skin. Ideology or Self-Interest as Determinants of Public Opinion on Fiscal Policy Issues**
Hans Pitlik, Gerhard Schwarz (WIFO), Barbara Bechter, Bernd Brandl (University of Vienna)
- 374/2010 **Can the Inclusion of Calendar and Temperature Effects Improve Nowcasts and Forecasts of Construction Sector Output Based on Business Surveys?**
Marcus Scheiblecker
- 375/2010 **How Do Different Motives for R&D Investment in Foreign Locations Affect Domestic Firm Performance? An Analysis Based on Swiss Panel Micro Data**
Spyros Arvanitis, Heinz Hollenstein
- 376/2010 **On the Design of Data Sets for Forecasting with Dynamic Factor Models**
Gerhard Rünstler
- 377/2010 **Firm Growth, European Industry Dynamics and Domestic Business Cycles**
Harald Oberhofer (Universität Salzburg)
- 378/2010 **Milking the Prices: The Role of Asymmetries in the Price Transmission Mechanism for Milk Products in Austria**
Octavio Fernández Amador, Josef Baumgartner, Jesús Crespo Cuaresma
- 379/2010 **Risk Aversion, Time Preference and Cross-border Commuting and Migration Intentions**
Klaus Nowotny
- 380/2010 **Total Factor Productivity Estimates: Some Evidence from European Regions**
Maria Gabriela Ladu (Università degli Studi di Sassari and CRENoS)
- 381/2010 **Budget Consolidation in a Difficult Environment – Ten Guidelines Plus a Preliminary Reality Check**
Karl Aiginger, Margit Schratzenstaller
- 382/2010 **An Intertemporal Optimisation Model of Households in an E3-Model (Economy/Energy/Environment) Framework**
Kurt Kratena, Michael Wüger

Juni 2010 •
128 Seiten • 50,00 €,
Download kostenlos

Fehlzeitenreport 2009. Krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten in Österreich

Thomas Leoni

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=39561&typeid=8&display_mode=2

Juni 2010 •
104 Seiten • 50,00 €,
Download kostenlos

Österreichs außenwirtschaftliche Beziehungen zur Schwarzmeerregion und deren wirtschaftliche Perspektiven

Karl Aiginger, Stefan Ederer, Jakob Prammer, Susanne Sieber

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=39891&typeid=8&display_mode=2

Juli 2010 • 97 Seiten
• 50,00 €, Download
kostenlos

Organisatorische Rahmenbedingungen für die Entstehung und Nachhaltigkeit wissenschaftlicher Qualität an Österreichs Universitäten

Jürgen Janger, Hans Pechar

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40013&typeid=8&display_mode=2

Juli 2010 • 47 Seiten
• 40,00 €, Download
32,00 €

Expertise zum ERP-Jahresprogramm mit Schwerpunkt "innovative Gazellen"

Werner Hölzl, Michael Böheim, Klaus S. Friesenbichler

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40073&typeid=8&display_mode=2

Juli 2010 •
186 Seiten • 50,00 €,
Download kostenlos

Nationaler Aktionsplan 2010 für erneuerbare Energien für Österreich

Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Stefan Schleicher (WIFO), Sabine-Christina Koller, Armin Leopold, Kathrin Reinsberger, Karl W. Steininger (Wegener Center), Hans Schnitzer (TUG-IPE), Andreas Kerner (KWI), Reinhold Lang (IPMT), Nebojsa Nakicenovic, Gustav Resch (EEG)

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40224&typeid=8&display_mode=2

August 2010 •
34 Seiten • 20,00 €,
Download kostenlos

Forschungs- und Innovationspolitik nach der Krise. WIFO-Positionspapier zur FTI-Strategie 2020

Jürgen Janger (Koordination), Michael Böheim, Martin Falk, Rahel Falk, Werner Hölzl, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Peneder, Andreas Reinstaller, Fabian Unterlass

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40225&typeid=8&display_mode=2

August 2010 •
63 Seiten • 30,00 €,
Download kostenlos

ETMOS – An Integrated Economic Transport Modelling System for Austria

Oliver Fritz, Robert Hierländer (WIFO), Gerhard Streicher (Joanneum Research), Reinhard Haller, Anna Mayerthaler, Günter Emberger (TU Wien)

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40395&typeid=8&display_mode=2

Oktober 2010 •
84 Seiten • 50,00 €,
Download 30,00 €

Gesamtwirtschaftliche Effekte der klimarelevanten Maßnahmen im Rahmen der Umweltförderung im Inland 2009

Daniela Kletzan-Slamanig (WIFO), Karl W. Steininger (Universität Graz)

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40549&typeid=8&display_mode=2

Oktober 2010

Hintergrundberichte zur Erstellung des European Competitiveness Report 2010

Michael Peneder (Koordination)

Dezember 2010 •
42 Seiten, Download
kostenlos

Economic Assessment of the Euro Area. Winter Report 2010

Euroframe – European Forecasting Research Association for the Macro-Economy

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40915&typeid=8&display_mode=2

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Die letzten 12 Hefte

12/2009

Stefan Ederer, Markus Marterbauer, Erholung der Industriekonjunktur, Arbeitslosigkeit steigt weiter • Thomas Url, Finanzmarktkrise: Entstehung, kurzfristige Reaktion und langfristiger Anpassungsbedarf • Fritz Breuss, Finanzmarktkrise als Phänomen des Überschießens auf den Aktienmärkten. Eine theoretische Analyse • Ewald Walterskirchen, Immobilienkrise – mehr als der Auslöser der Finanzmarktkrise • Franz R. Hahn, Finanzmarktregulierung • Josef Baumgartner, Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Inflation • Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller, Finanzmarktkrise und öffentliche Haushalte • Helmut Mahringer, Der Arbeitsmarkt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise • Werner Hölzl, Österreichs kleine und mittlere Unternehmen in der Finanzmarktkrise • Michael Böheim, Wettbewerbspolitische Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise

1/2010

Markus Marterbauer, Stabilisierung der Konjunktur, kein dynamischer Aufschwung. Prognose für 2010 und 2011 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2009 • Stephan Schulmeister, Langsame Belebung der weltweiten Wachstumsdynamik. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2014 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Allmähliche Erholung nach schwerer Rezession. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2014 • Thomas Url, Betriebliche Altersvorsorge in Österreich 2007 • Martin Falk, Andrea Kunnert, Gerhard Schwarz, Weitere Investitionskürzung in der Sachgütererzeugung, leichte Aufwärtstendenz in der Bauwirtschaft. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2009

2/2010

Marcus Scheiblecker, Wirtschaft belebt sich weiter • Karl Aiginger, Jan Stankovsky. Einem großen österreichischen Experten mit Visionen und internationalem Horizont zum 75. Geburtstag • Fritz Breuss, Österreich 15 Jahre EU-Mitglied • Franz R. Hahn, Globale Kapitalmärkte – Chance oder Gefahr für Transformationsländer? • Susanne Sieber, Bedeutung Mittel- und Osteuropas für den österreichischen Außenhandel • Yvonne Wolfmayr, Österreichs Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa • Peter Huber, Klaus Nowotny, Dieter Pennertorfer, Wirtschaftliche Integration in Mitteleuropa. Eine Bestandsaufnahme am Beispiel der CENTROPE-Region

3/2010

Gerhard Rünstler, Weiterhin vorsichtige Konjunkturbelebung • Karl Aiginger, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller, Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich. Ausgangslage und Erfolgsbedingungen • Hans Pitlik, Norbert Gruber, Ewald Walterskirchen, Erfolgsfaktoren von Budgetkonsolidierungsstrategien im internationalen Vergleich • Hans Pitlik, Kristina Budimir, Norbert Gruber, Optionen einer ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung • Michael Böheim, Heinz Handler, Margit Schratzenstaller, Optionen einer einnahmenbasierten Budgetkonsolidierung

4/2010

Markus Marterbauer, Träge Erholung der Konjunktur. Prognose für 2010 und 2011 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2010 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft im Jahr 2009: Schwerste Krise seit über 60 Jahren • Ina Meyer, Stefan Wessely, Determinanten und Energieeffizienz der österreichischen Pkw-Flotte

5/2010

Sandra Bilek-Steindl, Weiterhin nur langsame Konjunkturbelebung in der EU und in Österreich • Josef Pöschl (wiiw), Erholungstendenzen in den MOEL • Christine Mayrhuber, Käthe Knittler, Struktur und Finanzierungsformen der Sozialausgaben 2008 • Peter Huber, Andrea Kunnert, Klaus Nowotny, Industrieregionen 2009 vom Einbruch des Außenhandels besonders betroffen

6/2010

Markus Marterbauer, Boom in Asien, schleppende Erholung in der EU und in Österreich • Werner Hölzl, Entwicklung der Cash-Flow-Marge 2009 von der Wirtschaftskrise bestimmt. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung • Markus F. Hofreither (BOKU), Gemeinsame Agrarpolitik 2014 – Positionen und Konsequenzen • Franz Sinabell, Hans Pitlik, Der Agrarhaushalt der EU und ausgewählte Folgen einer Kürzung • Ulrich B. Morawetz (BOKU), Klaus Prettnner (ÖAW), Auswirkungen der EU-Agrarpolitik auf das Wachstum des regionalen Bruttoinlandsproduktes in Österreich

7/2010

Gerhard Rünstler, Wirtschaft des Euro-Raumes profitiert verzögert von Abwertung und starkem Welthandel. Prognose für 2010 und 2011 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. II. Quartal 2010 • Stefan Ederer, Ungleichgewichte im Euro-Raum • Martin Falk, Andrea Kunnert, Gerhard Schwarz, Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft schränken Investitionen 2010 neuerlich ein. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2010 • Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Kurt Kratena, Ina Meyer, Franz Sinabell, Klimawandel und Energiewirtschaft: Schlüsselindikatoren und komplementäre Ansätze zur Messung von Nachhaltigkeit

8/2010

Marcus Scheiblecker, Österreichs Wirtschaft im Aufwind • Hedwig Lutz, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien durch die öffentlichen Haushalte • Jürgen Janger, Michael Böheim, Martin Falk, Rahel Falk, Werner Hölzl, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Peneder, Andreas Reinthaller, Fabian Unterlass, Forschungs- und Innovationspolitik nach der Wirtschaftskrise • Peter Huber, Julia Bock-Schappelwein, Klaus Nowotny (WIFO), Gerhard Streicher (Joanneum Research), Effekte der Zuwanderung im Rahmen des Grenzgängerabkommens auf die burgenländische Wirtschaft

9/2010

Stefan Ederer, Konjunkturbelebung in Österreich, Weltwirtschaft verliert an Schwung • Kristina Budimir, Das Pensionsantritts- und Erwerbsaustrittsgeschehen im Gefolge der Pensionsreformen 2000 und 2003 • Werner Hölzl, Thomas Leoni, Internationale Lohnstückkostenposition 2009 durch Wirtschaftskrise stark beeinflusst • Fabian Unterlass, Innovation im Bauwesen. Determinanten des Innovationsverhaltens österreichischer Bauunternehmen

10/2010

Gerhard Rünstler, Aufschwung mit anhaltender Unsicherheit. Prognose für 2010 und 2011 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. III. Quartal 2010 • Thomas Url, Rezession trifft die Versicherungswirtschaft abgemildert • Michael Böheim, Wettbewerbspolitik nach der Wirtschaftskrise

11/2010

Sandra Bilek-Steindl, Österreichs Export- und Industriekonjunktur weiterhin in Schwung • Stefan Ederer, Markus Marterbauer, Stephan Schulmeister, Verhaltene Konjunktur in den Industrieländern: Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit bleiben hoch • Werner Hölzl, Die Bedeutung von schnell wachsenden Unternehmen in Österreich • Wilfried Puwein, Michael Weingärtler, Public Private Partnerships in Österreich. Aktuelle Bestandsanalyse und Trends

■ Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich

Autorinnen und Autoren: Karl Aiginger, Michael Böheim, Kristina Budimir, Norbert Gruber, Hans Piflik, Margit Schratzenstaller, Ewald Walterskirchen

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verursachte hohe soziale Kosten und dämpft auf Jahre das Wirtschaftswachstum. Die Stabilisierung des Finanzsystems und die Begrenzung der Auswirkungen der Krise belasten die öffentlichen Haushalte schwer. Das hohe Budgetdefizit erhöht die Staatsverschuldung, und die zunehmende Zinsbelastung erfordert ein Gegensteuern der Wirtschaftspolitik, um mittelfristig Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Den kumulierten Konsolidierungsbedarf schätzt das WIFO auf 10 Mrd. € bis zum Jahr 2013. Die vorliegende Studie zeigt Optionen auf, die eine Konsolidierung des Staatshaushalts erlauben, ohne dass wichtige wirtschaftspolitische Ziele beschnitten würden. Die Erfolgsaussichten einer nachhaltigen Konsolidierung sind höher, wenn Effizienzpotentiale erschlossen werden und nach einem Impulsprogramm im Jahr 2010 überwiegend ausgabenmindernde Maßnahmen gesetzt werden. Optionen für auch kurzfristig umsetzbare Einsparungen in der Verwaltung, Abbau von Subventionen und Beseitigung von Sonderregelungen im Ausmaß von 2 bis 3 Mrd. € pro Jahr werden genannt. Zusätzliche Steuern können ergänzend eingesetzt werden, besonders wenn die Effizienzsteigerungen und Einsparungen nicht durchsetzbar sind oder wenn das politisch gewünscht wird. Jedenfalls sollten Abgabenerhöhungen positive Lenkungswirkungen haben, den privaten Konsum nicht schwächen, verteilungspolitische Aspekte beachten und nach erfolgreicher Konsolidierung zur Senkung der Abgaben auf den Faktor Arbeit verwendet werden.

- **Einleitung**

Das aktualisierte Stabilitätsprogramm – Notwendigkeit der Konsolidierung – Nationales und internationales Umfeld – Konjunkturvorbehalt

- **Ausgangssituation**

Mittelfristige Entwicklung der Verschuldungssituation – Kurzfristiges Konsolidierungsvolumen gemäß Zielvorgabe der Bundesregierung – Szenarien für die längerfristige Entwicklung der Schuldenquote

- **Empirische Studien zu Erfolgsfaktoren von Konsolidierungsstrategien**

Ökonometrische Studien – Fallstudien

- **Budgetkonsolidierung in Österreich**

Erfahrungen aus keynesianischer Sicht – Makroökonomische Einflüsse auf das Budget – Saldenmechanische Überlegungen – Einnahmen- und ausgabenseitige Konsolidierung – Einfluss der Inflation – Verteilungswirkungen

- **Optionen einer ausgabenbasierten Konsolidierung**

Staatsausgabenstruktur im internationalen Vergleich – Verwaltung – Direkte Unternehmensförderungen – Konsolidierungspotentiale im Gesundheitswesen – Abbau von Sonderbestimmungen in der Arbeitslosenversicherung und im Pensionsbereich – Überblick über ausgabenbasierte Konsolidierungspotentiale – Vermeidung künftiger Ausgaben

- **Optionen zu einer einnahmenbasierten Konsolidierung**

Erhöhung von Steuern und Abgaben – Beiträge von Privatisierungen

- **Zusammenfassung: Aufgabe, Optionen, makroökonomische Wirkungen**

Aufgaben und Ziele – Erfahrungen mit Konsolidierungsstrategien – Ansatzpunkte für die ausgabenseitige Konsolidierung – Bremsung der Ausgabendynamik – Rolle der Abgaben – Privatisierungspotentiale – Makroökonomische Wirkungen – Abläufe und Entscheidungen

Februar 2010 • 175 Seiten •
60 €, Download kostenlos •
Kurzfassung 11 Seiten,
Download kostenlos

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38441&typeid=8&display_mode=2

Kurzfassung: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38363&typeid=8&display_mode=2